

# Protokoll Sitzung der Vollversammlung der LK OÖ

vom 11. Juni 2015

Großer Saal der Landwirtschaftskammer, Auf der Gugl 3, 4020 Linz

## Teilnehmer

- Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker
- Vizepräsident Karl Grabmayr
- KR Daniela Burgstaller
- KR Norbert Ecker
- KR Gerhard Fragner
- KR Alois Ganglmayr
- KR ÖR Ing. Franz Graf
- KR ÖR Johann Großpötzl
- KR Elfriede Hemetsberger
- KR Alfred Holzer
- KR Johann Hosner
- KR Berthold Huemer
- KR Johannes Huemer
- KR Karl Keplinger
- KR Franz Keplinger
- KR Josef Kogler
- KR Walter Lederhilger
- KR Ing. Reinhart Lehner
- KR Ing. Franz Leitner
- KR Paul Maislinger
- KR Margit Mayr-Steffeldemel
- KR Johanna Miesenberger
- KR Anna Prandstetter
- KR Dominik Revertera

- KR Elfriede Schachinger
- KR Walter Scheibenreif
- KR Christine Seidl
- KR Clemens Stammler
- KR Anita Strassmayr
- KR Klaus Wimmesberger
- KR Hannes Winklehner
- Kammerdirektor Mag. Friedrich Pernkopf

## Entschuldigt:

- KR Alois Affenzeller
- KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner
- KR Rudolf Mitterbacher
- KR Michael Schwarzlmüller

## Ersatzmitglieder:

- Thomas Obermair
- Claudia Hammer
- Helga Maislinger
- Leopold Enengl

## Tagesordnung:

1	Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung des Protokolls .....	2
2	Ehrung ausgeschiedener Landwirtschaftskammerfunktionäre .....	4
3	Bericht des Präsidenten .....	6
4	Berichte aus den Ausschüssen .....	17
5	Rechnungsabschluss 2014 .....	56
	Ordentlicher Haushalt – Landwirtschaftskammer OÖ .....	56
	Pensionsfonds – Landwirtschaftskammer OÖ .....	57
6	Bestellung von Mitgliedern der Ortsbauernausschüsse .....	58
7	Allfälliges.....	82

**Sitzungsbeginn: 9:09 Uhr**

## 1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung des Protokolls

### **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Vollversammlung. Der Agrarreferent der OÖ Landesregierung LR Max Hiegelsberger hat sich für die heutige Vollversammlung aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Spatenstichfeier für das neue ABZ Hagenberg entschuldigt. Ganz besonders begrüße ich die Abgeordneten zum Nationalrat, zum Bundesrat und zum OÖ Landtag, an der Spitze den Präsidenten des Österr. Bauernbundes ÖR Jakob Auer und Abg.z.NR Leo Steinbichler. Ein besonderer Gruß gilt Hofrat Mag. Hubert Huber von der Abteilung Land- und Forstwirtschaft des Landes OÖ, den Landwirtschaftskammerräten, den Bezirksbauernkammerobmännern und den Vorsitzenden der Bäuerinnenbeiräte, sowie den heute zu ehrenden ausgeschiedenen Kammerrätinnen und Kammerräten. Weiters darf ich die Vertreter der Fraktionen, Vizepräsident Karl Grabmayr, KR Karl Keplinger, KR ÖR Ing. Franz Graf, KR Anna Prandstetter, KR Clemens Stammler und Bauernbunddirektorin Maria Sauer, sowie die Vertreter der Genossenschaften und unserer Fachverbände begrüßen. Ich begrüße Kammerdirektor Mag. Fritz Pernkopf und die anwesenden Abteilungsleiter, die Leiter der Bezirksbauernkammern sowie der Beratungsstellen für Rinder- und Schweineproduktion, die Vertreter des Betriebsrates, die Damen und Herren der Presse und die anwesenden Bäuerinnen und Bauern bzw. Gäste und Besucher der heutigen Vollversammlung.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Das Protokoll der letzten Vollversammlung gilt als genehmigt, nachdem gemäß Geschäftsordnung kein schriftlicher Einwand dagegen eingebracht wurde.

Zu der in der letzten Vollversammlung am 27. Februar 2015 beschlossenen Resolution „IBR/IPV-Maßnahmen“ ist ein Antwortschreiben von Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger eingegangen. Darin wurde eine teilweise Kostenübernahme, insbesondere der Laborkosten für die Marktbeschickungen im Herbst und der Kosten der Ausbruchserhebungen und -ermittlungen zugesagt.

Für die heutige Sitzung sind folgende Anträge fristgerecht eingegangen:

Seitens des Präsidiums:

- Geänderte Besteuerung von Leitungsentzündungen nicht akzeptabel

Seitens des Bauernbundes:

- Selbstbestimmungsrecht bei GVO-Futter- und Lebensmitteln
- Entwurf EU-Bioverordnung erfordert weitere Korrekturen
- Einseitige Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen äußerst kritisch zu bewerten
- Regelungen zur Dauergrünlandwerdung sind agrar-, umwelt- und klimapolitisch kontraproduktiv
- Umsetzung von landesgesetzlichen Maßnahmen, um das widerrechtliche Eindringen von unbefugten Personen in Ställe zu ahnden

Seitens des Unabhängigen Bauernverbandes:

- Zahlungen für Grundablösen und Grundinanspruchnahmen steuerfrei halten
- Abfragen in Transparenzdatenbank nur nach Identitäts-Bekanntgabe
- Freihandelsabkommen TTIP einer Volksabstimmung unterziehen
- Alle Anträge der Fraktionen in Kammerzeitung „Der Bauer“ veröffentlichen
- Einrichtung einer zweiten Höheren Landwirtschaftlichen Schule in Oberösterreich
- Keine Änderungen im Jagd- bzw. Enteignungsgesetz für Grundbesitzer

Seitens der Freiheitlichen Bauernschaft:

- Resolution betreffend Impfkostenzuschuss zur Blauzungenkrankheit
- Resolution betreffend der Nichtöffnung von Forststraßen für Mountainbiker

Seitens der Grünen Bäuerinnen und Bauern sowie der Freiheitlichen Bauernschaft:

- Informations- und Beratungstätigkeit für GVO-freie Futtermittel

Weiters liegt ein Dringlichkeitsantrag des Bauernbundes vor:

- Forcierung von Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft

Es ist über die Zuerkennung der Dringlichkeit abzustimmen. Inhaltlich geht es darum, dass angesichts der Asylproblematik der Landwirtschaft ein leichter Zugang zu Saisonarbeitskräften ermöglicht wird.

**Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag:  
Einstimmige Annahme**

Die Anträge werden vor dem Tagesordnungspunkt 7. Allfälliges behandelt.

## 2 Ehrung ausgeschiedener Landwirtschaftskammerfunktionäre

### **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Der Hauptausschuss der öö. Landwirtschaftskammer hat in seiner Sitzung am 3. Februar 2015 den Beschluss gefasst, jenen bisherigen Mitgliedern der Vollversammlung, die anlässlich der Landwirtschaftskammerwahl 2015 aus ihrer Funktion als Landwirtschaftskammerrätin bzw. Landwirtschaftskammerrat ausgeschieden sind, die Ehrenurkunde der Landwirtschaftskammer OÖ mit Ehrennadel zu verleihen. Mit dieser höchsten Auszeichnung, die die bäuerliche Interessenvertretung in Oberösterreich zu vergeben hat, sollen die besonderen Leistungen unserer verdienten Funktionärinnen und Funktionäre auch nach außen hin sichtbar bedankt werden. Ich darf die zu ehrenden Personen namentlich anführen:

Frau ÖR Andrea **HOCHREITHER**  
Frau Christine **TRAUNWIESER**  
Frau Gabriele **WILD-OBERMAYR**  
Herr Johann **FREIMÜLLER**  
Herr Bgm. ÖR Franz **HOCHEGGER**  
Herr Ing. Franz **MAHRINGER**  
Herr ÖR Simon **SIGL**  
Herr Johann **WEINZINGER**

Es ist mir nun ein ehrliches und besonderes Anliegen, einige Worte des Dankes an euch zu richten.

Die vergangenen Jahre eurer Funktionärstätigkeit waren für die gesamte Bauernschaft sicher nicht leicht und haben gewaltige Veränderungen sowie schwierige Rahmenbedingungen mit sich gebracht. Ich erinnere nur an mehrere EU-Agrarreformen mit der Einführung entkoppelter Betriebsprämien und nunmehr einheitlicher Flächenprämien, die es in den abgelaufenen Funktionsperioden umzusetzen galt, an die intensiven Diskussionen zur Neugestaltung des agrarischen Umweltprogrammes ÖPUL und des gesamten Programmes zur Ländlichen Entwicklung, an die Neuregelung der Pauschalierung und der Einheitswerte, an die Bewältigung zunehmend extremer Wetterereignisse in der Landwirtschaft oder mehrerer Sturmschadenkatastrophen im Bereich der Forstwirtschaft.

Daneben waren wir gemeinsam mit der Diskussion zahlreicher Gesetzesvorhaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie insbesondere mit neuerlichen Tier- und Pflanzenschutzmitteldiskussionen massiv gefordert. Mit der Steuerreform, Reformschritten in der Verwaltung und im Förderwesen, der Reform der EU-Bio-Verordnung sowie der Verhandlung mehrerer Freihandelsabkommen stehen auch in nächster Zeit auf nationaler und EU-Ebene wichtige politische Entscheidungen an.

Dazu brauchen die Bauern unseres Landes eine funktionierende Interessenvertretung mit Funktionären, die diese großen Herausforderungen nicht scheuen. Und unsere nunmehr ausscheidenden bzw. ausgeschiedenen Funktionäre sind besondere Vorbilder dafür, dass persönlicher Einsatz, fachliche Kompetenz und loyale Zusammenarbeit mit unserer Kammerorganisation vieles bewegen und verändern können.

Die vielschichtigen Interessen und Probleme in den verschiedenen Regionen unseres Bundeslandes erfordern, dass in den Bezirken und Gemeinden die bäuerlichen Interessen wirksam wahrgenommen und vertreten werden. Die Umsetzung notwendiger agrarpolitischer

und interessenspolitischer Maßnahmen ist nur dann erfolgreich möglich, wenn bis hin zu den Mitgliedern entsprechende Informations- und Überzeugungsarbeit geleistet wird.

Unsere heute zu ehrenden Kammerfunktionärinnen und -funktionäre haben sich in einem hohen Ausmaß persönlich mit der Landwirtschaftskammer und ihren Bezirksbauernkammern identifiziert. Gemeinsam – Bäuerinnen und Bauern, Funktionäre und Mitarbeiter – haben wir in den vergangenen Jahren wiederum wichtige und entscheidende Schritte gesetzt. Die kommenden Jahre werden ebenfalls erhebliche Herausforderungen bringen, die weiterhin unseren besonderen Einsatz erfordern.

Namens der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für OÖ., der oberösterreichischen Bauernschaft aber auch in meinem Namen darf ich euch für euren großen Einsatz und eure Leistungen ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Für die Zukunft wünsche ich jedem Einzelnen persönliches Wohlergehen und vor allem viel Gesundheit sowie persönliche Zufriedenheit. Ich hoffe und wünsche mir, dass ihr auch weiterhin regen Anteil am agrarpolitischen Geschehen in unserem Lande nehmt.

Ich darf euch nun als Zeichen des Dankes die Ehrenurkunden samt Ehrennadel überreichen und bitte euch dazu nach vorne zu kommen.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker** und **Vizepräsident Karl Grabmayr** überreichen anschließend den geehrten Kammerfunktionärinnen und -funktionären jeweils die Ehrenurkunde und Ehrennadel der Landwirtschaftskammer.

**Gabriele Wild-Obermayr:**

Zum letzten Mal an diesem Platz bei der Vollversammlung kann ich hier Danke sagen, danke für eine sehr lange Zeit im Haus beginnend von der Zeit der Landjugend an. Ich bin jetzt wieder mehr bei den Wurzeln und das ist auch für uns ein ganz wichtiger Punkt hier in der Arbeit, nämlich das, mit dem wir draußen zu tun haben, mit dem wir vertraut sind, hier sachlich zu diskutieren und uns darüber auszutauschen. Ich habe es auch stets sehr geschätzt, dass hier eine Information über die jeweiligen Fachbereiche stattfindet, in denen man tätig ist und man sich den Diskussionen und den daraus resultierenden Aufgaben stellt. Für die Zukunft werden die Herausforderungen wohl nicht kleiner. Es ist eine stetige Weiterentwicklung und das ist auch wichtig so. Wichtig dabei ist, dass man die Beziehung und den Kontakt zu den Wurzeln nicht verliert und dass wir das, was von der Gesellschaft so geschätzt wird, auch entsprechend bewahren. Ich habe ja sehr viel Kontakt zu den Konsumenten. Wir sollen diesen Blick nie verlieren. Wir sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und ein wesentlicher Faktor in der Gesellschaft, auf den sehr genau hingeschaut wird. Euch, den jetzt Verantwortlichen, ist diese Aufgabe ganz besonders anvertraut. Wir draußen als produzierende Landwirte brauchen diesen Draht hier herein, dass die Anliegen thematisiert, ausgetauscht und zusammengeführt werden. Ich habe stets sehr geschätzt, dass die Zeit sehr positiv genutzt wird, besonders in den Ausschüssen aber auch in einer Einrichtung wie der Vollversammlung. Ich danke allen, die hier herinnen tätig sind, nicht nur den Funktionären, sondern auch den Beratungskräften und allen uns unterstützenden Kräften hier im Haus. Ich wünsche, dass die Kontakte gut weitergeführt werden und dass zielorientiert gearbeitet werden kann. Vielen Dank und alles Gute für die Zukunft. In der österreichischen Landwirtschaft haben wir ein sehr gutes Bild und für dieses Bild sind wir letztlich alle und jeder Einzelne verantwortlich und ihr seid hier an vorderster Front wenn es darum geht, zu diesem Bild beizutragen.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Ich danke Gabi Wild-Obermayr für ihre Worte; Du bist ja eine ganz besonders wichtige Botschafterin für die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft gegenüber den Konsumenten.

### 3 Bericht des Präsidenten

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker** übergibt den Vorsitz an Vizepräsident Karl Grabmayr, dieser ersucht den Präsidenten um seinen Bericht.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

#### 1. Anhebung Vorsteuerpauschale macht Steuerreform verkraftbar – weiterer Präzisierungsbedarf in Detailbereichen

Mit der neuen Steuerreform zeigt die Bundesregierung politische Handlungsfähigkeit und setzt dringend erforderliche wirtschaftliche Konjunkturimpulse. Neue Eigentumssteuern für die Land- und Forstwirtschaft sowie eine Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuern konnten erfolgreich verhindert werden. Von den vorgesehenen Entlastungen im Bereich des Einkommenssteuertarifes profitieren insbesondere auch die Nebenerwerbsbauern. Ein erheblicher wirtschaftlicher Wehrmutstropfen für die bäuerlichen Familienbetriebe ist die Anhebung des begünstigten Mehrwertsteuersatzes für Futtermittel, lebende Tiere, Saatgut und Pflanzen von bisher 10 auf künftig 13 Prozent. Auf massiven Druck der Bauernvertretung und mit politischer Unterstützung durch Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer konnte unmittelbar nach der Präsentation des Steuerreformvorschlages eine Erhöhung des Vorsteuerpauschales von bisher 12 auf künftig 13 Prozent durchgesetzt werden. Ohne Korrektur der Vorsteuerpauschale wäre die vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung voll als Einkommensreduktion wirksam geworden. Mit der nunmehr vorgesehenen Erhöhung profitieren etwa zwei Drittel der bäuerlichen Betriebe. Insbesondere im Bereich der Schweinemast und Geflügelproduktion, aber auch bei Rindermästern kann dadurch die Mehrwertsteuererhöhung nicht voll ausgeglichen werden.

Die Steuerreform soll auch für bäuerliche Kleinstbetriebe eine Rückerstattung bzw. Beitragsgutschrift für Sozialversicherungsbeiträge bringen. Im Begutachtungsentwurf ist eine Beitragsgutschrift mit einem jährlichen Höchstbetrag von 110 Euro vorgesehen. Als Nachweis für das niedrige Einkommen ist die Vorlage eines rechtskräftigen Einkommensteuerbescheides vorgesehen. Da aber der Großteil kleinerer bäuerlicher Betriebe keine Einkommensteuer entrichten muss und daher im Regelfall auch keine Einkommensteuererklärung abgibt, würden von der vorgeschlagenen Regelung vermutlich nur wenige Landwirte profitieren. Um den mit dieser Regelung verbundenen Verwaltungsaufwand in Grenzen zu halten und eine Differenzierung zwischen Voll- und Nebenerwerbsbetrieben zu vermeiden, fordert die Landwirtschaftskammer in diesem Bereich eine generelle Beitragsrückerstattung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit sehr niedrigen Einheitswerten. Damit wäre eine noch gezieltere Unterstützung bäuerlicher Kleinstbetriebe möglich.

Bei Lebensmitteln konnte eine Erhöhung des begünstigten Mehrwertsteuersatzes und damit eine wirtschaftliche Schlechterstellung österreichischer Produkte erfolgreich verhindert werden. Im Bereich der Grunderwerbsteuer bleibt für die Land- und Forstwirtschaft anstatt des Verkehrswertes der einfache Einheitswert als Bemessungsgrundlage erhalten. Dabei soll für die Landwirtschaft wie bei den Gewerbebetrieben keine Einschränkung auf nahe Verwandte erfolgen. Im Bereich Grundvermögen (Wohnungswert) sind noch detaillierte Festlegungen zur künftigen Berechnungsbasis zu treffen, da in diesem Bereich von der Bundesregierung die Heranziehung von Verkehrswerten vorgeschlagen wurde. Für die Ermittlung des Grundstückswertes sollte bei land- und forstwirtschaftlichen Gebäuden sowie Wohngebäuden

nicht auf den Immobilienpreisspiegel zurückgegriffen werden. Eine Bewertung auf Basis des Immobilienpreisspiegels ist für landwirtschaftliche Liegenschaften und Wohngebäude keinesfalls sachgemäß. Die Landwirtschaftskammer fordert zudem, dass hinsichtlich älterer historisch bedingt großer bäuerlicher Wohngebäude bei der Bewertung ein Deckel von 150 Quadratmetern verankert wird. Darüber hinausgehende Flächen sollten als einfache Lagerflächen bewertet werden. Die Details zur Bewertung sind vom Finanzministerium im Wege einer Verordnung festzulegen. Auch bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung der Registrierkassenpflicht im Bereich der bäuerlichen Direktvermarktung sind noch entsprechende Klarstellungen erforderlich. Die Einführung der Registrierkassenpflicht sowie die Belegerteilungs- und Annahmepflicht werden von der Landwirtschaftskammer kritisch beurteilt. Zumindest sollten Umsätze ausgenommen werden, für die ansonsten keine gesetzliche Aufzeichnungspflicht besteht, wie insbesondere Umsätze aus der Urproduktion, die in der Voll- und Umsatzsteuerpauschalierung erfasst sind, sowie Umsätze von Maschineneinsätzen auf Basis von ÖKL-Selbstkosten. Auch bei der Berechnung der „Verpflichtungsgrenze“ (ab der Registrierkassen verwendet werden müssen) sollen derartige Umsätze nicht berücksichtigt werden.

Bei der zur Diskussion gestellten Neuregelung der Grundsteuer im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist konsequent darauf zu achten, dass es hier zu keinen unzumutbaren Zusatzbelastungen für die Land- und Forstwirtschaft kommt. Die Steuerreformvorschläge befinden sich derzeit in Begutachtung, die parlamentarische Behandlung und die Beschlussfassung sollen noch vor der Sommerpause erfolgen.

## 2. Selbstbestimmungsrecht bei GVO-Futter- und Lebensmitteln in Diskussion

Die EU-Kommission will den Mitgliedsstaaten mehr Entscheidungsfreiheit bei der Verwendung von GVO in Lebens- und Futtermitteln (auch bei importierten Lebens- und Futtermitteln, die GVO enthalten) geben. Einzelne Mitgliedsstaaten sollen die Verwendung von GVO-Lebens- oder Futtermitteln untersagen können, auch wenn diese auf EU-Ebene zugelassen sind. Grundsätzlich will man aber am bisherigen EU-Zulassungssystem festhalten. Mit dem im April präsentierten Kommissionsvorschlag soll den Mitgliedsstaaten ein sogenanntes „Opt-Out“ nicht nur beim Anbau, sondern auch bei der Verwendung von GVO-Produkten zugestanden werden. Gleichzeitig soll festgelegt werden, dass die Opt-Out-Maßnahmen den Grundsätzen des EU-Binnenmarktes und den internationalen Verpflichtungen der EU (insbesondere im Rahmen der WTO-Regelungen) nicht widersprechen dürfen. Opt-Outs müssen auf legitimen Gründen beruhen und dürfen aufgrund des EU-Zulassungsverfahrens nicht mit Risiken für die Gesundheit von Mensch oder Tier bzw. für die Umwelt begründet werden.

Vordergründig richtet sich der Kommissionsvorschlag damit gegen den Import von gentechnisch veränderten Futtermitteln wie Sojaschrot. Obwohl mit der Forcierung des Sojaanbaus in Österreich intensive Bemühungen für eine verstärkte Eiweißversorgung in der Fleischproduktion gesetzt wurden, sind wir in der Veredelungsproduktion (insbesondere in der Schweinehaltung) weiterhin massiv auf den Import von Sojaschrot angewiesen. Bei einem Verwendungsverbot für GVO-Sojaschrot würden sich die Eiweißfuttermittel dramatisch verteuern. Den Produzenten würden diese Mehrkosten am Markt keinesfalls dauerhaft abgedeckt werden. Die Fleischproduktion als zentraler Wertschöpfungsbereich der oberösterreichischen Landwirtschaft würde wirtschaftlich nachhaltig ruiniert.

Im Falle der Umsetzung des Kommissionsvorschlages drohen eine Lockerung des EU-Zulassungsverfahrens und ein Fleckerlteppich an nationalen Regelungen in der EU. Insgesamt würden damit eine wahre Kontrollflut und ein massiver bürokratischer Aufwand verursacht. Mit der Umsetzung dieses Vorschlages könnten sich massive Störungen auf dem EU-Binnenmarkt für Futtermittel ergeben und damit in diesem Bereich das Prinzip des freien Warenverkehrs praktisch außer Kraft setzen. Die Bauernvertretung spricht sich daher mit Nachdruck gegen die Umsetzung des vorgelegten EU-Vorschlages aus. Anstatt dessen soll dem Konsumenten mit dem weiteren Ausbau und einer konsequenten Kontrolle der GVO-Kennzeichnungspflicht die Wahlfreiheit beim Lebensmitteleinkauf gegeben werden. Insbesondere bei Milch, Geflügel und Eiern ist Österreich bei der GVO-freien Produktion ohnehin schon weit voraus. Über die Umsetzung des vorliegenden EU-Vorschlages haben EU-Agrarministerrat und EU-Parlament zu entscheiden.

### **3. EU-Bioverordnung: Kommissionsentwurf erfordert weitere Korrekturen**

Die Verhandlungen zur geplanten neuen EU-Bioverordnung befinden sich in einer entscheidenden Phase. Im EU-Agrarministerrat konnte aber trotz mehrmonatiger Diskussion noch keine einheitliche Position gefunden werden. In den nächsten Tagen soll ein neuerlicher Anlauf für eine Einigung unternommen werden. Im Juli wollen die EU-Parlamentarier ihre Position zur Neuregelung der EU-Bioverordnung festlegen. Ein endgültiger politischer Kompromiss im Rahmen der sog. „Trilog-Verhandlungen“ zwischen Kommission, Agrarministerrat und EU-Parlament wird für Herbst angestrebt.

Die bisherigen Regelungen der EU-Bioverordnung haben sowohl bei den Biobauern selbst als auch bei den Konsumenten eine äußerst hohe Akzeptanz. Die erfolgreiche und positive Entwicklung des Biolandbaus darf keinesfalls durch unüberlegte und praxisfremde Reformschritte auf EU-Ebene gefährdet werden. In mehreren Bereichen wurde bereits die Rückkehr zu den bisher in der Praxis bewährten Regelungen vereinbart. Dies betrifft insbesondere Möglichkeiten, wie bisher Futtermittel schon aus dem ersten Jahr der Umstellung verfüttern zu können oder in Situationen, wenn Biosaatgut und Bio-Tiere nicht verfügbar sind, auf konventionelle Betriebsmittel zurückgreifen zu können. Die erfolgten Änderungen wurden auf Drängen der Landwirtschaftskammer und von Bio Austria durchgesetzt. Wesentlicher offener Kernpunkt der Verhandlungen ist die Regelung der Bio-Kontrolle. Bio-Produkte zeichnen sich nicht nur durch bestimmte messbare Produkteigenschaften, sondern vor allem durch einen gesamtheitlich kontrollierten Produktionsprozess aus. Die Einhaltung dieses Prozesses wird bisher durch jährliche Kontrollen auf den Bio-Betrieben sichergestellt. Die EU-Kommission schlägt eine Umstellung auf risikobasierte Kontrollen vor. Solange jedoch dazu kein EU-weit einheitlicher Kriterienkatalog für die Risikozertifizierung vorgegeben wird, könnte dies zu unterschiedlichen Kontrollen und Wettbewerbsverzerrungen am EU-Binnenmarkt führen.

Auch die vorgeschlagene Festlegung von Rückstandskontrollwerten bei den Bio-Endprodukten greift zu kurz, um die Qualität von Bio-Lebensmitteln zu garantieren. Der vorgeschlagene Ansatz birgt gerade für die kleinstrukturierte Bio-Landwirtschaft das Risiko, dass durch eine Abdrift von Pflanzenschutzmitteln benachbarter konventioneller Betriebe Bio-Betriebe unverschuldet für die Vermarktung gesperrt werden könnten. Auch hier fordert die Landwirtschaftskammer ein Festhalten am bisher bewährten Kontrollregime. Die EU hat in mehreren Handelsabkommen die gegenseitige Anerkennung von Bio-Produkten bzw. der jeweiligen Bio-Kontrollen vereinbart. Beim Import von Bio-Lebensmitteln aus verschiedenen Ländern erfolgt die Kontrolle oft auch durch private Zertifizierungsunternehmen. Die



Landwirtschaftskammer fordert von der EU-Kommission für diesen Bereich mehr und wirksamere Kontrollen. Bei Bio-Importen muss der gleiche Standard gelten wie bei den auf dem EU-Binnenmarkt produzierten Lebensmitteln. Die angestrebte Reform der Regelungen für den Biolandbau darf keinesfalls zu Lasten von Konsumenten und den Biobetrieben gehen. Sowohl ein genereller Richtungswechsel als auch Kompromisse zu Lasten des heimischen Biolandbaus werden daher strikt abgelehnt.

#### 4. Dauergrünlandwerdung in Diskussion

Viele betroffene Landwirte haben die neuen Auslegungen des Dauergrünlandbegriffes auf EU-Ebene mit großem Unverständnis aufgenommen. Bisher wurden Ackerflächen, auf denen Ackerfutter (zB Wechselwiese, Luzerne, Klee gras) angebaut wurde und auf denen länger als fünf Jahre keine Bodenbearbeitung (zB Umbruch, Direkteinsaat oder Schlitzsaat) stattgefunden hat, zu Dauergrünland. Erfolgte spätestens im Herbst des fünften Antragsjahres eine aktive Bestandesänderung bei gleichzeitiger Änderung der Schlagnutzungsart im Mehrfachantrag-Flächen (von zB Wechselwiese auf Klee gras), blieb das Feldstück als Ackerfläche erhalten. In Folge eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) muss die bestehende Regelung zur Dauergrünlandwerdung zwingend angepasst werden. Mit dem EuGH-Urteil wird festgestellt, dass „Dauergrünland“ eine landwirtschaftliche Fläche ist, die gegenwärtig und seit mindestens fünf Jahren zum Anbau von Gras oder anderen Grundfutterpflanzen genutzt wird. Die Dauergrünlandwerdung tritt auch dann ein, wenn diese Flächen in diesem Zeitraum umgepflügt oder eine andere als die zuvor angebaute Grünfutterpflanzenart eingesät wird. Diese Auslegung hat in der Praxis zwei Konsequenzen:

- Künftig muss nach vier Jahren Ackerfütteranbau zwingend eine andere Kultur anstelle einer Ackerfutterpflanze angebaut werden, um die Dauergrünlandwerdung zu verhindern, zB muss nach vier Jahren Wechselwiese ein Getreide oder eine Hackfrucht kultiviert werden. Eine Bestandesänderung von Wechselwiese zu Klee gras ist nicht mehr ausreichend.
- Zusätzlich muss, um ein Feldstück als Ackerfläche zu erhalten, im MFA des fünften Antragsjahres eine Schlagnutzungsänderung erfolgen. Das bedeutet, dass entweder im Herbst des vierten Jahres eine Winterung oder im Frühjahr des fünften Jahres eine Sommerung anzulegen ist.

Von der Dauergrünlandwerdung ausgenommen sind weiterhin bestimmte ÖPUL-Flächen (zB Grünbrachen bzw. UBB-Biodiversitätsflächen) und Bracheflächen als ökologische Vorrangflächen. Auf Drängen der Landwirtschaftskammern wurde für das heurige Jahr 2015 eine Übergangsregelung zugesagt. Flächen, die 2015 das fünfte Jahr oder länger in Folge zum Ackerfütteranbau genutzt werden und die bisherige Regelung korrekt umgesetzt haben, müssen ihre Flächen erst im Herbst 2015 umbrechen bzw. ab dem MFA 2016 eine geänderte Schlagnutzung (Nicht-Ackerfütterkultur) vorweisen. Eine Anfrage bezüglich einer weiteren schrittweisen Übergangsregelung wurde von der EU-Kommission negativ beantwortet. In einem Richtlinienentwurf hat die EU-Kommission nun in Aussicht gestellt, dass Leguminosen-Reinbestände generell von der Dauergrünlandwerdung ausgenommen werden sollen. Im Zuge der EU-Verwaltungsvereinfachungsdiskussion drängt die Landwirtschaftskammer mit Nachdruck auf einen gänzlichen Entfall der Regelungen zur Dauergrünlandwerdung. Dies wird insbesondere damit begründet, dass ein vorzeitiger Umbruch von Ackerfütterkulturen auch aus Klimaschutzgründen kontraproduktiv ist und diese Regelung mit einem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand für die Betriebe und die Agrarverwaltung verbunden ist. Zudem bringt die verschärfte Regelung zur Dauergrünlandwerdung negative Auswirkungen

auf die Biodiversität und zusätzliche Klimabelastungen. Als erster Erfolg kann verbucht werden, dass diese Problematik nunmehr auch auf EU-Ebene intensiv diskutiert wird und Agrarkommissar Hogan eine Überprüfung der bisherigen Regelungen angekündigt hat.

Für die betroffenen Bauern völlig unverständlich sind auch aktuelle Diskussionen, wonach Landwirte mit der freiwilligen Anlage von Öko-Vorrangflächen besonders auf Umgehungstatbestände kontrolliert werden sollen. Selbst wenn Landwirte zum Erhalt des Ackerstatus freiwillig zusätzliche Öko-Vorrangflächen anlegen, leisten sie einen wesentlich höheren ökologischen Beitrag als bei sonstigen Flächennutzungen. Finanzielle Sanktionen für in dieser Art erbrachte ökologische Zusatzleistungen werden von der Landwirtschaftskammer mit Nachdruck abgelehnt.

## **5. Einseitige Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen ist kritisch zu bewerten**

Die erstmalige Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen hatte aufgrund von EU-Vorgaben erstmals im Jahr 2008 zu erfolgen. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom November 2010 wurde die Veröffentlichung von Förderdaten über natürliche Personen im Internet für unzulässig erklärt. Im Zuge der EU-Beschlüsse zur neuen Agrarreform wurde die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Ausgleichszahlungen erneut festgelegt. Auf dieser Basis mussten bis spätestens 31. Mai des heurigen Jahres die Daten aller Zahlungsempfänger mit einer Förderhöhe von mindestens 1.250 Euro (inklusive Name, Gemeinde samt Postleitzahl und dem aus den landwirtschaftlichen Förderprogrammen erhaltenen Betrag) in der Transparenzdatenbank der AMA veröffentlicht werden.

Die Landwirtschaft bekennt sich zur Transparenz öffentlicher Zahlungen, wehrt sich aber entschieden dagegen, wegen erhaltener Ausgleichszahlungen öffentlich einseitig in die Auslage gestellt zu werden. Damit wird der Eindruck erweckt, die Bäuerinnen und Bauern sind die einzigen Bezieher öffentlicher Zahlungen. Die neuen Transparenzbestimmungen werden von den Bäuerinnen und Bauern aufgrund der Einseitigkeit als diskriminierend empfunden und stellen eine unangenehme Verletzung der Privatsphäre dar. Zudem werden durch die erneute Veröffentlichung der Direktzahlungen vielfach Neid und Missgunst geweckt bzw. geschürt. Mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer Österreich wurden daher von einer betroffenen Betriebsführerin aus dem Weinviertel ein Antrag auf Nichtveröffentlichung bei der AMA sowie eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde eingebracht. Beide Verfahren sind mittlerweile beim Bundesverwaltungsgericht anhängig. Derzeit ist offen, ob das Bundesverwaltungsgericht einen Antrag auf Vorabentscheidung beim EuGH stellt. In diesem Fall müsste die Veröffentlichung in Österreich sofort gestoppt werden. Bei einem negativen Bescheid des Bundesverwaltungsgerichtes wird mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer Österreich Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof erhoben. Ziel dieser rechtlichen Schritte mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer Österreich ist es, diese einseitige Regelung rechtlich zu kippen und damit die bäuerliche Berufsgruppe bezüglich der Gewährung von Transferleistungen wieder aus der öffentlichen Diskussion zu nehmen. Eine Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen ist nur dann vertretbar, wenn diese in analoger Form für sämtliche öffentliche Transferleistungen gelten würde.

## **6. Besteuerung von Leitungsentschädigungen nicht akzeptabel**

Zur verschärften Vollzugspraxis bei der Besteuerung von Leitungsentschädigungen gab es zuletzt österreichweit erhebliche agrarinterne Diskussionen (in OÖ vor allem von den

Betroffenen der S10 im Bezirk Freistadt). Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass es seitens der Landwirtschaftskammer nie eine Zustimmung zu einer umfassenden Besteuerung von Leitungsentzündungen gegeben hat. Massive Probleme gibt es insbesondere in der Steiermark, wo gegen viele der vom Bau einer 380-kV-Leitung betroffenen Landwirte Strafverfahren eingeleitet wurden. Die verschärfte Vollzugspraxis ist auch deshalb unverständlich, da in der Vergangenheit vielfach die Anwendung einer 70/30-Regelung akzeptiert wurde. Als Reaktion auf die neue Praxis bei der Besteuerung von Leitungsentzündungen haben die Landwirtschaftskammern vereinbart, laufende Verhandlungen für Rahmenübereinkommen zu neuen Infrastrukturprojekten vorerst auszusetzen. Die Landwirtschaftskammer fordert eine Steuerbefreiung von Entschädigungen für Grundinanspruchnahmen bei Infrastrukturprojekten im öffentlichen Interesse, insbesondere für jene Bereiche, wo zwangsweise Leitungsdienstbarkeiten durchgesetzt werden können. Es ist nicht vertretbar, dass Entschädigungen im Rahmen von freiwilligen Übereinkommen steuerlich schlechter gestellt werden als finanzielle Abgeltungen im Rahmen von Enteignungen. In der Angelegenheit werden weitere Verhandlungen mit dem Finanzministerium geführt.

## **7. Jagdgesetz: Diskussion über Wildschadensverfahren**

Vertreter des Landesjagdverbandes haben bereits im Jahr 2014 Änderungen beim Wildschadensverfahren gefordert. Das wurde damit begründet, dass allfällige gerichtliche Verfahren in Wildschadensangelegenheiten für die Jäger zu enormen Verfahrenskosten führen können. Zudem wird befürchtet, dass Jäger mit Androhung der hohen Verfahrenskosten unter Druck gesetzt werden können. Kritisiert wird insbesondere der Gesetzesverweis auf die Kostentragungsregelung im Eisenbahn-Enteignungs- und Entschädigungsgesetz. Die Landwirtschaftskammer hat von vornherein klargestellt, dass bei möglichen Verfahrensänderungen die Position der Grundeigentümer keinesfalls verschlechtert werden darf. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wurde ein Vorschlag für eine mögliche Änderung des Verfahrens in Wildschadensangelegenheiten erarbeitet: Im Rahmen einer Änderung des Jagdgesetzes könnte anstatt des Antrages an das Landesgericht eine Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht vorgesehen werden. Damit wären geringere Kosten (keine Anwaltpflicht, eventuell Gutachten durch Amtssachverständige) verbunden, zudem gäbe es den Zwischenschritt einer Beschwerdeentscheidung und vermutlich schnellere Verfahren sowie einen einheitlicheren Vollzug. Seitens des Landes OÖ wurde klargestellt, dass es eine Gesetzesänderung nur bei einer Einigung zwischen Landesjagdverband und Landwirtschaftskammer geben kann. In den bisherigen Diskussionen im Ausschuss für Rechts- und Wirtschaftspolitik sowie im Ausschuss für Forstwirtschaft und Bioenergie wurde eine Änderung des Wildschadensverfahrens sehr kritisch gesehen, vor allem deshalb, weil seitens des Landesjagdverbandes bisher keine wesentliche Zahl an konkreten Problem- bzw. Anlassfällen vorgelegt wurde. Zudem fordern einzelne Vertreter der Jägerschaft eine Junktimmierung mit zusätzlichen Änderungen im Bereich der Wildschadensrichtlinien, was von der Landwirtschaftskammer mit Nachdruck abgelehnt wird. Aus bäuerlicher Sicht ist ein Festhalten an der Kostentragungsregelung des Eisenbahn-Enteignungs- und Entschädigungsgesetzes unverzichtbar. Die Landwirtschaftskammer bleibt in der Sache weiterhin gesprächsbereit, eine inhaltliche Einigung ist aber weiterhin offen.

## **8. Keine Ratenzahlung bei Überschussabgabe Milch**

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen der De-minimis-Regelung bzw. einer staatlichen Beihilfe die von den

Milchproduzenten zu entrichtende Superabgabe in drei Tranchen bis 2017 zu bezahlen. Das Lebensministerium müsste in diesem Fall jedoch finanziell in Vorlage treten, da die Überschussabgabe jedenfalls bis 15. Oktober 2015 an die EU abzuführen ist.

Das Lebensministerium hat Ende April mitgeteilt, dass eine Anwendung der Ratenzahlungsregelung in Österreich nicht geplant ist. Das wird vor allem damit begründet, dass die Überschussabgabe in voller Höhe national vorzufinanzieren wäre, was zulasten anderer agrarischer Förderungsmaßnahmen gehen würde. Zudem wäre ein nur bescheidener Zinsvorteil mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden gewesen.

Auch die Vertreter der Milchbranche haben sich mit der vorgeschlagenen Vorgangsweise einverstanden erklärt. Von den Molkereien werden bei einzelnen Härtefällen betriebsindividuelle Lösungen angeboten.

## 9. Neue Herkunftskennzeichnung für Frischfleisch

Seit dem Jahr 2002 gilt im Gefolge des BSE-Skandals für Rind- und Kalbfleisch eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Mit 1. April des heurigen Jahres wurde die Kennzeichnungspflicht auch auf frisches Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Ziegenfleisch ausgedehnt. Mit der EU-weiten Regelung muss angegeben werden, in welchem Land ein Tier aufgezogen und geschlachtet wurde. Im Gegensatz zur Herkunftskennzeichnung bei Rindfleisch muss bei der neuen Kennzeichnung für Schweine-, Geflügel-, Schaf- und Ziegenfleisch der Ort der Geburt nicht verpflichtend angegeben werden. Nur wenn Geburt, Mast und Schlachtung in ein und demselben Land erfolgen darf das „Ursprungsland“ angegeben werden. Wenn zB Fleisch als österreichisches Schweinefleisch gekennzeichnet ist, dann sind nach der EU-Regelung sowohl Geburt, Mast als auch Schlachtung in Österreich erfolgt. Die Bauernvertretung drängt auf eine Ausweitung der europaweiten Herkunftskennzeichnung auf Verarbeitungsprodukte aus Fleisch. In Österreich fordert die Landwirtschaftskammer, dass die nunmehr vorgesehene Frischfleischkennzeichnung auch auf die Gastronomie ausgedehnt wird. Eine volle Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung ist nicht nur im Sinne der heimischen Bäuerinnen und Bauern, sondern auch der österreichischen Konsumenten.

## 10. Familienwaldtag stellt Leistungen der Waldwirtschaft in den Mittelpunkt

Um die Bedeutung des Waldes und der Waldbewirtschaftung einer breiten Bevölkerungsschicht zu veranschaulichen, veranstaltet die Landwirtschaftskammer OÖ am Sonntag, 14. Juni 2015, gemeinsam mit den Waldbesitzern von 10 bis 16 Uhr erstmals einen Familienwaldtag. In 15 bäuerlichen Waldbetrieben in allen Bezirken gibt es an diesem Tag Informationen zur Bedeutung und Leistung des Waldes und über das richtige Verhalten im Wald.

In Oberösterreich sichern 40.000 Waldbesitzer die zahlreichen Funktionen des Waldes. Sie bewirtschaften die Hälfte der oberösterreichischen Landesfläche. Zusätzlich zählt die Forst- und Holzwirtschaft zu den größten Arbeitgebern im Land. Rund 70.000 Menschen erwirtschaften ihr Einkommen direkt oder indirekt aus der Forstwirtschaft und der Holzverarbeitenden Industrie.

Der Forst- und Holzsektor zählt zu den wesentlichen Stützen des Wirtschaftsstandortes Österreich. Der jährliche Produktionswert der gesamten Wertschöpfungskette beträgt rund zwölf Milliarden Euro. Im Vorjahr wurde wieder ein Exportüberschuss in der Höhe von 3,5 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Beim Familienwaldtag wird den Besuchern die Vielfältigkeit des heimischen Waldes präsentiert. Dargestellt werden insbesondere die wirtschaftlichen Leistungen des Waldes, wie moderne Forstwirtschaft betrieben wird, sowie die Bedeutung des Waldes für unser Klima und die Ökologie. Kinder und Junggebliebene können auf spielerische Weise Interessantes und Neues zum Thema Wald erfahren.

## 11. Marktberichte

### 11.1 Rindermarkt

Im zweiten Quartal sind stabile bis leicht steigende Angebotsmengen bei Schlachtrindern gegeben. Die Viehzählung vom Dezember 2014 lässt im Jahresverlauf etwas steigende Jungstierschlachtungen erwarten. Die Abgabebereitschaft aus dem Milchkuhbereich dürfte aufgrund der guten Fittersituation, dem Auslaufen der Milchquote sowie der guten Zuchtkalbinnen-Exportlage begrenzt bleiben.

Im Zeitraum bis Mai 2015 lagen die Preise durchwegs leicht über Vorjahresniveau.

#### Vergleich Durchschnittspreise bei Rindern

	Wochen 1-24/14	Wochen 1-24/15	+/- EURO
<b>Stiere</b>	€ 3,48	€ 3,61	+ 0,13
<b>Kühe</b>	€ 2,39	€ 2,44	+ 0,05
<b>Kalbinnen</b>	€ 3,19	€ 3,19	+/- 0
<b>Stierkälber</b>	€ 4,02	€ 4,31	+ 0,29

(Quelle: Basispreise Klasse R bei der Rinderbörse, ohne MwSt.)

#### Jungstiermarkt

Beim Jungstier kommt es seit April nachfragebedingt zu leichten Preisrücknahmen, was dem saisonalen Trend entspricht. Bis Juni lagen die Notierungspreise dennoch im Schnitt um 13 Cent je Kilogramm höher als im Vorjahreszeitraum (aktuell in KW 24 15 Cent je Kilogramm). Bis Ende Juli ist saisonal bedingt weiterhin mit schwierigen Marktverhältnissen („Sommerloch“) zu rechnen.

Die Vermarktungsschwerpunkte bei Rindfleisch liegen derzeit bei Grillartikeln bzw. der Edelteilvermarktung (Steaks).

Seit Ende Februar 2015 ist auch die Kette Zielpunkt als neuer Absatzpartner für AMA-Gütesiegel/Premium Rind-Jungstiere eingestiegen. Diese wird zu einem erheblichen Teil aus Oberösterreich beliefert.

#### Schlachtkalbinnenmarkt

Bei Mastkalbinnen ist die Marktsituation grundsätzlich ausgeglichen. Der Absatz bei AMA-Gütesiegel Qualitätsmastkalbinnen in den Markenprogrammen (Cult Beef) verläuft weiterhin sehr rege – das Mengensteigerungspotential in diesem Segment zeigt sich vorerst beinahe unbegrenzt. Die Preise sind bei Kalbinnen überwiegend stabil.

### Schlachtkuhmarkt

Der Sektor Verarbeitungsrindfleisch zeigt sich seit Jahresbeginn spürbar belebter. Die Kuhpreise haben ausgehend von einem sehr schwachen Niveau zu Jahresbeginn deutlich angezogen (+40 Cent je Kilogramm). In den ersten fünf Monaten 2015 lag die Durchschnittsnotierung um 5 Cent je Kilogramm über dem Vorjahresvergleichszeitraum (aktuell in KW 24 9 Cent je Kilogramm zum Vorjahr).

Die Preiszuschläge für Biokühe haben aufgrund des sehr knappen Angebots seit Jahresbeginn nochmals angezogen und liegen aktuell auf stabil hohem Niveau mit 56 Cent je Kilogramm Schlachtgewicht (für alle Handels- und Fettklassen).

### Schlachtkälber/Bio-Kalbfleisch

Bei Schlachtkälbern ist die Nachfrage im ersten Halbjahr rückläufig. Aktuell sind Angebot und Nachfrage auf niedrigem Niveau ausgeglichen. In der zweiten Jahreshälfte wird die Nachfrage belebter sein und die Preise werden anziehen. Die Preiszuschläge für Biokälber werden ab Ende Juli wieder stufenweise angehoben.

### Bio-Rinder

Bio-Rinder sind bei gutem Inlandsabsatz sowie auch reger Exportnachfrage weiterhin sehr rege nachgefragt. Speziell bei gut ausgemästeten Bio-Ochsen und Bio-Kalbinnen kann die Nachfrage kaum gedeckt werden. Die im ersten Quartal spürbar angehobenen Bio-Zuschläge bei Ochsen, Kalbinnen und Jungrindern bleiben auf stabil hohem Niveau.

### Nutzkälber-/Einstellermarkt:

Die Nutzkälber- und Einstellerpreise liegen 2015 bei Stierkälbern um 0,30 Euro je Kilogramm sowie bei Fressern und Einstellern rund 30 Euro je Stück über dem Niveau von 2014. Aktuell ist eine sehr rege Nachfrage gegeben, sodass der Stierkälberpreis in den letzten Wochen noch leicht angezogen hat. Bei Nutzkälbern wird wegen saisonal rückläufiger Abkalbungen in den Bergregionen das Angebot in den Sommermonaten bei reger Nachfrage knapper sein. Einsteller: Österreichweit war das Angebot vor Beginn der Almsaison etwas höher, konnte aber problemlos in den Mastbetrieben bzw. zum Teil im Export untergebracht werden. Mit Beginn der Almsaison ist für die Sommermonate mit einem knappen Einstellerangebot zu rechnen.

## 11.2 Schweinemarkt

### Ferkelmarkt

Ausgehend von den Problemen am Markt für Mastschweine, ausgelöst durch den Importstopp Russlands, ist auch der Ferkelmarkt anhaltend unter Druck. Bereits zu Jahresbeginn lag der Ferkelpreis um 70 Cent je Kilogramm unter dem Vorjahreswert. Auch wenn sich der Preisrückstand in der Folge leicht verringerte ergibt sich dennoch für den Zeitraum bis Mitte Juni 2015 ein durchschnittliches Minus von knapp 15 Euro je Ferkel. Nachdem derzeit das Angebot an Ferkeln zunimmt, ist in der zweiten Jahreshälfte mit tendenziell rückläufigen Preisen zu rechnen. Entscheidend für die Betriebe wird daher sein, die biologischen Leistungen im Stall weiter zu verbessern, um auch in preislich schwierigen Zeiten positive Deckungsbeiträge erwirtschaften zu können.

	Wochen 1 - 23/14	Wochen 1 - 23/15	+/- EURO
Ferkelpreis	€ 2,65	€ 2,13	- 0,52

### Mastschweinemarkt

Seit gut einem Jahr ist der Export von Schweinefleisch nach Russland unterbrochen. Russland möchte die Eigenversorgung stärken und nutzt die vereinzelt Fälle von Afrikanischer Schweinepest im Baltikum und Polen sowie das politische Embargo für eine Einfuhrsperre. Das Exportvolumen bei Schweinefleisch nach Russland betrug zuletzt ca. 800.000 Tonnen jährlich bzw. ca. 3 Prozent der EU-Produktion. Der Anteil bei den hauptsächlich exportierten fetten Teilstücken ging deutlich in zweistellige Prozentsätze. Speziell dieses Faktum führte zu einem erheblichem Preisverfall (2014: -12 Prozent).

	Wochen 1 - 24/14	Wochen 1 – 24/15	+/- EURO
Mastschweinepreis	€ 1,48	€ 1,31	- 0,17

### Hohe Lagerbestände bei Speck und Schweinefett

Etwa ein Viertel des Schlachtkörpergewichtes sind sogenannte Fettprodukte, welche die russische Fleischindustrie vornehmlich als Rohstoff zur Wurstproduktion importiert hatte. Da es für diese Produktgruppe bis dato keine gleichwertigen alternativen Verwertungsmöglichkeiten gibt, brach der Preis für dieses Segment um mehr als die Hälfte ein. Umgerechnet auf das Schwein wird allein aus diesem Segment ein Verlust von 10 Euro kalkuliert.

### Alternativmärkte nur Entsorgungsmärkte

Alle Bemühungen, den Warenstrom auf andere Märkte umzulenken, zeigten bisher nur bescheidene Erfolge. Zum einen, weil die russlandtypische Ware anderswo kaum gefragt ist, zum anderen, weil die zur Hoffnung Anlass gebenden asiatischen Märkte auch von anderen Anbietern am Weltmarkt bestürmt werden. Dies führt zu Preisdumping, das derzeit in China und Japan mit den amerikanischen Mitbewerbern ausgetragen werden muss. Unter dem Strich bedeuten die aktuellen Rahmenbedingungen anhaltend schwierige Zeiten für die Schweinehalter.

Die von März bis Ende April gelaufene gestützte Einlagerungsaktion der EU-Kommission war wenig erfolgreich. Von praktisch allen Mitgliedsstaaten wurde bereits bei der überraschenden Einführung kritisiert, dass die Maßnahme um Monate zu spät und mit zu geringen Fördersätzen bedacht sei. Obendrein waren Speck und fette Produkte von der Aktion ausgeschlossen. Insgesamt wurden ca. 65.000 Tonnen beantragt, wobei Dänemark und Spanien etwa die Hälfte sowie Deutschland und Polen etwa ein Viertel des Volumens beantragten. Der Anteil Österreichs fiel mit 410 Tonnen äußerst bescheiden aus.

## 11.3 Milchmarkt

In Österreich liegt die Anlieferung weiter leicht unter den Werten des Vorjahres. Mit Ende März gab es in OÖ 8.450 Milchlieferanten, wobei im Kalenderjahr 2014 977.000 Tonnen Milch abgeliefert wurden. Dies ist eine Steigerung der Anlieferung um 5 Prozent gegenüber 2013.

### Milchpreisentwicklung

Nachdem sich die internationale Marktlage auch auf den heimischen Markt auswirkt war in Österreich seit Oktober 2014 der Trend beim Milchpreis rückläufig. Der Bio-Milchpreis konnte in den letzten Monaten dabei im Vergleich deutlich stabiler gehalten werden.

Ein saisonaler Rückgang der Milchanlieferung und eine mögliche steigende internationale Nachfrage würden Spielraum für eine Stabilisierung und Trendumkehr der Preistendenz schaffen.

Im ersten Quartal 2015 ist die angelieferte Milchmenge in der EU um 1,2 Prozent niedriger ausgefallen als im Vorjahreszeitraum. Die Anlieferungen sind nach dem Quotenende nicht sprunghaft angestiegen. In Erwartung einer tendenziell steigenden Produktion konnten Lebensmittelketten wie ALDI in Deutschland allerdings niedrigere Einkaufspreise umsetzen.

Dass der saisonale Anstieg heuer schwächer ausgeprägt war als im Vorjahr dürfte auf hohe Quotenüberschreitungen in einer Reihe von EU-Ländern sowie gesunkene Milchauszahlungspreise der Molkereien zurückzuführen sein. Außerdem war die Vegetation mehrere Wochen hinter der Entwicklung im Vorjahr zurück.

Die Weltmarktpreise für Milchprodukte liegen durch die flauere Nachfrage aktuell deutlich unter dem Vorjahresniveau. Nach einer kurzfristigen Erholung der Preise zu Jahresbeginn haben die Preise seit Mitte Mai erneut nachgegeben. Die jüngste Erholung des Euro schmälert zudem die Konkurrenzfähigkeit der Anbieter aus der EU, wenngleich der Euro nach wie vor deutlich schwächer ist als noch vor wenigen Monaten.

In Europa war in den letzten Wochen ein markanter Rückgang der Spotmilchpreise zu verzeichnen. Die Strategie der österreichischen Milchbranche, sich auf Veredelung und Wertschöpfung zu konzentrieren, bringt damit Vorteile für die Lieferanten.

Die Überschreitung des anlieferungsstärksten Zeitraumes Ende Mai bis Anfang Juni in Österreich bzw. auch EU-weit vermindert den Marktdruck. Die niedrigen Preise dürften absatzseitig vor allem bei den großen Importeuren Nachfrage erzeugen. Analysten erwarten daher eine Entspannung der Situation ab Jahresmitte.

### **Saldierung Quoten 2014/15**

Die letzten Schätzungen der AMA gehen von einer Gesamtüberschussabgabe in der Höhe von ca. 44 Millionen Euro aus. Davon abgeleitet wird die Basisüberschussabgabe mit ca. 9 Cent geschätzt und die Überschussabgabe mit Zuschlag in der Höhe von ca. 23 Cent. Die Größenordnung des Zuweisungsprozentsatzes kann noch nicht genau gesagt werden, wird aber aller Voraussicht nach deutlich unter den 9 Prozent des Vorjahres liegen.

## **11.4 Holzmarkt**

### **Nadel- und Laub-Sägerundholz**

Die Sägewerke sind derzeit ziemlich gut mit Nadelsägerundholz versorgt. Darüber hinaus gibt es aufgrund der Schadholzmengen vermehrt günstige Rundholzangebote. Dieser Umstand hat auch in Oberösterreich zu einer Preisabschwächung geführt. Das Preisband beim Leitsortiment Fichte 2b+, Güteklasse AB, liegt nunmehr zwischen 89 und 91 Euro pro Festmeter. Beim Laubsägerundholz sind die Schlägerungen abgeschlossen. Eichen- und Eschenholz war über die gesamte Saison sehr gut nachgefragt.

### **Fi/Ta-Schleifholz und Nadel-Faserholz**

Die Schleif-/Faserholz- und Plattenindustrie ist derzeit gut versorgt. Die Zufuhr ist teilweise kontingentiert, die Industrie ist aber um eine zeitgerechte Holzabfuhr bemüht. Buchenfaserholz ist verhalten nachgefragt. Die Preise sind sowohl bei Nadel- als auch bei Laubfaserholz stabil.



## Energieholz

Aufgrund der milden Temperaturen im abgelaufenen Winter ist die Nachfrage nach Energieholz entsprechend verhalten. Derzeit sind die Heizwerke gut mit Brennstoff versorgt.

### 3.1 Preisbild Oberösterreich

#### Fi-Sägerundholz, Güteklasse A/B/C (€/FMO netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

1a	42,00 – 45,00
1b	69,00 – 72,00
2a+	89,00 – 91,00

#### Fi/Ta-Schleifholz (€/FMO netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	88,00 – 90,00
RMM	28,00 – 30,00

#### Fi/Ta/Ki/Lä-Faserholz (€/AMM netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	70,00 – 75,00
-----	---------------

#### Buchen-Faserholz (Bu/Es/Ah/Bi) (€/AMM netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	68,00 – 70,00
-----	---------------

#### Brennholz 1 m lang – trocken, gespalten, ab Hof (€/RMM ohne USt)

hart	60,00 – 82,00
weich	39,00 – 59,00

Zu den genannten Preisbändern existieren am Brennholzmarkt regionale Unterschiede.

#### Energieholz gehackt (€/AMM ohne USt, frei Werk)

hart	80,00 – 95,00
------	---------------

Vizepräsident Karl Grabmayr dankt Präsident ÖR Ing. Reisecker für seinen Bericht.

## 4 Berichte aus den Ausschüssen

### Ausschuss für Bäuerinnenangelegenheiten am 11. März 2015

Berichterstatter: KR Elfriede Schachinger

LAbg. ÖR Annemarie Brunner wurde bei der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Bäuerinnenangelegenheiten am 11. März 2015 einstimmig zur Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreterin ist Kammerrätin Elfriede Schachinger aus Schlatt bei Schwanenstadt.

Die wiedergewählte Vorsitzende bedankte sich sehr herzlich für das ausgesprochene Vertrauen. Sie will wie bisher mit allen Mitgliedern im Ausschuss konstruktiv zusammenarbeiten, denn in der Geschlossenheit liegt die Kraft für Bäuerinnen und Frauen in der Landwirtschaft zu arbeiten. Ein Schwerpunkt war wie bei jedem Ausschuss der agrarpolitische Bericht von

Vizepräsident Karl Grabmayr, diesmal zu den Themen ÖPUL, Landschaftselemente, neues Freihandelsabkommen TTIP, die neue EU-Bioverordnung, die Änderungen beim Berghöfekataster, die Rinderkrankheit IBR/IBV und das EuGH-Urteil zur Dauergrünlandwerdung. Die Verhandlungen und die doch sehr „emotionalen“ Medienberichte zur Transatlantischen Freihandelszone (TTIP) wurden sehr intensiv besprochen, wobei klar wurde, dass es noch keine konkrete Diskussionsgrundlage zum Bereich Lebensmittel gibt. Wenn diese vorliegt, wird es eine Veranstaltung in der LK OÖ geben, so Kammerdirektor Pernkopf. Sehr bestürzt waren die Mitglieder auch über das EuGH-Urteil zur Dauergrünlandwerdung, weil es in OÖ sehr viele Betroffene gibt.

Die Vorsitzende Annemarie Brunner warb in ihrem Bericht für die Meisterprüfungen sowohl im Fachbereich Landwirtschaft wie auch für den Bereich Betriebs- und Haushaltsmanagement, weil derzeit der Frauenanteil in allen Meisterkursen bei nur 12 % liegt. Gerade die jungen Frauen auf den Höfen wollen wir motivieren, in die Fachausbildung zu investieren, weil sie meist keine landwirtschaftliche Ausbildung haben. Weiters berichtete die Vorsitzende über das erfolgreiche Projekt ZAM – **Z**ukunftsorientierte **A**grarische **M**otivation mit den Teilen – ZAM-Lehrgang, Funktionärinnen.Werkstatt und dem neuen Bildungsangebot „Plötzlich Bäuerin/Bauer“, das in diesem Bildungswinter mit 48 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erstmals stattfand. Damit das Netzwerk unter den Bäuerinnen lebt, werden alle Teilnehmerinnen der ZAM-Veranstaltungen am Osterdienstag zum 2. Vernetzungstreffen eingeladen. Referentin am 7. April 2015 um 19 Uhr in der LK OÖ ist Frau Dr. Christine Haiden zu „Die Quellen weiblicher Kraft“ und im Anschluss gibt es eine Diskussionsrunde „Von Bildung bis Mentoring“. Wie schon vor sechs Jahren haben alle Mitglieder vereinbart, im April in allen vier Vierteln halbtägige Workshops zu Zielen und Aktivitäten in der Bäuerinnenarbeit bis 2021 durchzuführen. Die Ergebnisse aus allen Workshops werden im nächsten Ausschuss zusammengefasst und bilden dann das Arbeitspapier für die künftige Bäuerinnenarbeit.

### **Kontrollausschuss am 26. Mai 2015** **Berichterstatter: KR Alois Ganglmayr**

Der Kontrollausschuss tagte am 26. Mai 2015, wir haben vorerst eine kleine Vorstellungsrunde gemacht, um uns besser kennen zu lernen. Geprüft wurde der Rechnungsabschluss 2014 und die Erneuerung der LK-Brandmeldeanlage und der Elektroinfrastruktur.

Zum Rechnungsabschluss:

Die Einnahmen setzen sich folgendermaßen zusammen:

Summe Kammerumlage.....	EUR	9.374.103
Summe Personalkostenersätze.....	EUR	16.300.072
Summe Abgetretener Pensionen.....	EUR	5.588.657
Summe Werkverträge und Projekte.....	EUR	5.511.421
Summe Sachkostenersätze.....	EUR	1.134.057
Summe Mieteinnahmen.....	EUR	1.237.946
Summe Veranstaltungseinnahmen.....	EUR	1.358.649
Summe Einnahmen „Der Bauer“ .....	EUR	666.542
Summe Sonstige Dienstleistungseinnahmen.....	EUR	748.086
Summe Verkaufserlöse und Finanzeinnahmen .....	EUR	99.248

Insgesamt ergibt dies Einnahmen von ..... EUR 42.723.018

Die Ausgaben setzen sich folgendermaßen zusammen:

Summe Personalausgaben .....	EUR	24.525.975
Summe Abgetretene Pensionen (diese Position ist nur ein Durchläufer) .....	EUR	5.525.974
Summe Reisekosten .....	EUR	471.843
Summe Selbstverwaltung .....	EUR	1.203.468
Summe Ausgaben „Der Bauer“ .....	EUR	714.734
Summe Veranstaltungsausgaben .....	EUR	1.927.594
Summe Sachausgaben .....	EUR	1.825.128
Summe Anschaffungen/Instandhaltungen .....	EUR	1.712.967
Summe Betriebsausgaben .....	EUR	1.592.117
Summe Beiträge und Förderungen .....	EUR	2.501.232
Summe Finanzausgaben .....	EUR	190.370
 Insgesamt ergeben sich daraus Ausgaben von .....	 EUR	 42.191.402

Das Ergebnis vor Rücklagenentnahme beträgt 531.616 Euro. Insgesamt ergibt sich nach der Dotierung von Rückstellungen etc. ein ausgeglichenes Ergebnis von Einnahmen und Ausgaben.

Der Kontrollausschuss stellt als Ergebnis der Überprüfung einstimmig fest, dass der Rechnungsabschluss korrekt erstellt wurde und keine ungerechtfertigten bzw. nicht nachvollziehbaren Abweichungen aufgetreten sind.

Die zweite Prüfung betraf die Erneuerung der LK-Brandmeldeanlage und der Elektroinfrastruktur. Das Projekt umfasst eine Gesamtinvestitionssumme von 457.493 Euro. In der ursprünglichen Kostenschätzung ging man von etwa 400.000 Euro Investitionsvolumen aus. In der folgenden Detailplanung hat sich dann ein Investitionsvolumen von ca. 457.000 Euro ergeben.

Es liegen hier folgende Beträge vor:

Firma	Gewerk	Vergabe	Abrechnung
Architekturbüro Klinglmüller	Bauabwicklung	€ 11.424	€ 10.598
Hross & Partner GmbH	Ingenieurbüro	€ 19.082	€ 19.082
Arnreiter GbmH	Brandschutztüren	€ 12.168	€ 16.067
Weissel GesmbH	Baumeister	€ 5.128	€ 4.784
Ransmayr Elektrotechnik GmbH	Elektroarbeiten	€ 321.335	€ 335.962
Hauser G. GmbH & Co KG	Malerarbeiten	€ 5.182	€ 4.169
Simeoni Harald	Tischlerarbeiten	€ 44.453	€ 47.154
Perchtold Trockenbau GmbH	Trockenbauarbeiten	€ 13.471	€ 16.883
Diverse Firmen	Unvorhersehbares	€ 25.000	€ 2.795
<b>Gesamtkosten</b>		<b>€ 457.243</b>	<b>€ 457.493</b>

Mag. Hörzenberger betont, dass es sich bei den angeführten Summen um kostenwirksame Bruttobeträge handelt, da ein Teil der Umsatzsteuer als Vorsteuer in Abzug gebracht werden kann. Die Landwirtschaftskammer hat ja auch viele Teile des Gebäudes vermietet. Auf meine Anregung wurde die Berechnung der Vorsteuer nochmals im Detail dargestellt. Aufgrund der umfangreichen Vermietung kann die Landwirtschaftskammer bei Investitionen in der Landwirtschaftskammerzentrale 60,34 Prozent der verrechneten Umsatzsteuer als Vorsteuer geltend machen. Der Kontrollausschuss stellt einhellig fest, dass das Vorhaben LK-

Brandmeldeanlage und Erneuerung der elektrischen Anlagen im Jahr 2014 korrekt abgewickelt wurde und die Überprüfung der vorgelegten Abrechnung keinerlei Gründe für Beanstandungen ergeben hat.

### **Ausschuss für Tierproduktion und Milchwirtschaft am 16. April 2015**

**Berichterstatter: KR Johann Hosner**

Zum neuen Ausschussvorsitzenden wurde einstimmig KR Johann Hosner gewählt, zum Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden KR Walter Lederhilger. Ich bedanke mich heute auch bei den ausscheidenden Mitgliedern des Ausschusses, insbesondere Franz Mahringer und ÖR Simon Sigl. Herzlichen Dank an euch für die hervorragende Arbeit im Tierproduktionsausschuss!

Dr. Peter Knapp, Geschäftsführer des Schweinezuchtverbandes Oberösterreich, stellte den Ausschussmitgliedern die Aufgaben und Aktivitäten seiner Zuchtorganisation vor. Mit rund 3.000 Herdebuchsaunen erstellt der Verband die genetische Basis für nahezu die gesamte Ferkelerzeugung und Schweinemast in Oberösterreich. Jährlich werden ca. 18.000 Jungsauen und rund 400 Eber vermarktet. Ein ganz wesentliches Standbein des Verbandes stellt die Eberstation in Steinhaus dar, in der pro Jahr mit 270 Ebern etwa 430.000 Samenportionen erzeugt werden. Die Station wurde 1996 errichtet und seither in mehreren Schritten vergrößert. Auf Grund des in den letzten Jahren tendenziell rückläufigen Sauenbestandes wird es aber zunehmend schwieriger, weitere Steigerungen im Absatz zu erzielen.

Eine zielgerichtete effiziente Zucht ist nur mit entsprechenden Informationen über die Leistungen der Zuchttiere und ihrer Nachkommen möglich. Wertvolle Informationen für die Zuchtauswahl kommen aus den Ergebnissen der Mast- und Schlachtleistungsprüfung in der gemeinsamen Prüfstation Streitdorf wie auch aus dem Online-Sauenplaner, in den die VLV-Ferkelringbetriebe Daten einspeisen. Dies ermöglicht eine weitere Verbesserung sowohl der Fruchtbarkeitsleistung als auch der Mast- und Schlachtleistung. Grundsätzlich sieht sich der Verband auf einem erfolgreichen Weg. Auch Züchter in anderen Bundesländern, zuletzt die Gruppe der Schweinezüchter in Kärnten, haben sich daher dem OÖ Verband angeschlossen.

Dr. Thomas Hain, Leiter der Abteilung Veterinärdienst beim Amt der oö. Landesregierung, informierte über das Auftreten von IBR in Österreich und die Auswirkungen auf Oberösterreich. Ausgehend von einem Viehhandelsbetrieb in Tirol wurde IBR, eine in Österreich seit Jahren getilgte Rinderkrankheit, die durch Herpesviren verursacht wird, auf andere Bundesländer gestreut. Um die Verbreitung des Virus wieder in den Griff zu bekommen wurden auch in OÖ alle Betriebe, bei denen die theoretische Möglichkeit einer Infektionseinschleppung bestand, gesperrt und auf IBR untersucht. Parallel mussten alle auf Versteigerungen und Sammelstellen angelieferten Tiere auf IBR untersucht werden oder aus einem Betrieb ohne Tierzukauf seit Dezember 2014 stammen. In Oberösterreich konnten mit Ausnahme des einen Betriebes mit erkrankten Tieren bis Ende April alle Sperren wieder aufgehoben werden. Mit diesen Maßnahmen konnte die Krankheit in Österreich wieder getilgt werden. Es sind aber insgesamt erhebliche Kosten bei Bauern, bei den Verbänden wie auch bei den Ländern entstanden.

Einstimmig befürwortet wurde von den Ausschussmitgliedern der Vorschlag für einen periodischen Vergleich der Milchauszahlungspreise der verschiedenen Molkereien durch die Landwirtschaftskammer Oberösterreich. Nachdem der Auszahlungspreis von vielen, teils je nach Molkerei unterschiedlichen Rahmenbedingungen abhängt, sind entsprechende Rahmendaten festzulegen, damit auf Basis eines EDV-gestützten Programms ein effizienter Vergleich möglich ist.

Den Abschluss der Tagesordnung bildeten Berichte über die aktuelle Marktentwicklung. Zum Schweinemarkt wurde informiert, dass am EU-Schweinemarkt von einer heuer leicht steigenden Produktion auszugehen ist, so dass die Preiserwartungen gedämpft bleiben. Bei Schlachtrindern ist die Marktlage von einer positiven Grundstimmung gekennzeichnet. Die Preise liegen durchwegs über dem Vorjahresniveau. Allerdings sind die Deckungsbeiträge in der Stiermast nach wie vor auf einem unbefriedigenden Niveau.

Am Milchmarkt ist die Anlieferung zwar saisonal noch steigend, aber unter dem Vorjahreswert. Auf den internationalen Milchbörsen zeigen sich die Preise stabil bis leicht fester, was auch für den EU-Markt ein Zeichen in Richtung weitgehend stabile Preise sein sollte.

**Vizepräsident Karl Grabmayr** übergibt den Vorsitz an ÖR Ing. Franz Reisecker.

### **Ausschuss für Pflanzenproduktion und Grünlandwirtschaft am 16. April 2015**

**Berichterstatter: KR Norbert Ecker**

Ein Schwerpunkt der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Pflanzenproduktion und Grünlandwirtschaft waren die Neuwahlen des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters. Unter der Vorsitzführung von KR Holzer wurden als Vorsitzender KR Norbert Ecker und als Stellvertreter KR Ing. Reinhart Lehner bestätigt.

Der wiedergewählte Vorsitzende bedankt sich für das Vertrauen und wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit für den oberösterreichischen Pflanzenbau.

Fachlich wurden folgende Themenschwerpunkte behandelt:

#### **Pflanzenschutzwarndienst neu**

Für die notwendige Umsetzung des integrierten Pflanzenschutzes ist die Etablierung von funktionierenden Warndienstsystemen erforderlich. Die bisherige Plattform wurde übergeführt in eine Anwendung, die auch in der Homepage der Landwirtschaftskammern läuft. Internetadresse ist [www.warndienst.lko.at](http://www.warndienst.lko.at).

Die Kosten belaufen sich auf ca. 380.000 Euro pro Jahr für ganz Österreich. Diese sollen etwa zur Hälfte durch Förderungen und zur Hälfte durch Sponsoring und Beiträge der Landwirtschaftskammern finanziert werden. Beiträge der Pflanzenschutzindustrie gibt es aber nicht. Sehr gut und funktionell sind die Anwendungen im Ackerbau. Die Integration für den Bereich Sonderkulturen muss sukzessive noch erfolgen. Insgesamt ist der Warndienst ein sehr herzeigbares Beispiel für Kooperation der Beratung und der wissenschaftlichen Institutionen. Im Zuge einer Kontrolle der Umsetzung des Pflanzenschutzpaketes durch die EU-Kommission wurde der Warndienst definitiv positiv bewertet.

#### **Grünlandstrategie 2025 und Beratungsinformation Grünland**

Seit etwa zwei Jahren gibt es das Grünlandinfo-Mail, welches anfänglich einen sehr bescheidenen Verteilerkreis hatte, aber mittlerweile über 1.000 Empfänger hat. Die Beratungsinformation durch Grünlandreferent DI Frühwirth – gestützt auch auf fachlichen Input durch Praktiker aus verschiedenen Regionen – wird sehr gut aufgenommen.

Schwerpunkt war allerdings ein Konzept für die Grünlandbewirtschaftung in Oberösterreich, welches die mittelfristigen Entwicklungen der Grünlandwirtschaft berücksichtigt. Faktum ist, dass wir jede Dekade eine Verlängerung der Vegetationszeit feststellen können bzw. müssen. Der überwiegende Teil des oberösterreichischen Grünlandes wird heute viermal oder noch

öfter genutzt. Grenzertragslagen gibt es eigentlich gar nicht mehr. Stark gestiegene Milchleistungen haben den Nutzungsdruck auf das Grünland erhöht und werden diesen noch erhöhen. Effizienz und Produktion von Futter in bester Qualität und Quantität ist die Devise. Dem gegenüber steht eine Erwartung der Bevölkerung speziell bei der Grünlandwirtschaft, die völlig retro-gewandt ist und der Realität diametral gegenübersteht. Nirgendwo wird in der Lebensmittelwerbung eine so verklärte Welt dargestellt wie bei Grünland und Milch.

Um nun jedoch den ökologischen Anforderungen und insbesondere auch den Anforderungen der Biodiversität gerecht zu werden, braucht es Flächen, die systematisch weniger genutzt werden. Diese muss es auch in Gebieten mit hoher Nutzungsintensität des Grünlandes geben. Die Gefahr „grüner Wüsten“ – ein Begriff wie er im Allgäu schon verwendet wird, sollte in unserem Sprachgebrauch nicht heimisch werden.

Die Lösung könnte das Konzept der abgestuften Bewirtschaftung sein - wie Frühwirth es vorschlägt. Dieses Konzept wird mit allen Hintergründen sehr gut und detailliert beschrieben. Der Ausschuss hat es grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Beratungsarbeit der Landwirtschaftskammer wird sich darauf stützen.

### **ÖDüPlan Neu**

Präsentiert in der Echtversion wurde ÖDüPlan Neu – das Dokumentationssystem der Boden.Wasser.Schutz.Beratung speziell für Betriebe in der Maßnahme Grundwasser 2020. Das Programm läuft als servergestützte Lösung und nicht mehr als Programm für Einzel-PCs. Das ist zwar in der Programmierung komplex – allerdings ist Update und Aktualisierung von Daten viel leichter zu bewerkstelligen. Zudem hat der Anwender die Sicherheit immer mit den aktuellsten Daten zu arbeiten. Das Programm kostet einmalig 99 Euro. Konkurrenzprodukte sind teurer und die jährliche Servicegebühr ist bisweilen höher als der Kaufpreis des ÖDüPlan. Nachdem es allerdings außer den Betrieben in Grundwasser 2020 keine ÖPUL-Maßnahme mit Verpflichtung zur schlagbezogenen Dokumentation gibt, wird es über diesen Kreis hinaus wenig zusätzliche Kunden geben. Es erfolgt eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Programmes.

Unter dem Schlagwort „Strategie Pflanzenbau“ wird der neu konstituierte Ausschuss ein Seminar abhalten um über

- mittelfristige und langfristige Zielsetzungen
- fachliche und inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit im Ausschuss für Pflanzenproduktion und Grünlandwirtschaft

zu beraten.

Unser Ausschuss soll in letzter Konsequenz auch eine Stimme auf Bundesebene sein, um hier fachliche Anliegen aber insbesondere auch Anliegen des oberösterreichischen Pflanzenbaus einzubringen.

Abschließend wurde über die Tagung „Boden – wir reden Klartext“ der Landwirtschaftskammer Österreich in Tulln berichtet. Unter starker fachlicher Beteiligung von Oberösterreich fand eine interessante Konferenz zum qualitativen und quantitativen Bodenschutz statt. Die daraus resultierende Broschüre liegt zur Entnahme auf. 2015 ist das internationale Jahr des Bodens – einer der Anlässe für diese Fachveranstaltung.

Wachsam soll man bei der Etablierung oder Ausweitung von Grundwasservorsorgegebieten sein und wenn möglich eine Stellungnahme der Landwirtschaftskammer abgeben.

Der Ausschuss wird am 16. Juni 2015 auch eine Klausur veranstalten. Man will für die nächsten fünf Jahre auch Visionen entwickeln und nicht nur auf tagespolitische Ereignisse reagieren. Ich freue mich auf diese Klausur und appelliere an eine gute Zusammenarbeit.

### **Ausschuss für Bergbauern und Ländlicher Raum am 17. April 2015**

**Berichterstatterin: KR Johanna Miesenberger**

Am 17. April 2015 hat der Ausschuss für Bergbauern und Ländlicher Raum seine konstituierende Sitzung abgehalten. Als Vorsitzende des Ausschusses wurde KR Johanna Miesenberger aus Pregarten wiedergewählt. Ihr Stellvertreter ist weiterhin KR Ing. Franz Leitner aus Waldhausen. Der Ausschuss beschäftigte sich noch einmal mit dem Thema Ländliche Entwicklung 2014 - 2020. Es liegen nunmehr alle Sonderrichtlinien für das umfangreiche Förderprogramm Ländliche Entwicklung 2014 - 2020 vor. Darüber hinaus informierte sich der Ausschuss über eine Herkunftskennzeichnung von Bergbauernprodukten.

### **Ausgleichszulage und Erschwernispunkte**

DI Riegler berichtete über die konkrete Umsetzung der neuen Bergbauernförderung einschließlich der neuen Erschwernispunkte-Berechnung.

Für die neue Bergbauernförderung sind etwas weniger Fördermittel vorgesehen als bisher. Im Jahr 2014 wurden österreichweit rund 256 Mio. Euro im Rahmen der Ausgleichszulage (AZ) ausbezahlt. In der neuen Programmperiode stehen österreichweit jährlich 252 Mio. Euro für die AZ zur Verfügung. Die Ausgleichszulage wurde neu konzipiert mit dem Ziel, dass Betriebe mit mehr Steiflächen mehr Ausgleichszulage erhalten sollen. Zudem gibt es eine starke Betriebsgrößendegression, indem die ersten 10 ha jeden Betriebes mit Abstand am höchsten gefördert werden. Mit der Neukonzeption der Ausgleichszulage und der Erschwernispunkte-Berechnung gibt es Gewinner und Verlierer. Gewinner sind tendenziell Betriebe mit mehr Steiflächen und Betriebe bis rund 10 bis 15 ha landwirtschaftliche Fläche. Besonders erfreulich ist, dass das Land Oberösterreich bisher als einziges Bundesland, auch auf Drängen des Bergbauernausschusses, bei der Ausgleichszulage ein Landes Top up gewährt. AZ-Betriebe bis 90 Erschwernispunkte erhalten zusätzlich zur AZ 20 Euro und Betriebe über 90 Erschwernispunkte 40 Euro je Hektar bis maximal 15 ha. Oberösterreichweit sind das rund 4,5 Mio. Euro.

Die Änderungen bei der Berechnung der Berghöfekatasterpunkte, die nunmehr Erschwernispunkte heißen, bewirken, dass manche Betriebe mehr Erschwernispunkte bekommen und manche weniger. Die Kriterien und damit auch die Punkte aus der äußeren Verkehrslage entfallen. Auf der anderen Seite erhalten die Hangneigung, die kleinen Feldstücke, das Klima und die Bodenklimazahl mehr Gewicht. Die Gesamtpunkteanzahl bleibt österreichweit gleich.

### **Investitionsförderung und Existenzgründungsbeihilfe**

Hofrat DI Johann Gruber vom Amt der OÖ Landesregierung stellte dem Ausschuss die endgültigen Richtlinien für die Investitionsförderung, die Existenzgründungsbeihilfe und die Förderung von Diversifizierungsprojekten vor. Die wesentlichen Änderungen gegenüber der bisherigen Investitionsförderung sind die Erhöhung der förderbaren Kosten von 300.000 auf 400.000 Euro, die umfangreichen Förderungsmöglichkeiten im Bereich der Innenmechanisierung und die um 5 Prozentpunkte höheren Zuschüsse für Junglandwirte und Biobetriebe sowie die um 10 Prozentpunkte höheren Zuschüsse für Bergbauernbetriebe ab 180 Erschwernispunkte.

Neu ist auch, dass Bergbauernspezialmaschinen (Zweiachsmäher, Motorkarren und Breitspur-Motormäher) nunmehr auch mit nichtrückzahlbaren Investitionszuschüssen gefördert werden. Die Existenzgründungsbeihilfe wird jetzt schon bei der erstmaligen Aufnahme der Bewirtschaftung gewährt. Die eigentumsmäßige Übernahme des Betriebes ist nicht mehr Voraussetzung für die Existenzgründungsbeihilfe. Die Existenzgründungsbeihilfe muss demzufolge daher jetzt auch längstens innerhalb eines Jahres ab Bewirtschaftungsaufnahme (zB Pacht) beantragt werden.

### **Herkunftskennzeichnung von Bergprodukten**

Dipl. Päd. Maria Ritzberger informierte den Ausschuss über den aktuellen Diskussionsstand betreffend die Kennzeichnung und den Schutz von Lebensmitteln, die aus den Berggebieten kommen. Rechtsgrundlage dafür ist eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel. Der Sinn einer solchen hoheitlich geschützten Herkunftskennzeichnung sollen bessere Absatzchancen und damit höhere Preise insbesondere im Export von österreichischen Lebensmitteln, zB Milchprodukten sein. Mit dem Begriff „Berg“ sind eine reine unberührte Natur, traditionelle Verarbeitungsmethoden und eine bessere Qualität verbunden. Dieser Imagevorteil von Bergbauernprodukten soll auf internationalen Märkten zu besseren Absatzchancen führen. Für die Bewerbung von österreichischer Qualität im Inland bleibt weiterhin das AMA-Gütesiegel die mit Abstand wichtigste Qualitätsauszeichnung. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Herkunftskennzeichnung von Bergprodukten auf Bundesebene weiter zu prüfen. Wenn den Bergbauernerzeugnissen damit bessere Absatzmöglichkeiten eröffnet werden können, sollte die Chance jedenfalls genutzt werden.

### **Ausschuss für Bildung und Beratung am 20. April 2015**

**Berichterstatter: KR Walter Lederhilger**

In der Transparenzdatenbank scheint das LFI Oberösterreich mit rund drei Millionen Euro Fördergeldern auf. Das sind genau jene Gelder, die für die Bildungsförderung in der Ländlichen Entwicklung zur Verfügung stehen.

In der konstituierenden Sitzung am 20. April wurde KR Walter Lederhilger zum Vorsitzenden und KR Christine Seidl zur Stellvertreterin des Ausschusses für Bildung und Beratung gewählt. In der ersten Sitzung nach den LK-Wahlen waren das Beratungsangebot der Landwirtschaftskammer OÖ, das Bildungsangebot des Ländlichen Fortbildungsinstitutes und die Bildungsförderung im Rahmen des Förderprogramms der Ländlichen Entwicklung 14-20 die zentralen Themen.

### **Bildung und Beratung wichtige Geschäftsfelder der LK OÖ - Leistungsumfang und Herausforderungen**

DI Franz Forstner, Leiter der Abteilung Bildung und Beratung, präsentierte das umfassende Dienstleistungsangebot der Landwirtschaftskammer OÖ im Bereich der Bildung und Beratung. In seiner Darstellung ging er auch auf die Einkommenssituation bäuerlicher Betriebe und die zukünftigen Herausforderungen an die Bildungs- und Beratungsangebote ein. Im Jahr 2014 erbrachte die Landwirtschaftskammer OÖ im Leistungsportfolio für die Beratungstätigkeit 37,7 Prozent und für die Entwicklung und Umsetzung von Bildungsmaßnahmen 15,3 Prozent. Der Beratungsbereich: Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben stellt im Dienstleistungsangebot der Landwirtschaftskammer eine prioritäre Zielsetzung dar, dazu wurden im Kalenderjahr 2014 40.000 Stunden aufgebracht; Es folgten vom Stundenumfang der Bereich Recht-, Steuer- und Sozialversicherungsfragen mit 33.500 Stunden und die Angebote zur Stärkung der Unternehmerkompetenz mit 28.000 Stunden. Bei den Beratungsmethoden stellen die Telefonkontakte eine zentrale



Bedeutung dar, nämlich 65 Prozent der Beratungskontakte erfolgen telefonisch, gefolgt von 19 Prozent der Beratungskontakte über Einzelberatung im Büro.

Die Landwirtschaft in OÖ ist vielfältig strukturiert und die unterschiedlichen Betriebs- und Erwerbsformen bäuerlicher Betriebe erfordern ein auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmtes Bildungs- und Beratungsangebot.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine kontinuierliche Anpassung der Organisation und die Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes der Landwirtschaftskammer erforderlich. Das primäre Ziel - die Stärkung der Unternehmerkompetenz - wird durch die Kampagne „Mein Betrieb – Meine Zukunft, die ein Bündel an maßgeschneiderten Bildungs- und Beratungsangeboten umfasst, und auch die Forcierung der Ausbildung zum Meister und zur Meisterin in der Landwirtschaft unterstützt.

Seit Dezember 2014 ist das Beratungsangebot der Landwirtschaftskammer OÖ mit einem zertifizierten Qualitätsmanagementsystems nach ISO 9001:2008 ausgezeichnet. Damit werden die Anforderungen des Fördervertrags des BMLFUW für die Beratungsleistungen erfüllt und die Kundenzufriedenheit rückt noch weiter in den Focus des Dienstleistungsangebots der Landwirtschaftskammer.

### **Bildung mit Weitblick für mehr Lebensqualität – Bildungsstrategie des Ländlichen Fortbildungsinstitutes (LFI)**

Die strategische Ausrichtung und Zielsetzung des Ländlichen Fortbildungsinstitutes wurden von der LFI-Geschäftsleiterin Ing. Manuela Jachs-Wagner vorgestellt.

Das Ländliche Fortbildungsinstitut der Landwirtschaftskammer OÖ wird mit seinem vielfältigen Bildungsprogramm den aktuellen Anforderungen gerecht und umfasst folgende Themenschwerpunkte:

Ausbildung und Persönlichkeitsentwicklung, Ernährung und Gesundheit, EDV und Informationstechnologie, Unternehmensführung, Bauen und Technik, Direktvermarktung, Pflanzenproduktion, Tierproduktion, Umwelt und Biolandbau, Urlaub am Bauernhof, Schule am Bauernhof und Green Care.

Im Jahr 2013/14 wurden über 1.700 Veranstaltungen durchgeführt und fast 29.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht. Mit dem pädagogischen Angebot „Schule am Bauernhof“ konnten über 27.000 Kinder und Jugendliche erreicht werden.

Einen wesentlichen Schwerpunkt in den kommenden zwei Bildungssaisonen bilden die Weiterbildungsmaßnahmen im neuen ÖPUL mit verpflichtenden Schulungsmaßnahmen im Bereich UBB – umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung, Gewässerschutz, Alpeng und biologische Wirtschaftsweise.

Vorgestellt wurden auch neue Entwicklungen im Bereich des E-Learning, das eine Unterstützung von Lernprozessen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien darstellt. Eigene LFI-E-Learning-Angebote, die ein selbstgesteuertes Lernen ermöglichen, gibt es derzeit schon im Angebot und werden für neue Themenangebote weiter entwickelt. Ein topaktuelles E-Learning-Kursangebot gibt es zum Thema Biodiversität und schon bald zur Tiergesundheit.

### **Bildungsförderung in der Ländlichen Entwicklung**

DI Riegler präsentierte dem Ausschuss die Fördermöglichkeiten von Bildungsangeboten im neuen Programm „Ländliche Entwicklung 14-20“. Der Artikel 14 „Maßnahme zum

Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen“ bildet die Grundlage zur Förderung von Bildungsmaßnahmen. Als förderfähige Maßnahmen sind die Berufsausbildung im zweiten Bildungsweg, wie die Facharbeiter- und Meisterausbildung in der Landwirtschaft, Fort- und Weiterbildungen zur Verbesserung der fachlichen Qualifikation sowie zur Stärkung der Unternehmerpersönlichkeit, Demonstrationsmaßnahmen und Informationsmaßnahmen, die zur Bewusstseinsbildung für die Land- und Forstwirtschaft beitragen und Austauschprogramme für Auslandsaufenthalte von Land- und Forstwirten vorgesehen. Bundesweite Maßnahmen wie Arbeitskreise, Zertifikatslehrgänge und Bildungskampagnen erhalten einen höheren Zuschuss als sonstige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Die Förderungen werden von anerkannten Bildungsträgern, wie dem LFI, direkt beantragt, somit zahlt der/die Kursteilnehmer/-in einen um die Förderung reduzierten Kursbeitrag.

Die neue Bildungsförderung bietet wieder eine gute Basis, dass Bäuerinnen und Bauern geförderte Weiterbildungsangebote nutzen können.

Eingegangen wurde auch auf die EIP – Europäischen Innovationspartnerschaften – eine neue Fördermaßnahme der EU im Rahmen der Ländlichen Entwicklung. Dabei geht es um eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis zu festgelegten Leitthemen. Der Aufruf des BMLFUW zur Einreichung von Projekten, die der Zielsetzung der EIP-Kriterien entsprechen, erfolgt demnächst.

### **Ausschuss für Biolandbau und Direktvermarktung am 29. April 2015**

**Berichterstatter: Vizepräsident Karl Grabmayr**

Die Revision der EU-Bioverordnung, die Direktvermarktung, die Wahl von Vizepräsident Karl Grabmayr zum Vorsitzenden und von Ing. Franz Leitner zum Stellvertreter waren die Schwerpunkte der Sitzung. Vizepräsident Grabmayr betonte in seiner Eröffnung die sehr positiven Entwicklungen im Bereich Biolandbau und Direktvermarktung, die zukünftig durch diesen neuen Ausschuss vermehrt unterstützt werden sollen. Alle Mitglieder betonten die Notwendigkeit der guten Kommunikation zwischen konventioneller und biologischer Landwirtschaft wie auch das Aufzeigen der Marktchancen in der Direktvermarktung. Eingeladen war Mag. Paul Axmann vom Institut für Bio-Landwirtschaft & Biodiversität der Nutztiere in Thalheim/ Wels, der die österreichische Biolandwirtschaft von Seiten des Landwirtschaftsministeriums gemeinsam mit den Zuständigen im Gesundheitsministerium auf EU-Ebene vertritt. Aufgrund des Erfahrungsberichtes über den Biolandbau in der EU gab im Jahr 2013 der Rat den Auftrag zur ambitionierten Weiterentwicklung der Verordnung und 2014 wurde der neue Vorschlag veröffentlicht. Im Bereich der Produktion und Kontrolle sah der anfängliche EU-Kommissionsvorschlag Maßnahmen vor, die von Seiten Österreichs in Stellungnahmen sowohl der Bundesländer wie auch des Landwirtschaftsministeriums sehr kritisch beurteilt wurden.

Die Bedenken waren, dass es dadurch zu einer Reduktion der Biobetriebe, zum Produktionsrückgang, zu Preiserhöhungen und zur Rechtsunsicherheit für die neu einsteigenden Betriebe kommen würde. Herr Axmann zeigte die bisherigen Verhandlungsergebnisse auf und verwies auf noch offene Fragen. Aus seiner Sicht haben die Verhandlungen bisher nur Entschärfungen des Vorschlags gebracht, um den Status von 2009 wieder zu erlangen. Die angekündigten innovativen Schritte auf Gesetzesebene fehlen. Die weitere Vorgehensweise ist, dass sich im Mai der EU-Ministerrat einigen muss, wenn er die Reform der EU-Bioverordnung weiterführen will. Wenn er sich nicht auf das bisherige Verhandlungsergebnis einigt, droht die Rücknahme des Vorschlages. Innerhalb der Mitgliedsländer wird der Vorschlag sehr unterschiedlich beurteilt. Minister Andrä Rupprechter hatte letzte Woche den lettischen Vorsitzenden des EU-Rates nach Österreich eingeladen, um die Änderungen, die Österreich nach wie vor anstrebt, vorzustellen. In der Diskussion wurden

die Kontrolle von Bioprodukten aus Drittländern und die Biokontrolle auf den landwirtschaftlichen Betrieben angesprochen. Eine inhaltliche Übersicht über den Stand der Verhandlungen findet sich auf [www.lk-ooe.at](http://www.lk-ooe.at) > Bio.

Die Referentin für Direktvermarktung, Ing. Gabriela Stein, gab einen Überblick über das Beratungs- und Bildungsangebot in der Direktvermarktung. Beratungsangebote wie die Produktpreiskalkulation unterstützen sowohl langjährige Direktvermarkter wie auch Einsteiger, damit die Wirtschaftlichkeit dieses Einkommensstandbeines überprüft und weiterentwickelt werden kann. Der Überblick über die Vertriebswege in der Direktvermarktung zeigte auf, dass Direktvermarkter in der Regel mehrere Vermarktungswege haben und neben dem Ab-Hof-Verkauf auch die Belieferung der Gastronomie und des Einzelhandels, die Zustellung oder der Internetvertrieb zunimmt. In der Diskussion wurde die Anhebung des Freibetrages von € 3.700,00 angesprochen wie auch die Notwendigkeit der Grenze von € 33.000,00 im Hinblick auf die landwirtschaftliche Nebentätigkeit. Weitere Diskussionsthemen waren die Bewerbung des Einkaufs direkt beim Bauern, die Bedeutung des Gesprächs mit den Konsumenten vor Ort in den Gemeinden durch die bäuerlichen Betriebsleiter und die große Bedeutung sowohl der Direktvermarkter wie auch anderer Erwerbsskombinationen für das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft.

### **Ausschuss für Rechts- und Wirtschaftspolitik am 5. Mai 2015** **Berichterstatter: Vizepräsident Karl Grabmayr**

Vizepräsident Karl Grabmayr wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt, Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker zu dessen Stellvertreter. Ein Überblick über den aktuellen Stand der Vorschläge zur Steuerreform 2015/16, das Verfahrensrecht bei der Geltendmachung von Jagd- und Wildschäden, der aktuelle Stand bei der Nachnominierung von Natura 2000-Gebieten sowie eine Information über das neue OÖ Wasserversorgungsgesetz bildeten den Gegenstand der Beratungen des Ausschusses.

Zur von der Regierung beabsichtigten Steuerreform 2015/16 liegt derzeit lediglich die politische Absichtserklärung vom März d.J. vor, allerdings noch keine Gesetzestexte, sodass noch viele Detailfragen offen sind. Beabsichtigt ist mit dieser Steuerreform eine Entlastung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen um rund 4,9 Milliarden Euro. Für die Land- und Forstwirtschaft bedeutet dies eine geringere Einkommensteuerbelastung durch die Anpassung der Steuertarife, niedrigere Sozialversicherungsbeiträge für geringverdienende Land- und Forstwirte, eine verbesserte Familienförderung, erhöhte Absatzbeträge für Nebenerwerbslandwirte und die Nichtumsetzung der im Vorfeld diskutierten Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Im Gegenzug können insbesondere Direktvermarkter durch die vorgesehene Registrierkassenpflicht betroffen sein, wobei dazu noch zahlreiche Detailverhandlungen notwendig sind. Welche Auswirkungen die Einschränkungen von Förderungen und die vorgesehene Neuregelung der Grundsteuer im Zuge des Finanzausgleichs für bäuerliche Betriebe haben werden, ist derzeit noch nicht absehbar. Die geplante Erhöhung des begünstigten Umsatzsteuersatzes auf 13 Prozent soll laut einer Zusage des Finanzministeriums durch eine Erhöhung des Vorsteuerpauschales auf 13 Prozent abgedeckt werden. Die erhöhte Immobilienertragsteuer wird zu einer höheren Steuerbelastung beim Grundverkauf, die erhöhte Kapitalertragsteuer zu höheren Steuerbelastungen bei der Ausschüttung von Genossenschaften, GesmbHs und gegebenenfalls Agrargemeinschaften führen. Bei der Grunderwerbsteuer soll künftig der Verkehrswert Bemessungsgrundlage beim Wohnhaus sein. Im Zuge der Ausschussdiskussion wurde auch eine Ausweitung des begünstigten Personenkreises bei der bäuerlichen Übergabe auf Geschwister und Nichten und Neffen gefordert.

Im Verfahren zur Geltendmachung von Jagd- und Wildschäden ist im OÖ Jagdgesetz die Anrufung des Landesgerichtes vorgesehen, wenn der Geschädigte oder der Jagd ausübungsberechtigte mit dem Bescheid der örtlichen Jagd- und Wildschadenskommission nicht einverstanden ist. Der OÖ Landesjagdverband drängt hier auf eine gesetzliche Änderung: Er sieht hohe Kostenbelastungen auf die Jägerschaft für Sachverständigengutachten und aufwendige gerichtliche Verfahren zukommen. Durch eine Verlagerung der Kompetenz zum Landesverwaltungsgericht sollte dem nach Ansicht des Jagdverbandes gegengesteuert werden. Der Ausschuss beschäftigte sich intensiv mit diesem Anliegen und mit der allgemeinen Problematik von Jagd- und Wildschäden. In vielen Fällen funktioniert die Regelung dieser Schäden auf örtlicher Ebene sehr gut. Aus Sicht des Ausschusses steht außer Streit, dass Wildschäden zu 100 Prozent abgegolten werden müssen. Es liegt auch im Interesse aller Beteiligten, unnötig teure und lange Verfahren zu verhindern. Eine gesetzliche Neuregelung darf allerdings nicht zu einer Verschlechterung der Position der Grundeigentümer führen. Nach der derzeitigen Rechtslage sind die Gutachtenskosten bei der gerichtlichen Feststellung der Höhe der Jagd- und Wildschäden gemäß den Bestimmungen des Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetzes vom Jagd ausübungsberechtigten zu tragen, soweit sie nicht durch ein ungerechtfertigtes Einschreiten des geschädigten Grundeigentümers bzw. Bewirtschafters verursacht werden. Wichtig ist aus Sicht des Ausschusses auch, dass durch eine entsprechende Gestaltung und Erfüllung der Abschusspläne für passende Wildbestände gesorgt wird.

Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und die Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union sehen mit Natura 2000 die Ausweisung und den Schutz von Gebieten für bestimmte Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten vor. Bereits in der Vergangenheit wurden dazu auch in Oberösterreich rund 70.000 ha als Natura 2000-Gebiete ausgewiesen. Aufgrund einer Beschwerde des Umweldachverbandes samt Übermittlung einer Schattenliste im Juni 2012 wurde ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet und Österreich aufgefordert, zusätzliche Gebiete in Oberösterreich nachzunominieren. Im Dezember 2014 wurden rund 6.500 ha zusätzlich als derartige Schutzgebiete von der OÖ Landesregierung nominiert. Derzeit werden österreichweit die Ausweisungen für 160 Arten und Lebensräume überprüft. In Oberösterreich gibt es dazu eine recht gute Vorbereitung und Abstimmung mit der Naturschutzabteilung des Landes. Hingewiesen wurde auch darauf, dass Oberösterreich ohne Land- und Forstwirtschaft großteils eine Buchenmonokultur wäre und jeder zweite Lebensraum ohne die Arbeit der Bauern überhaupt nicht existieren würde. Die zentralen Herausforderungen im Naturschutz sind ohne Bauern nicht lösbar – der Naturschutz sitzt mit den Bauern im selben Boot. Wichtig ist auch, dass die betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe genau kennen, welche konkreten Auswirkungen eine Unterschutzstellung ihrer Flächen für sie hat. Die jeweiligen Maßnahmen hängen dabei natürlich vom jeweiligen Schutzgut ab: Bergmähwiesen oder Trockenrasen erfordern andere Schutzmaßnahmen als die Erhaltung des Flusskrebses.

Das neue OÖ Wasserversorgungsgesetz 2015 sieht Erleichterungen bei der Anschlusspflicht an Wasserversorgungsanlagen vor: Bisher bestand Anschlusspflicht, wenn die betroffene Liegenschaft im 50 Meter Nahbereich einer öffentlichen Wasserleitung war, nunmehr wird auf das jeweilige Objekt abgestellt. Überdies besteht bei reinen Transportleitungen keine Anschlusspflicht. Neu ist auch, dass trotz Bestehen der Anschlusspflicht für maximal 10 Jahre eine Ausnahme von der Wasserbezugspflicht möglich ist. Ebenso gibt es Neuregelungen bei der Inanspruchnahme von fremdem Grund, um Anschlüsse wirtschaftlich zumutbar herstellen zu können.

Angesichts des aktuell laufenden Behördenverfahrens zum Neu- und Ausbau der Bahnstrecke Linz – Wels wurde darauf hingewiesen, dass die sechswöchige Frist zur Abgabe einer Stellungnahme im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren enorm kurz ist. Die betroffenen

Grundeigentümer haben kaum eine realistische Möglichkeit, sich innerhalb dieser kurzen Frist mit den sehr umfangreichen Unterlagen dieses Verfahrens wirklich detailliert auseinanderzusetzen. Der Ausschuss verlangt hier im Interesse der Grundeigentümer eine Verlängerung dieser Fristen.

Ich danke hier ausdrücklich der Rechtsabteilung und im Besonderen Herrn MMag. Robert Ablinger für den Einsatz.

### **Ausschuss für Forstwirtschaft und Bioenergie am 8. Mai 2015** **Berichterstatter: KR Franz Kepplinger**

In seiner Sitzung am 8. Mai beschäftigte sich der Ausschuss für Forstwirtschaft und Bioenergie unter dem Vorsitz des einstimmig wiedergewählten Landwirtschaftskammerrates Franz Kepplinger neben dem Holzmarkt insbesondere mit „Projekte und Budget Holzwerbecent“ 2015, dem Projekt „Familienwaldtag“, dem Verfahren bei Jagd- und Wildschäden sowie den Schäden durch Krähen in der Landwirtschaft und der damit verbundenen Ausnahmeregelung.

#### **Holzmarkt**

Vom Sturmtief „Niklas“, welches vom 31. März auf 1. April durch Mitteleuropa zog, waren neben allen Bezirken Oberösterreichs insbesondere Tirol, Salzburg und Südbayern am stärksten betroffen. Die Kalamitätsmengen, welche im Wesentlichen aus einzelnen Gruppenwürfen bestehen, sind in der Gesamtmenge als gering einzustufen. Die Schwierigkeit liegt darin, dass zu dieser Jahreszeit nicht mit diesen Einzelmengen aus dem Bauernwald gerechnet werden konnte. Teilweise kommt es daher zu Verzögerungen bei der Holzabfuhr. Mit einem Abbau dieser Waldlager ist bis Anfang Juni zu rechnen. Die Situation am Holzmarkt führte zu leichten Preisabschwächungen beim Nadelsägerundholz. Dr. Rottensteiner berichtet darüber, dass es insbesondere durch Nichtaufarbeitung von Einzelwürfen durchaus zu einer entsprechenden Borkenkäfervermehrung kommen kann.

#### **Projekte und Budget Holzwerbecent 2015**

Der Holzwerbecent wurde mit 1. Jänner 2012 von 22 Cent auf 30 Cent pro eingeschnittenen heimischen Festmeter Sägerundholz erhöht. Der Holzwerbecent der Industrie bleibt mit 7 Cent pro Festmeter gleich. Die Verwendung des Holzwerbecents wurde diskutiert und die Vorhaben und Projekte im Bereich der Landwirtschaftskammer OÖ als auch im Bereich von proHolz als positiv beurteilt.

#### **Projekt „Familienwaldtag“**

Der Wald ist für viele Freizeitnutzer bzw. die breite Bevölkerung oftmals nur Kulisse für ihre Freizeitaktivitäten. Als Sympathieaktion für die heimische nachhaltige Forstwirtschaft wird die Landwirtschaftskammer OÖ am Sonntag 14. Juni 2015 (Vatertag) in allen Bezirken Oberösterreichs einen „Familienwaldtag“ abhalten. Ziel ist es, der breiten Öffentlichkeit vorzustellen, wie der Rohstoff Holz produziert und in weiterer Folge verwendet wird und welche Zusatzleistungen wie Klimaschutz, Schutz vor Lawinen und Steinschlag, etc. der Wald kostenlos für die Bevölkerung leistet. Der Tag soll dazu beitragen, dass die Bevölkerung Verständnis für Wald und Waldbesitzer entwickelt und sich im Wald angemessen verhält. Bei diesem Familienwaldtag werden Forstleute auf einem Rundkurs Grundinformationen zur Waldwirtschaft geben und die Familien motivieren, sich bei diversen Aktivitäten mit dem Wald auseinanderzusetzen. Wer sich näher mit den aufgestellten Informationstafeln auseinandersetzt, kann an einem Gewinnspiel teilnehmen. Informationen zum Familienwaldtag findet man im Internet unter [www.familienwaldtag.at](http://www.familienwaldtag.at). Dort sind auch alle Veranstaltungsorte und die Anfahrtsroute bekanntgegeben.

## **Jagdrecht – Verfahren bei Jagd- und Wildschäden Sonderregelung für die Krähenbejagung**

Der Ausschuss diskutiert die derzeitige Rechtslage bei Jagd- und Wildschäden in Oberösterreich und ist der Meinung, dass man sich ausführlich, aber ohne etwas zu übereilen, mit der Thematik auseinandersetzen soll. Derzeit sieht ja die Rechtslage vor, dass bei einem ungerechtfertigten Einschreiten die Grundeigentümer die Verfahrenskosten bezahlen.

Ich danke auch Präsidium und Direktion für die Vorgangsweise: Man diskutiert die Sache seriös aus, ähnlich war es ja auch bei den Abschussplänen. Wenn es eine Einigung gibt, dann geht man mit einem entsprechenden Vorschlag in die Politik und in den Landtag. Wir wollen auch künftig dieser Vorgangsweise treu bleiben.

Als weiteres jagdliches Thema wurde die Krähenproblematik behandelt. Das Schreiben des OÖ Landesjagdverbandes an alle Jäger und Bauern diene als Basis. Der Ausschuss stimmt den im Schreiben skizzierten möglichen Problemlösungen zu. Der Ausschuss ist auch aus ökologischen Gründen der Meinung, dass eine handhabbare Lösung des Krähenproblems erforderlich ist.

## **D i s k u s s i o n :**

### **KR Anita Straßmayr:**

Wir haben gestern eine sehr interessante und informative Arbeitstagung zum Thema Bodenverbrauch gehabt. Unser Boden ist für die Produktion und als Lebensgrundlage sehr wichtig. Er rückt auch immer mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung. Es ist auch wichtig darauf aufzupassen. Der Boden hat wichtige Funktionen. Besonderen Stellenwert hat er natürlich für die Landwirtschaft, aber auch für die Gewährleistung der Ernährungssicherheit. Pro Tag werden ca. 20 Hektar unserer Böden verbraucht, dh, dass damit auch eine Steigerung des finanziellen Werts des Bodens vorhanden ist. Wie könnte man dem Bodenverbrauch entgegenwirken? Vielleicht mit weniger Hemmnissen bei Sanierungen und beim Innenausbau von alten Gebäuden, damit ein Neubau nicht billiger ist als eine Altbausanierung. Auch bei den Umwidmungen muss man schauen, dass man Böden nimmt, die tendenziell niedrigere Bonitäten haben, um nicht die besten Böden zu verbauen.

DI Andreas Mandlbauer von der Abteilung Raumordnung der OÖ Landesregierung hat uns versichert, dass der qualitative Bodenschutz auch ein Thema in der Raumordnung ist. Zielsetzung dabei ist eine stetige Verringerung der jährlichen Flächeninanspruchnahme. Eine Möglichkeit wäre auch, mehr in die Höhe und in die Tiefe zu bauen, etwa Tiefgaragen zu forcieren oder die Anzahl der Einkaufszentren zu begrenzen bzw. deren Wachstum zu verringern. Es gibt genügend Einkaufsmöglichkeiten und die Kaufkraft der Menschen wird ja nicht mehr. Wichtig war auch die Aussage, die Bebauung hochwertiger landwirtschaftlicher Böden künftig so weit wie möglich zu vermeiden und Nutzungen bereits entwickelter Flächen zu steigern. Boden ist Leben, wir müssen daher Sorge tragen und sparsam damit umgehen, damit auch für die nächsten Generationen das Leben gesichert ist.

### **KR Christine Seidl:**

Bei der gestrigen Arbeitstagung ist es einerseits um den quantitativen Bodenverbrauch gegangen. Ich bin einer Meinung mit KR Straßmayr, dass dem Wildwuchs Einhalt geboten werden muss. Thema war aber auch der qualitative Bodenschutz. Dazu hat DI Christian

Krumphuber referiert. Er hat dabei einige Dinge ins rechte Licht gerückt. Wir wissen, dass Grund und Boden das höchste Gut ist. Eigentlich macht uns erst der Grund und Boden zu Bäuerinnen und Bauern, erst der Boden bestätigt unseren Beruf. Es ist für uns daher selbstverständlich, dass der sorgsame Umgang mit dem Boden Voraussetzung dafür ist, dass wir unsere Lebensgrundlagen erhalten. Der neue Bodenatlas von Global 2000 und anderen Organisationen ist 2015 herausgekommen. Dabei wird der Landwirtschaft und den Böden in Europa attestiert, dass 35 Prozent aller Böden Verdichtungserscheinungen aufzeigen, dass 42 Millionen Hektar von Winderosion betroffen sind und dass die natürliche Bodenfruchtbarkeit gesunken ist. Und das – das möchte ich hier entgegenstellen – obwohl die Erträge steigen, bei gleichzeitig rückläufigem Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteleinsatz. Der Bodenatlas ist sehr schlecht recherchiert und man muss viele dieser Zahlen hinterfragen. DI Krumphuber konnte darlegen, dass viele Angaben einfach nicht stimmen.

Ein sorgsamer Umgang mit Grund und Boden ist die wichtigste Voraussetzung für eine landwirtschaftliche Produktion, die den vielfältigen Anforderungen der Gesellschaft entspricht. Da Starkregenereignisse zunehmen muss alles getan werden, um Schäden durch Bodenabtrag, dh das Abschwemmen, zu vermeiden. Gerade durch die Teilnahme an ÖPUL-Maßnahmen kann dies wesentlich entschärft werden. Mulchdirektsaat und Streifensaaten, Untersaaten oder Stroheinsaaten bei Zwischenfrüchten sind positive Beispiele, um den Bodenzustand zu verbessern. Ebenso wurden erfolgreiche Erosionsschutzprojekte aus den Bezirken Linz-Land, Ried und Grieskirchen aufgezeigt. Sehr interessant war auch die Entwicklung der Humusgehalte in den oberösterreichischen Hauptproduktionsgebieten. Es konnte dargestellt werden, dass der Humusgehalt eigentlich gestiegen ist. Es gibt Versuchsreihen von 1991 bis 1995 und Versuche über den Zeitraum 2006 bis 2011, insgesamt ca. 50.000 Daten. Überall konnte eine Steigerung des Humusgehaltes festgestellt werden. DI Krumphuber verglich auch die Bewirtschaftungsformen biologisch und konventionell: Es ist nicht unbedingt ausschlaggebend welche Bewirtschaftungsform vorliegt, sondern wie gearbeitet wird. Das ist das entscheidende Kriterium für den Humusgehalt! Anders als landläufig behauptet ist der Zustand der oberösterreichischen Böden durchwegs sehr gut. Das ist vor allem der täglichen Arbeit der Bäuerinnen und Bauern zu verdanken und der Beratung durch die Landwirtschaftskammer und die Bezirksbauernkammern sowie den Kursen wie dem Bodenpraktikerkurs des LFI und auch der erfolgreichen Arbeit der Arbeitskreise. Es gilt zu hoffen, dass diese Arbeitskreise auch weiter bestehen.

#### **KR Berthold Huemer:**

Derzeit gibt es eine Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht bei der Verwendung von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln. Die EU-Mitgliedsländer sollen selber entscheiden können, ob sie GVO-Lebens- oder Futtermittel zur Verwendung zulassen oder nicht, auch wenn diese in der EU grundsätzlich zugelassen sind. Begründet dürfen diese Entscheidungen nicht durch Gesundheits- oder Umweltrisiken werden. Sie dürfen nicht den WTO-Regelungen widersprechen und müssen auf gesetzlich anerkannten Gründen beruhen.

Im Grunde genommen geht es hauptsächlich um den Import von GVO-verändertem Sojaschrot. Österreich bemüht sich sehr um GVO-freie Eiweißversorgung auch in der Fleischproduktion. Die Mehrkosten werden leider nicht durch höhere Preise abgegolten. Der Zuschlag von GVO-futterfreier Milch ging beispielsweise sehr schnell im allgemeinen Preis unter. Die Qualität des Futters entsprach auch nicht immer den Anforderungen und Erwartungen, denken wir beispielsweise an die Situation bei den Hühnern zurück. Der Druck der Öffentlichkeit GVO-freie Futtermittel zu verwenden ist zwar groß, aber bezahlen will man dafür nicht. Vermehrter Verbrauch von GVO-freiem Soja steigert zusätzlich den Preis von solchen Futtermitteln und die Wirtschaftlichkeit leidet dementsprechend darunter. Die Fleischproduktion und damit auch die Wertschöpfung wandert dadurch ins Ausland. Laut Dr. Johann Schlederer vom VLV müsste der Konsument bei Schweinefrischfleisch 50 Cent

mehr zahlen, damit sich die Produktion mit GVO-freiem Soja rechnet, und das, wenn das nur die Mast betrifft. Wenn auch die Zucht dazu kommt, müsste der Preiszuschlag noch höher sein. Die Konsumenten kaufen dann das billigere Fleisch vom Ausland, wo aber kein GVO-freies Futter verwendet wird.

Zum Thema Selbstbestimmungsrecht bei GVO-Futter gibt es heute noch eine Resolution des Bauernbundes. Zusätzlich gilt auch: Wenn dieser Vorschlag der Selbstbestimmung umgesetzt wird, droht eine Lockerung der Zulassungsverfahren von GVO-Pflanzen, und das wollen wir alle nicht.

#### **KR Klaus Wimmesberger:**

Der Präsident hat heute die Steuerreform erwähnt. Der Präsident wird wohl wieder sagen, wir seien nicht mehr im Wahlkampf. Wir Bauern sind aber immer im Kampf, denn wir müssen das austragen. Bei der alten Steuerreform – und das kann auch der Präsident bestätigen – waren wir Bauern jene, die am meisten zur Budgetsanierung beigetragen haben. Wir haben rund 2.100 Euro pro Bauer für die Reform zahlen müssen. Andere Gruppen, die sicher mehr Geld haben als wir, haben weniger dazugezahlt. Der Präsident hat richtig gesagt, es müsse hier Schluss sein, es gehe nicht mehr. Die Kammerbeiträge sind erhöht worden, die Förderungen wurden gekürzt, der Agrardiesel ist weggefallen, die Einheitswerte und die SVB-Beiträge wurden erhöht. In den letzten drei Jahren hatten wir mindestens 20 Prozent Einkommensverluste. Jetzt kommt eine neue Steuerreform, Jakob Auer ist ja auch heute hier. Es heißt aber dazu jetzt, es würde schon noch etwas gehen. Es heißt dann später, man hätte eh gekämpft und das Ärgste abgewendet. Wenn das Kämpfen so aussieht, dann haben wir schon verloren. Der Steuersatz auf Saatgut, Pflanzen und Holz etc. ist erhöht worden, es kommt die Registriertassenpflicht etc. Der Präsident schreibt dann in seiner ersten Stellungnahme, die Steuerreform sei für die Bauern verkraftbar. Vielleicht ist das für den Präsidenten persönlich verkraftbar, aber nicht für uns Bauern.

Die Aussage des Präsidenten war aber noch eine harmlose Äußerung. Ich bin froh, dass Jakob Auer da ist. Man muss sich als Bauer schämen, wenn man so einen Vertreter wie Auer hat. Er macht ein Interview in Blick ins Land. Dort stellt man ihm die Frage: „Ist der Budgetplan für die Bauern noch zumutbar?“ Der Bauernbundpräsident sagt darauf als Antwort: „Man sollte nicht vergessen, dass von der Tarifreform 96.000 Nebenerwerbsbauern profitieren“. Das ist schon richtig, aber man kann das nicht als Erfolg für uns Bauern verkaufen. Natürlich bin ich als Lehrer einer der Nutznießer davon. Aber das kann man nicht als Erfolg für die Bauern verkaufen, das ist eine Frechheit. Es heißt dort weiter: „Die Negativsteuer wurde von 110 Euro auf 400 Euro angehoben, auch für pauschalierte Betriebe. Es ist nicht so, dass nichts passiert ist“, sagt er als Verteidigung. Der Redakteur fragt nach und meint, dass das fast so klingt, dass wir so erfolgreich gewesen seien und nicht darüber reden wollten, damit keine Neider kommen. Präsident Auer sagt dazu: „So ist es“ und er schmunzelt dazu. Er verkauft das den Bauern als Erfolg und die Bauern sollen ruhig sein, es hätte ja noch viel schlimmer kommen können. Das ist eine bodenlose Frechheit. Der Ex-Pressesprecher von Bio Austria hat sich über die Aussagen sehr echauffiert, er sagte beispielsweise, dass die Landwirtschaftskammer Österreich von der Bauernschaft so weit entfernt ist wie es Marie Antoinette vom Volk war. Wer sich in der Geschichte auskennt weiß, was mit Marie Antoinette passiert ist.

Mag. Reinhard Steiner, der ehemalige Chef der BBK Grieskirchen, hat einen sehr guten Artikel verfasst: Er schreibt: „Ein erfolgreiches Vakuum in der Agrarpolitik, das mir als noch immer überzeugtem Bauernbündler das Blut in den Adern gefrieren lässt. Dass so mancher Funktionär dieses wirklich schlechte Ergebnis noch als ausgeglichen oder gar als gut für die Bauernschaft verkaufen möchte, zeugt von unglaublichem Unwissen und bestätigt die Diagnose Multi-Organversagen“. Wer Reinhard Steiner kennt weiß, dass er kein Parteisoldat ist, es ist schade, dass er diese Funktion nicht mehr ausfüllen kann. Er weiß wovon er redet



und durchschaut die Zusammenhänge. Es tut mir leid, dass solche Leute nicht mehr dabei sind, die hätten euch diesbezüglich helfen können. Es heißt immer, wir sollten ruhig sein und es würde schon irgendwie passen und wir würden das schon irgendwie durchdrücken. Es gilt aber: „Wer nicht kämpft hat schon verloren“. Wir kämpfen aber derzeit überhaupt nicht. Es heißt, dass der Bauernbund so stark sei. Ich bemerke aber davon nichts. Wo seid ihr, wenn es darum geht für uns zu kämpfen? Ihr sagt ja dann immer die anderen seien so schlimm. Wir brauchen ein positives Auftreten wie ich es heute bei KR Franz Kepplinger erlebt habe. Wir brauchen ein energisches Auftreten und einen Zusammenhalt, wir brauchen nicht, dass der Bauernbund sich wie ein Stier mit dem Nasenring durch die Arena ziehen lässt und dann noch dazu lachen muss, wenn man uns etwas wegnimmt. Wir müssen in die Offensive gehen, wir müssen das bäuerliche Umfeld wieder attraktiv machen und selbst Forderungen stellen. Die erste Reaktion nach der Wahl von Mitterlehner und als die Steuerreform vorlag, war, dass es für uns passen würde. Andere wie Christoph Leitl sagen, man müsse noch etwas herausholen. Bei uns heißt es, es gebe einige Wermutstropfen, aber man hätte ja ursprünglich etwas Schlimmeres für uns vorgehabt. Herr Präsident, diesen Satz könnt ihr schön langsam in die Mottenkiste schmeißen. Wir brauchen neue Forderungen, wir müssen schauen, dass wir uns etwas zurückholen und nicht immer etwas hergeben. Wir geben als UBV die Themen vor, ihr braucht nur mit uns mitgehen.

#### **KR Clemens Stammeler:**

Zum Milchmarkt: Es ist traurig, wie überrascht man jetzt tut, wenn man das Sinken der Milchpreise beobachten muss. Die Fachwelt und jeder Bauer hat vorher schon gewusst was passieren wird. Herr KR Hosner, das Achselzucken und das Hilflosten und das Vertreten der Meinung, dass das keiner hätte ahnen können, das finde ich absurd und abstrus. Franz Fischler hat bei einer Veranstaltung in Altmünster auch bestätigt, dass es überhaupt kein Problem gebe. 20 Prozent weniger Erlös sei grundsätzlich egal, weil künftig ja weniger Bäuerinnen und Bauern diese Milchmenge produzieren werden und somit bleibe das Einkommen hier ohnedies gleich. Das stößt in dasselbe Horn wie es mein Vorredner gesagt hat, nämlich in die Aussage: „Haltet den Mund und seid einfach ein bisschen fleißiger, dann könnt ihr die Einkommensrückgänge schon kompensieren“. Präsident Schultes hat Ende Mai gesagt, es gäbe keinen Grund für ein Sinken des Bauernmilchpreises und er verstehe die Aufregung der Opposition und der IG-Milch nicht. Er könne nicht nachvollziehen, warum wer den Teufel an die Wand male. Den Teufel an die Wand gemalt haben die Interessenvertretungen, die sich nicht für eine Nachfolgeregelung bei der Milchquote eingesetzt haben. Bundesminister Rupprechter hat in einer Veranstaltung mit dem Titel „Perspektive Milch“ ein Sechs-Punkte-Programm vorgestellt. Dazu hat er angeblich alle Stakeholder eingeladen, ich war aber nicht eingeladen, ich war aber trotzdem dort. Auch Franz Graf, Karl Kepplinger, Michael Schwarzlmüller und auch die Agrarsprecher der Parlamentsparteien waren meines Wissens nicht eingeladen. Das Präsidium war eingeladen und war da, es war dort kein einziger Bauer eingeladen. Dort hat Fischler das Sechs-Punkte-Programm vorgestellt. Es sah folgendermaßen aus: Fünf Punkte waren nichts anderes als Zitate des Programmes Ländliche Entwicklung, im Prinzip eine Nacherzählung. Der Minister hält das offenbar für ausreichend. Der Punkt Sechs war, dass er künftig 50 Millionen Euro in Form von Exportstützungen an Milchhändler und Molkereien auszahlen und China beackern will. Bundesminister Rupprechter hat davon gesprochen, dass China ein super Absatzmarkt für unsere Milch und unsere Qualitätsprodukte sei. Hinter ihm gab es eine Folie, wo die Exportzahlen im letzten Quartal 2014, die einen Rückgang bei China ausgewiesen haben, dargestellt wurden. Interessanterweise waren Geschäftsführer von Molkereien dabei, es hat sich aber keiner an dieser Tendenz gestoßen. Bei der Ländlichen Entwicklung meint er, dass wir dort durch die bessere Bergbauernförderung schon einen großen Teil abgefangen haben, da ja 70 Prozent der Milch in Österreich in Bergregionen produziert werden. Gerade dort wo noch Milch produziert wird, ist die Bergbauernförderung zurückgegangen. KR Johanna Miesenberger hat das ja dargestellt. Gestiegen ist die Bergbauernförderung in den ehemaligen

Zonen 3 und 4. Dort findet man allerdings keine Milchkühe mehr sondern bestenfalls Kälber, die die Mutterkühe melken. Ich habe selbst Kühe, die ich heute in der Früh gemolken habe.

Die Grünen Bäuerinnen und Bauern haben mit allen Oppositionsparteien ein Zehn-Punkte-Milchpaket ins Parlament eingebracht. Kernstück dabei ist, dass die Branchenverbände eine Vollkostenrechnung erstellen sollen und die österreichischen Milchbauern für ihre ersten 65.000 Liter Milch einen Preis anhand dieser Vollkostenrechnung garantiert bekommen. Das was darüber hinaus produziert wird, muss den Preis auf dem freien Markt finden. Warum die Grenze von 65.000 Kilogramm Milch? Das ist ca. jene Menge, die mit höherer Wertschöpfung in Österreich verbraucht und verkauft werden kann. Auch das wäre ein Argument gegenüber dem Handel bei Verhandlungen, dass man ganz einfach sagt: „Wir haben eine Branchenvereinbarung, an die wir uns zu halten haben, wir haben hier einen Fixpreis und unter diesen können wir nicht darunter.“

Wichtig ist mir auch das Thema „Landschaftselemente“ und „Einzelbaumdigitalisierung“. Ich habe einen reinen Grünlandbetrieb und habe auf ca. 20 Hektar bisher im Mehrfachantrag ca. 25 Schläge gehabt. Nach der Einzelbaumdigitalisierung habe ich jetzt 178 Schläge. Ca. zwei Drittel dieser Einzelbäume waren vordigitalisiert, dh ich habe 50 Nachdigitalisierungen gehabt. Ich habe einen Tag lang mit meiner Frau Bäume fotografiert. Die Nachbarn haben mich gefragt, was ich tue und ich habe es ihnen erklärt. Leute, die nicht mit der landwirtschaftlichen Praxis vertraut sind, schütteln den Kopf und meinen es sei ein absoluter Wahnsinn, was hier passiert. Wir beobachten und digitalisieren Bäume. Gerade dass wir Ihnen nicht eine Ohrmarke hineinzwickeln müssen! Mittlerweile wird das alles schon sehr schräg. Ich habe jetzt 178 Schläge, man hat von einer Entbürokratisierung gesprochen. Man wird automatisch kriminalisiert einfach deswegen, weil die Fehlerquote bei 178 Schlägen höher ist als bei früher 25 Schlägen. Das muss jedem klar sein. Nebenbei waren meine Frau und ich und die INVEKOS-Mitarbeiterin, die sehr geduldig war und sich sehr bemüht hat, zu dritt insgesamt ca. 35 Stunden mit einem Mehrfachantrag beschäftigt, für einen Betrieb der ca. 20 Hektar groß ist und nur Grünland beinhaltet. Ich weiß, dass das so mancher hier herinnen, der einen konventionellen Ackerbaubetrieb hat und bei dem der Urgroßvater schon die Obstbäume ausgerissen hat, nicht versteht. Bei uns im Berggebiet, wo es Biodiversität gibt, da ist es so, ich kann das beweisen und schicke gerne eine Kopie des Mehrfachantrages und die Fotos weiter.

In der Kammerzeitung „Der Bauer“ heißt es: „Falls die AMA aus irgendeinem Grund diese nichtdigitalisierten Bäume nicht akzeptiert, dann ist ein Termin bei der Bauernkammer auszumachen und dann sind diese Bäume wieder rauszudigitalisieren“. Stellt euch diesen Wahnsinn vor! Zuerst muss ich herumrennen und Bäume fotografieren, dann gehe ich zur Kammer und sage, die AMA will diese Bäume nicht, und dann tun wir diese Bäume wieder heraus. Bei der Kontrollintensität, die die AMA in den letzten Jahren durchgeführt hat, kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendwann einmal ein Bauer auf dem Nachbargrund einen Baum digitalisiert hat, dann zur Kammer gefahren ist und gemeint hat, dieser Baum gehöre ihm. Stellen wir uns vor was passiert, wenn es in solchen Fällen eine Vor-Ort-Kontrolle gibt: Hier steht ein Baum und dort steht ein Baum, der eine Baum wurde vordigitalisiert hineingegeben und ein anderer von der AMA nicht akzeptiert und dann wieder herausgenommen. Die Vor-Ort-Kontrolle stellt einen Baum fest, weil er ja dasteht. Was passiert denn dann? Der Bauer, der bei einer Maßnahme teilnimmt, hat alle Landschaftselemente anzugeben. Er hat womöglich einen Fehler gemacht, den er nicht gemacht hat. Er kann wieder seine alten Bilder und Dokumente heraussuchen um nachweisen zu können, dass er digitalisiert hätte und das aber nicht akzeptiert worden sei. Wo ich hin will ist Folgendes: Ich finde es von unserer Interessenvertretung sehr bemerkenswert, dass die einzige Idee dazu ist, dass man in der Kammerzeitung hineinschreibt: „Leute, wenn die AMA die Bäume nicht akzeptiert, fährt zur

Bauernkammer und macht einen Termin aus und tut die Bäume wieder raus“. Das ist das Einzige, was dazu gesagt wird, das ist sehr bedenklich und kriminalisiert unsere Leute.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Zu den zehn Punkten, die von den Grünen im Parlament als Vorschlag eingebracht wurden: Als erster Punkt steht drinnen die Einbindung von Stakeholdern, vor allem der IG-Milch. Ich weiß nicht, ob die Bauern mit jenem Milchpreis, den die Freie Milch den Bauern in den letzten eineinhalb Jahren ausbezahlt hat, tatsächlich die Einbindung der IG-Milch wollen.

**KR Clemens Stammeler:**

Es geht nicht um den IG-Milchpreis. Die IG-Milch ist im Übrigen der einzige Branchenverband laut EU-Recht. Ab 30 Bauern kann man einen entsprechenden Branchenverband gründen. Diese Branchenverbände sollten eine Vollkostenrechnung erstellen. Der Milchpreis der IG-Milch steht relativ schlecht da, weil die IG Milch von den Genossenschaftsmolkereien boykottiert wird und deswegen am Spotmarkt verkaufen muss.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Es gibt nur eine Wortmeldung zu einem Tagesordnungspunkt, ich erwarte mir auch eine entsprechende Vorgangsweise von dir. Ich habe lediglich eine Anmerkung zum ersten dieser zehn Punkte der Grünen im Parlament gemacht, nicht mehr und nicht weniger.

**KR ÖR Ing. Franz Graf:**

Die Digitalisierungswut, die über uns im neuen Programm hereingebrochen ist, hat KR Clemens Stammeler hervorragend dargestellt. Wir haben auch alle gesehen, was im letzten Winter passiert ist: Das angesprochene Programm hat bewirkt, dass mehr Obstbäume denn je auf den Betrieben entfernt worden sind. Wenn Programme, die vielleicht ganz gut gemeint sind, solche Auswirkungen haben, so sollte man jedenfalls darüber nachdenken, ob man nicht künftig die Finger davon lässt. Der Natur und der Umwelt ist damit nicht geholfen worden, das steht meines Erachtens außer Zweifel.

Derzeit schaut es leider Gottes so aus, als hätte die bäuerliche Arbeit keinen zeitgemäßen Preis. Daraus ist derzeit nicht der Gewinn zu erzielen, den wir bräuchten und den wir uns als Bauern vorstellen. Es soll bitte nicht das Argument kommen, es würde nur schlechte Stimmung verbreitet und alles so negativ dargestellt und womöglich würden wir damit die Nachfolge auf unseren Höfen gefährden. Dieses Argument lasse ich nicht gelten, ihr braucht nur draußen mit den Bauern reden, dann werdet ihr zum überwiegenden Teil dieses Urteil bekommen; dem kann man sich nicht entziehen, auch wenn es über reine Lippenbekenntnisse natürlich schon funktioniert. Wir werden bei jeder Sonntagsrede hören, dass man sich auf allen Ebenen einsetzt und natürlich passiert das ja auch. Wir haben heute ja aus vielen Ausschussberichten gehört, wie viele Institutionen sich damit beschäftigen, Verbesserungen zustande zu bringen. Der gute Wille ist ja weit verbreitet. Man muss allerdings zur Kenntnis nehmen, dass das Ergebnis eigentlich nicht befriedigend ist. Mit dieser Situation können wir nicht zufrieden sein. Wir können nicht sagen, dass es geht und dass es schon irgendwie wieder besser werden wird; das kann so nicht funktionieren. Auch Konsumentenumfragen zu diesem Thema helfen uns nicht weiter, bei denen dargestellt wird, dass der Konsument in Umfragen bereit ist, gerne mehr für unsere Produkte zu zahlen und zum besseren Produkt zu greifen. Der tägliche Einkauf zeigt allerdings oft etwas ganz anderes. Dagegen haben wir etwas zu unternehmen und dagegen haben wir uns in Stellung zu bringen. Aber nicht mit derartigen politischen Handlungen und Beschlüssen, wie sie in der kürzeren Vergangenheit passiert sind!

Das betrifft zum Beispiel die heute schon angesprochene Steuerreform: Wenn man bei unseren wesentlichen Betriebsmitteln handstreichartig die Mehrwertsteuer um 30 Prozent

erhöht, dann kann man nicht hergehen und sagen, das sei vielleicht gerade noch verkraftbar und sei bestenfalls ein Wermutstropfen. Ich halte das in der aktuellen Situation für derartig dramatisch, man kann darüber nicht einfach so hinweggehen. Das schwächt unsere Betriebe in der schwierigen Situation wie wir sie derzeit haben. Vor allem ist es ja nicht wirklich notwendig. Wir rühmen uns, in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu werken und nehmen diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum immer als Argument her. Wir schauen aber nicht in die Nachbarländer, die völlig andere Mehrwertsteuersätze haben, oft nicht einmal die Hälfte für die gleichen Betriebsmittel. Das ist so weit weg von jeder wirtschaftlichen Praxis und Realität, dass es für mich kaum zu fassen ist, das muss ich hier ganz ehrlich sagen. Der Staat Österreich und sein Budget sind ja mit dieser Regelung nicht zu sanieren. Bitte sagt mir, wem das eingefallen ist und wer so etwas vertritt. Derartige Maßnahmen sind aus meiner Sicht einfach nicht möglich.

Mit dem neuen Programm hat man auch die sog. „Ökobrache“ um 150 Prozent erhöht, die Bürokratie bei der Digitalisierung gesteigert und die Förderung gekürzt. Das ist ein Mix, der die bäuerlichen Betriebe so gefährdet, wie sie meiner Meinung nach schon lange nicht mehr gefährdet waren. Es wird damit der Strukturwandel in einer Weise vorangetrieben, wie wir das nicht wollen können. Ihr habt das auch von mir schon oft gehört: Die bäuerlichen Familienbetriebe sind in ihrem Wert für unser Land unersetzlich. Wenn man so vorgeht, gefährdet man sie mutwillig und das wollen wir alle nicht. Wir wissen, dass auf ihnen unsere Lebensmittelsicherheit aufgebaut ist. Das ist ein Faktum, das anscheinend von wichtigen handelnden Personen oft vergessen wird. Die Lebensmittelsicherheit aus den bäuerlichen Familienbetrieben ist die einzige wahre Garantie für regionale Qualität und für eine Qualität von Lebensmitteln wie wir sie wünschen und wie sie der Konsument zumindest in den Umfragen wünscht. Da muss man es auch schaffen, dass man das über die Rampe bringt. Die krisensichere Versorgung erwähne ich hier nur am Rande. Die Frage ist, wie man das zustande bringt. Erstens bringt man das nur zustande mit Bauernvertretern, die wirklich bei dieser Angelegenheit mit Herz dabei sind und die bereit sind, diese Familienbetriebe zu fördern und sie nicht mit einer Transparenzdatenbank an den Pranger zu stellen. Diese Transparenzdatenbank, die seit 1. Juni wieder offen ist, stellt völlig undifferenziert öffentliche Gelder dar, die die Bauern bekommen. Dabei wird nicht der Hintergrund beleuchtet, für welche Leistungen diese Gelder bezogen werden. Ich freue mich, dass die Meinung hier einhellig ist, dass man dagegen kämpfen will und dass niemand mehr die Transparenz in der jetzigen Form will. Interessant ist auch, was man uns als landwirtschaftliche Gelder vorhält. Mehr als 24 Millionen Euro sind ja an die AMA unter dem Titel „Technische Hilfe“ für die Durchführung der Programme zur Verfügung gestellt worden, 2,4 Millionen Euro aus diesem Topf bekommt beispielsweise die Telekom. Zur Relativierung dieser großen Beträge hätte die Transparenzdatenbank ja möglicherweise durchaus einen Sinn. Es ist aber jenseitig, die Gelder für Privatpersonen darzustellen, das bringt keinem etwas außer der Neidgesellschaft.

Die Kernfrage ist, wie wir einen fairen Preis für die Betriebe und ihre Produkte schaffen. Wir werden nicht umhin können, die regionale Qualität besser unterscheidbar zu machen. Das was jetzt passiert ist zu wenig. Die Unterscheidbarkeit ist für den Konsumenten zu schwierig und zu wenig auffällig. Selbst der geneigte Konsument muss sich massiv bemühen – außer er kauft beim Bauernmarkt ein – gute von schlechter Qualität deutlich unterscheiden zu können. Im Supermarkt ist das ein Spießrutenlauf und sehr schwierig. Aber nur das wird uns helfen, es gibt hier auch Erfolge: Die Frischfleischkennzeichnung wurde ja schon genannt. Es ist keine Frage, hier geht es in die richtige Richtung. Ich erinnere aber an die Diskussion: Es hat ja viele Jahre lang geheißen, das würde nicht gehen. Diesen guten Weg dürfen wir nicht verlassen, sondern im Gegenteil, wir müssen diesen Weg noch mehr beschreiten und noch mehr verbessern und nicht solche Dinge aufkommen lassen wie in der Vollversammlung vor einiger Zeit, als hier TTIP verteidigt wurde. TTIP geht völlig in die falsche Richtung! TTIP verbietet die Möglichkeit der Kennzeichnung von schlechten Produkten, das ist ein Faktum. TTIP

unterwandert regionale Kennzeichnungen, weil das nicht gewünscht und gewollt ist. Es gäbe an Beispielen derartig viele, dass ich darauf verzichte, sie einzeln anzuführen.

Eines ist heute auch im Bericht erwähnt worden, nämlich die Kennzeichnung und Auszeichnung der Milch aus den Bergen. Ich halte das für ganz wichtig, weil in diesen Produktionsgebieten ganz andere Produktionskosten bestehen und hier ein Mehrerlös notwendig ist. Von namhaften Vertretern unserer Bauernvertretung ist vor wenigen Monaten allerdings schon gesagt worden, dass wir das nicht bräuchten. Wieso solle Bergmilch gesondert gekennzeichnet werden, sie schmecke ja genauso wie normale Milch. Mit derartigen Aussagen sind wir am falschen Dampfer. Wenn man von Qualität spricht, muss man auch von GVO-Freiheit reden, das ist auch mit Qualität unmittelbar verbunden. Das heute schon angesprochene Selbstbestimmungsrecht ist eine diffizile Sache, das ist uns natürlich klar. Die Frage ist, ob es ein echtes Selbstbestimmungsrecht ist oder ob es durch versteckte Klauseln in Wahrheit nicht wirklich besteht. Selbstbestimmungsrecht kann nicht ein absolutes GVO-Verbot bedeuten. Es kann höchstens bewirken, dass man sich mit juristischen Themen mit Brüssel herumschlagen muss und in einen rechtlichen Streit kommen wird. Grundsätzlich halte ich jedes Selbstbestimmungsrecht für eine Verbesserung.

#### **KR Anna Prandstätter:**

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Tierproduktion und Milchwirtschaft haben wir die Einführung eines Milchpreisvergleiches in der Landwirtschaftskammer Oberösterreich beschlossen. Es ist ein wichtiger Schritt für die Milchbauern, sachliche Informationen über die Milchauszahlungspreise zu erhalten. Der derzeitige sehr schlechte Milchpreis ist ein großes Problem für die Bauern. Gleichzeitig sind aber die SVB-Beiträge höher geworden. Die Anzahl der Milchviehbetriebe wird sich so weiter verringern, nachdem in den ehemaligen Zonen 1 und 2 die Ausgleichszulage niedriger wird. Die Angst vor der großen Milchschwemme, die so manche Milchverarbeitungsbetriebe hatten, hat sich nicht bestätigt. So manche Handelsketten sind aufgewacht, nachdem das Thema Quotenende stark in den Medien gebracht wurde. Die Handelsunternehmen glauben, es sei zu viel Milch am Markt und wollen so die Preise für sich selbst niedrig halten. Beim Konsumenten hat man ja nicht viel gemerkt, dass der Milchpreis niedriger geworden ist. Das ist für mich nicht der richtige Weg, einen besseren Milchpreis zu finden. Wenn ich vorher schon herumschreie und jammere, dass künftig so viel Milch da sein werde, dann kann ich nicht verlangen, dass die großen Handelsketten darauf nicht reagieren. Die drei großen Handelsketten Spar, REWE und Hofer reagieren natürlich darauf mit der Absicht, für sich selbst mehr zu verdienen. Wichtig ist für mich auch, dass es uns gelingen muss, dass jene Gelder, die an Superabgabe von den österreichischen Bauern an Brüssel bezahlt werden, in der Milchbranche bleiben und dass der Milchpreis stabil oder besser wird. Ansonsten wird es in den Bergregionen weiterhin zu einem Sterben von Milchviehbetrieben kommen.

#### **KR Johannes Huemer:**

Ich bin der jüngste Kammerrat in dieser Runde und habe mir die letzte Vollversammlung angehört und mich damals nicht selbst zu Wort gemeldet. Es ist grundsätzlich gut, vorerst einmal zuzuhören um zu sehen, wie hier Wortmeldungen gemacht werden, wie sachlich man diskutiert oder wie untergriffig man argumentiert. Bei mir ist das Herzblut bei der Landwirtschaft und auch bei der Interessenvertretung als Funktionär. Wenn ich mir die Wortmeldungen von KR Wimmesberger in der letzten und auch in der heutigen Vollversammlung anhöre, muss ich einfach etwas dazu sagen.

KR Stammler hat heute die Landschaftselemente und die Digitalisierung angesprochen. Er selbst weiß aber den Hintergrund, nämlich dass die Grünen und die NGOs dies vorantreiben und hier Gas geben. Wenn er dann selbst über den Aufwand schimpft, dann ist seine Aussage in Frage zu stellen. KR Stammler, du bist ja selbst auch Biokontrolleur und dort bist du auch nicht immer sehr einsichtig und man muss sich fragen: Wo ist deine Kulanz für die Bauern,

wenn es auf einem Betrieb eine Kontrolle gibt oder vergisst du das, wenn du hier vorne stehst, weil das populistisch ist?

Nicht vergessen darf man auch wenn man hier vorne steht, was Parteikollegen in anderen Gremien wie Landtagen oder Nationalrat fordern. Euer Kollege Rossmann fordert ja eine Erbschaftssteuer. Ich frage mich, ob wir dann noch über Preise diskutieren müssen. Wenn die Erbschaftssteuer kommt wie sie gefordert wird, dann haben Betriebe oder junge Leute es wesentlich schwerer überhaupt weiterzumachen und dann werden die Entscheidungen noch viel schwieriger.

Bei der letzten Wahl hast du dich, KR Stammler, über das Wahlrecht bei der Landwirtschaftskammerwahl mokiert. Das gültige Wahlrecht der Landwirtschaftskammer wurde am 12. Juni 2008 im OÖ Landtag einstimmig beschlossen, auch von deinen Kollegen von der Grünen Fraktion. Im Landtags-Protokoll findet sich auch eine Wortmeldung der Grünen Abgeordneten Wageneder zu einer Stärkung der Landwirtschaftskammermandatare und der Verbesserung der Kontroll- und Minderheitenrechte. Sie meint: „Wir freuen uns auch wirklich über diese konstruktive Einigung und über die gute Zusammenarbeit bei der Erarbeitung dieser Novelle und in diesem Sinne stimmen wir zu“. Ich erinnere dich nur daran und verweise darauf, dass du dich zuletzt mokiert hast. Lustig hast du dich auch über unser Aufzeigen der Problematik der Stalleinbrüche gemacht. Du hast gemeint, es stimme vielleicht oder vielleicht auch nicht. Harald Balluch, Chef des Vereins gegen Tierfabriken, hat 2008 bei der Nationalratswahl als Grüner Mandatar kandidiert. Er hat 20 oder mehr Bilder den Medien zugespielt. Man muss sich fragen wie ehrlich man ist. Wie ehrlich treibt man manche Geschichten im Hintergrund voran oder ist das alles tatsächlich nur Zufall gewesen?

Spannend finde ich auch die Aussagen von KR Graf in der letzten Vollversammlung. Er hat heute die Produktionsauflagen angesprochen und sie kritisiert. Die Ansichten und Aktionen mancher deiner Kollegen im Landtag oder Nationalrat sind auch oft bemerkenswert. Im Herbst 2013 ging es um maßgebliche Einschnitte in die landwirtschaftliche Produktion. Im Hohen Haus, dh im Parlament, wurde von der Blauen Fraktion ein Transparent hergezeigt, das auch maßgeblich dafür gesorgt hat, dass es zu den Änderungen bei den Neonicotinoiden kam. Wir müssen deshalb jetzt öfter Pflanzenschutzmittel aufbringen und das hilft uns in der Außenwirkung als Landwirtschaft auf keinen Fall weiter.

FPÖ-Chef Strache fordert eine Halbierung der Fördermittel. Bei den Strukturen wie wir sie haben brauchen wir die Fördermittel in den benachteiligten Gebieten. Strache hält uns vor, wir seien der Europameister in der Förderwelt. Die FPÖ hat sogar die Kofinanzierung und das Agrarbudget abgelehnt. Die Kofinanzierung ist national beschlossen und kommt aus nationalen Mitteln und wurde von eurer Seite abgelehnt. Sich dann hinzustellen und auf einem Plakat draußen zur Landwirtschaftskammerwahl hinaufzuschreiben, man sei gegen die Erhöhung von Einheitswerten und das zu einem Zeitpunkt, wo es bereits viel zu spät war, und sonst den Leuten etwas vorzureden was überhaupt nicht mehr stimmt, das ist mehr als ein Wahnsinn. Man muss sich fragen, ob auf diese Weise richtig und ehrlich mit den Bäuerinnen und Bauern in unserer Gesellschaft umgegangen wird. Bei all euren Wahlunterlagen sieht man ja, dass die Landwirtschaft für Herrn Strache überhaupt keinen Stellenwert hat. Denn sonst würde er sie zumindest ab und zu einmal erwähnen.

KR Wimmesberger ist hier schon besonders aufgefallen. Er war es, der mich zum Nachdenken angeregt hat. Ich frage mich, ob es richtig ist, überhaupt so unsachlich und untergriffig auf Menschen loszugehen. Der eine oder andere von ihm Angegriffene kann sich hier gar nicht zu Wort melden. Beim UBV heißt es „Die Kraft, die schafft!“ Wenn die Kraft schafft, dann kann man natürlich Vorschläge und Anträge einbringen und sich vergewissern, ob es richtig ist oder nicht. Ein wesentlicher Wortführer des UBV ist KR Wimmesberger. KR

Wimmesberger ist jemand, den man augenscheinlich heraußen sehr stark wahr nimmt. Er kommt und ist vielleicht sogar euer Kommentator. Ich frage mich aber: Wo ist Wimmesberger in den Ausschüssen? Ich habe mir die Ausschussbesetzungen angeschaut, wo ist KR Wimmesberger in den Ausschüssen vertreten? Politische und inhaltliche Arbeit geschieht ja in den Ausschüssen, das ist auf kommunaler Ebene bei den Gemeinden genauso. Wenn man sich dann als Kommentator herausstellt und in den Ausschüssen keine Arbeit übernimmt, dann ist das mehr als bedenklich. Man kann sich im Hintergrund einbringen, die wirkliche Arbeit geschieht auf allen Ebenen in den Ausschüssen. Dort muss man sich einbringen und mit dabei sein. Ihr habt gemeint, dass man den Kammerpräsidenten Reisecker nicht wählen kann, weil der Bauernbund bei der Wahl etwas verloren hat. Der Bauernbund hat verloren, wir haben aber einen klaren Arbeitsauftrag bekommen. Ich darf trotzdem erinnern, wie ich es in fußballerischer Sprache sagen würde: Reisecker hat ein Ergebnis von 6:1 (6 Bauernbund, 1 UBV), Hiegelsberger von 5:1, Auer 8:1 und Grabmayr ein Verhältnis von 7:2. Das muss auch einem Lehrer zu denken geben. (Zwischenrufe von der Tribüne)

Man kann sich auch fragen, was der UBV künftig tun wird. Im Landtag, im Bundesrat und im Nationalrat ist er ja nicht vertreten und nur dort ist es möglich, politische Beschlüsse zu fassen und sonst nirgends. Ihr redet davon, dass ihr parteineutral seid. Im Vorfeld der Landtagswahlen werden bei euch manche Personen sichtbar werden, die plötzlich mit Parteien liebäugeln. Ihr kritisiert Jakob Auer und meint, dies und jenes tue er oder tue er nicht. Leute wie er sind anders als ihr Politiker. Ihr sprecht ja davon, dass es keine Politik geben soll. Der UBV wird künftig wohl nicht mehr die Kraft die schafft sein, sondern künftig unseriös, belanglos und verantwortungslos sein, das muss man unterstreichen. Wenn man weiß, dass politische Entscheidungen in politischen Gremien getroffen werden und man bei dieser Realität dann nicht im Hintergrund etwas macht, dann muss man dazu stehen. Man kann sich nicht bloß vor einer Wahl als Kommentator hinstellen. (Zwischenrufe von der Tribüne)

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Wortmeldungen sind grundsätzlich nur den Landwirtschaftskammerrätinnen und Landwirtschaftskammerräten gestattet. Zwischenrufe von Zuschauern sind laut Geschäftsordnung nicht gestattet. Ich ersuche dies zu beachten, damit die Landwirtschaftskammer-Vollversammlung ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

**KR Walter Lederhilger:**

KR Stammler hat gemeint, man bräuchte nur eine Vollkostenrechnung auf den Tisch legen, alles hineinpacken, was wir an Kosten haben und wir sollten das den Vertragspartnern auf den Tisch legen und das sei es dann. Wenn die Welt so einfach wäre, dann hätten wir das schon lange gemacht. Die Tierärztekammer hat das etwa vor einem Monat genau so gemacht. Die Tierärzte haben gesagt, es würde sich die Rechnung nicht mehr ausgehen, sie bräuchten mehr Geld und würden den Gesundheitsdienstvertrag aufkündigen. Die Stunde müsste mindestens 154 Euro netto kosten, somit zuzüglich der Mehrwertsteuer 185 Euro. Dazu sei zusätzlich noch An- und Abfahrt zu kalkulieren. Das sei die Vollkostenrechnung und diesen Betrag wollen sie jetzt. Die Tierärzte werden die gleiche Antwort von uns bekommen wie wir sie vom Handel bekommen, wenn mit Mindestpreisen argumentiert wird. Wer den Markt ignoriert, der ignoriert wirklich so ziemlich alles, was uns umgibt.

In der Schweinesparte kämpfen wir täglich und wöchentlich um den Preis. Es gelingt uns, dass wir den Schweinepreis 12 – 13 Cent über dem deutschen Preisniveau gestalten können. Wenn wir das überziehen, dann bleiben wir auf unserer Ware sitzen. Wir haben mehrere Wochen im Jahr, wo es dazu kommt. Natürlich muss man das ausreizen, bei deiner Forderung KR Stammler, handelt es sich aber um nicht realistische Forderungen und man streut damit den Bäuerinnen und Bauern Sand in die Augen.

Es wird nicht ausreichen einfach zu meinen, man müsste den Konsumenten sagen, was unsere hochwertigen Produkte kosten müssten. Vielmehr geht es darum, täglich auf den Märkten Gas zu geben und auch Initiativen zu setzen, unsere Qualitätsprodukte zu platzieren, etwa mit dem AMA-Gütesiegel. Schauen wir uns im Regal die Eigenmarkenstrategie der Handelsketten an. Rewe, Spar und Hofer haben über 85 % Anteil im Lebensmitteleinzelhandel. Hier brauchen wir eine Strategie wie folgt: Wir müssen uns im Angebot bündeln und das Mögliche herausholen und wir müssen mit dem AMA-Gütesiegel und den vielen regionalen Marken unsere Position stärken. Alles andere ist eigentlich nur ein Sand-in-die-Augen-streuen.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Ich begrüße sehr herzlich Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

**KR Hannes Winklehner:**

Es geht heute sehr emotional zu. Ich wurde auch zur Spatenstichfeier des ABZ eingeladen, es gab eine Terminüberschneidung. Ich habe ohnedies mit dem Zubetonieren von Grünflächen nicht so viel Freude. Auch bei den Schulen hätte es wohl Möglichkeiten gegeben, das Versiegeln grüner Flächen zu verhindern. Wir prangern das ja selbst oft an. Herr Präsident Reisecker, ich frag dich, wie schaut das aus bei der Übergabe: Wo zählt der Verkehrswert? Beim gesamten landwirtschaftlichen Objekt oder nur beim Wohngebäude?

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Ich habe darauf hingewiesen, dass Details im Parlament ausverhandelt werden.

**KR Hannes Winklehner:**

Wir werden Jakob Auer fragen, ob der vielleicht schon mehr weiß. Ich hoffe, dass wir es alle erfahren, sobald es hier Konkretes gibt. Es macht ja einen großen Unterschied, ob das nur das Wohngebäude betrifft oder das gesamte bauliche Objekt. Es hat ja geheißen, wir seien nicht in den Ausschüssen vertreten. Ich war auch in der ersten Periode nicht in den Ausschüssen vertreten. Jetzt habe ich das Vergnügen im Kontrollausschuss zu sein. Der Kontrollausschussbericht wurde uns heute präsentiert. Mir geht allerdings Folgendes ab: Beim Rechnungsabschluss 2014, der geprüft wurde, gibt es bei den sonstigen Sachausgaben auch eine Steigerung von 47.000 Euro auf satte 70.000 Euro. Ich habe daraufhin die Aufstellung verlangt, warum sich das so erhöht hat, und die genaue Aufstellung dann bekommen. Hier haben sich teilweise Summen, die vorher im Plan waren, massiv verändert. Beim LFI waren im Plan 7.000 Euro, abgerechnet wurden aber mehr als 14.000 Euro.

Der Betrag hat sich mehr als verdoppelt. Bei den Zivildienern gab es einen Mehrbetrag von satten 3.529 Euro. Wir können über die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit ja diskutieren. Vielleicht erklärt ihr mir, warum es zu Änderungen bei der Kammerdirektion kam. Es gab hier einen Plan von 7.000 Euro, gebraucht hat man aber 12.000 Euro. Beim Präsidium brauchte man fast dreimal so viel: 2.500 Euro waren im Plan und über 7.000 Euro hat man gebraucht, eine Abweichung von insgesamt 4.814 Euro. Ich möchte wirklich wissen, ob dieses Jahr wirklich so eine Ausnahme ist und warum diese Beträge explodiert sind. Wenn ich auf meinem Betrieb mein Budget so plane und so drüberschieße, dann gäbe es mich wahrscheinlich gar nicht mehr. Der Plan steht ja wohl nicht per Gaudi da. Warum man so drüberschießt, vielleicht könnt ihr mir das einmal erklären.

Zur Steuerreform: Vorher hat es geheißen, man könne vielleicht doch bei der Steuerreform einiges gut machen, was wir bei den Ausgleichszahlungen verloren haben. Wir wissen ja, dass wir oft die großen Verlierer sind, etwa bei der Milch geht der Preis schon wieder dementsprechend nach unten. Die Kosten steigen laufend, das kennen wir und wissen wir alle miteinander. Wir können schon absehen, was wir unter dem Strich für ein Einkommen erzielen



werden können. Auch die Sozialversicherungsbeiträge werden steigen. Ich frage mich, wo wir dann bleiben. In der Zeitung hieß es, dass sich sogar Herr Schlederer schon Sorgen über die Schweine- und Rindermäster macht, weil sie die großen Verlierer seien. Es ist klar, die Nachbarn in Deutschland kaufen die Futtermittel mit 7 Prozent Mehrwertsteuersatz ein, wir zahlen künftig 13 Prozent. Es gibt dann die Empfehlung „Bitte im benachbarten Ausland einkaufen“. Wenn wir solche Auswege als Lösung präsentiert bekommen, dann halte ich das für einen Wahnsinn. Was mir noch viel mehr Kopfzerbrechen macht ist: Hoffentlich geht es uns nicht so wie bei den Spritzmitteln im Pflanzenschutz. Dort war man schnell da und hat schnell den freien Warenverkehr dementsprechend eingeschränkt mit Zulassungen etc. Hoffentlich wird es bei den Futtermitteln nicht auch so gehen. Herr Präsident, ich hoffe, dass du diesbezüglich auf der Hut bist. Wir unterstützen dich dabei entsprechend, dass hier nicht etwas in den Büschen lauert und diese Geschichte dann wieder den Bach runterschwimmen lässt. Ich hoffe, dass das nicht passiert.

Schade, dass bei der Steuerreform nicht mehr herausgekommen ist. Man sieht wieder, dass nicht recht etwas zustande gekommen ist. Es wurde viel versprochen, aber nichts zustande gebracht.

Zur Transparenzdatenbank: Der Bauernbund sagt, man möchte die Veröffentlichung und die Transparenz durch eine Klage abdrehen. Als die Transparenzdatenbank erstmalig eröffnet wurde, haben sich Leute vorne hingestellt und gesagt, das sei super, wir hätten ja nichts zu verbergen. Transparenz sei gut und ok und es sollen alle wissen, was die Bauern gerade an Ausgleichszahlungen und Förderungen – wie immer das bezeichnet wird – erhalten. Es verwundert mich jetzt, dass ihr plötzlich so energisch und zielstrebig arbeitet. Hoffentlich wird es auch bald geschehen, dass man die Veröffentlichungspflicht einstellt. Es muss ja auch jemand verstehen, für welche Leistungen die Bäuerinnen und Bauern das Geld bekommen. Die tun ja etwas für dieses Geld, dabei handelt es sich ja nicht um Geschenke. Wir als UBV waren etwas schneller dran und haben uns zwischenzeitlich dem Bayrischen Bauernverband angeschlossen und dort auch die Klage unterstützt, dass wir das einklagen. Wir haben leider Gottes nicht die finanziellen Mittel, die wahrscheinlich der Bauernbund hat. Wir werden heute noch einen Antrag einbringen, dass man für den Zwischenzeitraum bis die Transparenzdatenbank geschlossen und abgedreht wird, eine praktikable Lösung hat, und dass vielleicht manches nicht mehr so leicht geht, wie das jetzt funktioniert. Jetzt, das muss man ganz ehrlich sagen, bleibt ja derjenige der hineinschaut, anonym. Hier wird nicht unbedingt der Gleichheitsgrundsatz angewendet. Dazu gibt es heute noch einen Antrag von uns.

Jakob Auer ist leider Gottes wieder verschwunden. Ich frage mich, ob Jakob Auer ein Bauernvertreter oder ein Großindustrieller ist oder ein Konzernchef oder doch nur Diener von denen. Am 5. Mai gab es ein Interview von ihm in der Zeitung, ich habe es an diesem Tag nicht gelesen, weil ich an diesem Tag etwas anderes zu tun hatte. Er schreibt dort zu TTIP, dass das Chlorhuhn kein Problem sei. Es sei kein Problem, denn wenn jemand in einem Schwimmbecken schwimmt, wo Chlor drinnen ist, sei das ja auch kein Problem, und warum solle es daher kein Chlorhendl geben. Wenn man als Bauernvertreter so auftritt, wie werden denn dann die Verhandlungen ablaufen? Ich frage mich das schon. Wenn ich das so herunterspiele, das stört mich extrem und das ist tragisch.

KR Christine Seidl hat sich mit der Bodenqualität beschäftigt. Sie hat gemeint, wir hätten so tolle Böden und darum wird es wohl höhere Einheitswerte auch geben. Woher habt ihr die Zahlen, dass tatsächlich die Düngermengen zurückgegangen sind. Woher sind diese Zahlen, frage ich dich. Ich möchte gerne wissen, wo ihr diese Grundlagen her habt.

Wir wissen, dass die Viehbestände überall in die Höhe gegangen sind. Dadurch haben wir auch überall wesentlich mehr Dünger auf der gleichen Fläche. Nicht auf der gleichen Fläche, sondern die Fläche wird sogar jedes Jahr weniger, das wissen wir ja auch.

KR Bert Huemer hat erwähnt, dass das Kilo Schweinefleisch bei GVO-freier Fütterung 50 Cent mehr kosten müsste. Das kann ich mir nicht vorstellen, das musst du mir vorrechnen. Wir sollten uns das anschauen.

**KR Berthold Huemer:**

Diese Zahl stammt von Herrn Schlederer

**KR Hannes Winklehner:**

Ich sehe hier einen Sinneswandel. Es wundert mich, dass der Bauernbund jetzt die Gentechnik sehr befürwortet. Der junge KR Huemer hat sehr viel Elan. Ich bin mir sicher, dass du etwas in der Partei werden wirst. Bei deinem Verhalten kommst du sicher höher hinauf. Ich möchte dich gern einmal nach Freistadt einladen. Bitte komm' einmal, ich lade einige Bauern zusammen und du kommst und erzählst denen, was du heute hier erzählt hast. Ich wünsche dir viel Glück dabei. Dort sind aktive Landwirte daheim, die entsprechend noch Landwirtschaft betreiben.

In Sandl haben wir einen Kandidaten für die Ortsbauernschaft nominiert, den hat man bei der Wahl übersehen. Er hat zwar 18 ha Grund in Pacht und zahlt Sozialversicherungsbeiträge; der darf nicht zur Wahl gehen. Ich weiß nicht wieso, obwohl es ja immer heißt, dass es so genau bei der Wahl gehe. Andere, die drei Generationen hindurch schon keine Landwirtschaft mehr betreiben, die richtige Baugrund-Bauern sind, die dürfen aber wählen gehen. Ich lade dich ein zu einer derartigen Diskussion zu kommen.

**KR Margit Mayr-Steffeldemel:**

Ich hörte gestern abends kurz vor sieben die Sendung „G'sungen und g'spielt“. Dort wurde ein Stammtisch im Mühlviertel angekündigt. Der Inhalt dieses Stammtischs war das Thema Höflichkeit und die Frage, ob man Höflichkeit künftig noch braucht. Ich glaube sehr wohl, dass wir Höflichkeit brauchen. Die letzte und die heutige Vollversammlung sind für mich sehr erschütternd, was die Verhaltensweise betrifft. Hier wird hineingeschrien und alles Mögliche gerufen. Wir sind Bäuerinnen und Bauern, die auch eine Kinderstube hatten. Eine Grundvoraussetzung ist, dass man Respekt vor anderen hat, Leute ausreden lässt und nicht hineinschreit. Ich bin jetzt das zweite Mal bei einer Vollversammlung. Ich bin Vorstand in einem Wirtschaftsunternehmen, das den Bauern gehört und ich bin in sehr vielen Versammlungen und habe dort auch den Vorsitz. Oft sind dort 200 bis 500 Bauern. Ein Verhalten so wie hier und jetzt kenne ich von dort aber nicht, dass während eines Vortrags hineingeschrien wird. Wir haben einen Tagesordnungspunkt Allfälliges, wo man redet. Ich bitte euch, euch an diese Gepflogenheiten zu halten. Denn wenn das so weiter geht, muss man sich künftig fragen, ob man sich für so etwas überhaupt noch hergibt.

Heute ist schon sehr viel gesagt worden. Wir haben sehr viele Auflagen von gewissen Gruppierungen der Grünen. Das betrifft die Viehhaltung und auch andere Produktionen. NGOs und andere Gruppierungen machen uns sehr viele Vorschriften. Herr Kollege Stammler, das ist Ihre Partei, da sind Sie gefordert, diese Forderungen ins rechte Licht zu rücken, und dort zu erklären, wie wir unsere Tiere füttern und halten. Die Haltung ist sehr tiergerecht. Viele geben mir mit der Einschätzung recht, dass hier schon sehr viel übertrieben ist. Es wird im Bereich der Milchwirtschaft einen Milchpreisvergleich geben. Es wird dieser Preisvergleich gar nicht so einfach sein. Wir werden hier gleich mit Anrufen, dass das nicht stimmt, konfrontiert sein. Wahrscheinlich wird es diesen Milchpreisvergleich einmal im Jahr geben. Ich finde es richtig, dass hier von der Kammer Stellung genommen wird und die Zahlen und Fakten auf den Tisch

kommen. Wesentlich ist allerdings, wie sich künftig der Milchmarkt entwickeln wird. Ich bin schon lange Milchbäuerin, wir haben im Jahr 1994, ein Jahr vor dem EU-Beitritt, übernommen. (Zwischenrufe von der Tribüne)

Wir haben vor zwei Minuten über Höflichkeit geredet; es stört mich wirklich, wenn ich hier nicht in Ruhe reden kann.

Wir haben derzeit die schwierige Situation mit dem Russland-Embargo. Momentan sind auch die Chinesen beim Einkauf sehr verhalten. Mit unserem Rohstoff Milch sind wir an der Börse angelangt und Milch ist zum Spekulationsobjekt geworden. Ich hoffe für unsere Milchbauern, dass unsere Milch auch wieder gekauft wird. Die Anlieferung in Österreich ist nicht dramatisch hoch, EU-weit schaut das anders aus. Die Verhältnisse auf den Märkten ändern sich mittlerweile nicht mehr monatlich oder wöchentlich, sondern täglich. Die Iren erhöhen derzeit ihre Anlieferung. Wo ist die Schmerzgrenze, frage ich mich. Der Rohstoffwert beträgt derzeit 24,6 Cent, vor einem Jahr lag er noch bei 44 Cent. Der Rohstoffwert setzt sich zusammen aus den Komponenten für Magermilchpulver und Butter. Die Russen erschweren den Import von Milchprodukten, ich glaube nicht, dass hier sehr schnell eine Änderung erfolgen wird. Eine finnische Molkerei entlässt aktuell gerade 320 Mitarbeiter einfach deswegen, weil sie nicht nach Russland exportieren kann. In Holland und in Norddeutschland nimmt die Milchproduktion zu. Teilweise sind die Märkte gesättigt, das Kaufverhalten ist gesättigt. Die Kühlschränke sind ja bei allen voll. Wie werden wir uns dem künftig stellen? Wir haben in Österreich gute Marken, andererseits verfügt der Handel aber schon zu 60 Prozent über Eigenmarken und dieser Marktanteil wird ständig mehr. 2008 war das Verhältnis 40:60 von Marken zu Eigenmarken, jetzt hat sich das schon umgedreht. Es gibt den Wahnsinn mit den Rabattpickerln, den die Handelsketten führen. All das kommt auf uns zu. Der Handel sagt, er würde die 15 bis 20 Prozent nicht zahlen, sondern das müssen die Zulieferer übernehmen. Wir müssen uns nach der Decke strecken. Wir sind als Wirtschaftsunternehmen eine Genossenschaft in Bauernhand, wir müssen an Hand der Zahlen entscheiden. Es tut mir immer leid, wenn der Milchpreis heruntergeht. Momentan ist auch mit 30 Cent nicht wirtschaftlich zu agieren. Der deutsche Milchkontor zahlt derzeit 26,7 Cent. Von dort wird der Markt mit noch günstigerem Rohstoff bedient. Es wird das alles immer schwieriger werden. Ich hoffe, dass sich die Zeiten wieder ändern und dass auf den Spekulationsmärkten auch wieder gekauft wird. Ähnlich ist die Situation auch bei der Energie. Es wurden die IG Milch und die Freie Milch angesprochen. Die haben sich irgendwann verselbstständigt und gesagt, sie könnten es selbst besser. Bei einer Versammlung wurde mir diesbezüglich sogar einmal vor die Füße gespuckt. Sie haben gesagt, sie könnten den Rohstoff vermarkten und einfach frei nach Italien verkaufen. Am SpotMilchmarkt betrug vor einer Woche der Preis 1 bis 5 Cent für Magermilch und 12 Cent für Vollmilch. Ich habe dafür keinen Spott, mir tun die Bauern leid, die diese Milch produzieren. Diese Leute haben uns aber erklärt, sie wollten uns zeigen wie das geht und sie haben letztlich eben die Markterfahrung gemacht.

Ich ersuche nochmals um eine gute Kinderstube, was den Umgang miteinander betrifft, auch im Hinblick darauf, dass wir auch künftig Vertreter für die Landwirtschaft brauchen.

#### **KR Johann Hosner:**

KR Winklehner hat vom Kontrollausschuss berichtet. Mit KR Ganglmayr als Vorsitzendem haben wir – so habe ich den Eindruck – eine recht gute Gesprächsbasis. KR Winklehner dagegen hat gleich hier wieder geschürt und gemeint, das und jenes sei nicht in Ordnung. Es wurde ja alles auch eingehend diskutiert und es wird uns sicher bei der nächsten Kontrollausschusssitzung erklärt werden, warum die eine oder andere Position sich so darstellt. Du hast auch einiges nicht erwähnt. Bei der Kostenstelle Personal wurden 43 % des Planwertes für sonstige Sachausgaben nicht ausgeschöpft, bei den Bezirksbauernkammern haben zB. Braunau und Eferding ihre Budgetwerte für sonstige Sachausgaben nicht ausgeschöpft, Freistadt hätte dort 700 Euro Budget gehabt, hat aber per Saldo 64 Euro

eingenommen. Wie das zustande kam, wird man uns auch erklären. Es gibt viele Sachen, die man sich im Kontrollausschuss anschauen und ausdiskutieren kann. Zivildienst ist sehr sehr wichtig für die Landwirtschaft. Uns wurde mitgeteilt, dass wir auch mehr Zivildienster haben. Wir haben in Ausrüstung investiert, wir brauchen Verpflegung bei Einschulungen. Wir sind um jeden jungen Mann froh, der bereit ist, hier in der Landwirtschaft den Zivildienst zu machen. Diese Ausgaben lassen sich sicher rechtfertigen.

KR Graf sagt immer, wir bräuchten Bauernvertreter. Der Bauernvertreter eurer Partei im Nationalrat ist Herr Harald Jannach. Dieser Herr Jannach hat den Betrieb verpachtet. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. Auf einem Prospekt der FPÖ heißt es „Liebe deinen Nächsten“. Ihr erklärt dann, wer für euch „die Nächsten“ sind. Worum kümmert ihr euch? Ihr kümmert euch um die Armen, die Hilfs- und Pflegebedürftigen, um die kleinen Leute, die Arbeitnehmer, den Mittelstand, Pensionisten usw. Das Wort „Bauer“ oder „Landwirt“ kommt bei dieser Werbung bei euch überhaupt nicht vor. Auch auf der Homepage findet sich das überhaupt nicht. Vielleicht könnt ihr von der FPÖ auch einmal sagen, dass der Bauernstand für euch Bedeutung hat. Euer Chef Strache sagt, wir seien Förder-Weltmeister und er wolle, dass die Förderungen halbiert werden. Du, Herr KR Graf, solltest hier entsprechend agieren, dass derartige Aussagen abgeschwächt werden.

Ich bitte dich dafür einzutreten, dass auch bei euch der Bauernstand und die Landwirtschaft entsprechende Bedeutung hat.

#### **KR ÖR Johann Großpötzl:**

Tschechien und die Slowakei denken wieder laut darüber nach, neue Atomkraftwerke zu bauen. Was hat das mit Landwirtschaft zu tun? Alle neun Umwelt-Landesräte in Österreich haben gefordert, als Gegenmaßnahme den Tschechen und Slowaken die Agrarförderungen inklusive der Gelder für die Ländliche Entwicklung zu streichen. Wie kann man nur auf einen solchen Gedanken kommen? Die Bauern dort sind unsere Kollegen; genau solche Bauern wie wir hier sind, gibt es dort ja auch. Wir haben schon Praktikanten von beiden Ländern gehabt. Die stehen genauso auf Förderungen an wie wir. Man kann es nicht machen, dass man die Bauern dort derart belastet, das wäre existenzgefährdend für die Betriebe genauso wie für uns so etwas existenzgefährdend wäre. Herr Landesrat Hiegelsberger, ich ersuche dich, hier diesbezüglich auf deinen Kollegen, den Umwelt-Landesrat, einzuwirken. Egal wo die Bauern daheim sind, so etwas kann man nicht machen!

Der Präsident hat die Mehrkosten von GVO-freiem Soja angesprochen, die am Markt nicht lukriert werden können. Der ältere Kammerrat Huemer hat gemeint, dass man bei den Schweinen 50 Cent Mehrkosten hätte. Ich frage mich, wie viel wir Mehrkosten bei der Milch haben, wenn wir 50 Cent Mehrkosten bei den Schweinen haben. Es ist nie davon gesprochen worden, was wir echt an Mehrkosten bei der Milch haben. Von den Milchbauern wurden die Mehrkosten der GVO-freien Fütterung geschluckt. Man kann diese Beträge am Markt nicht aktivieren.

Wir hatten heuer eine fünfzehntägige Exkursion – meine Frau und ich waren in einem sehr guten Milchgebiet. In einem Markt haben wir fünf Fruchtjoghurts gekauft. Die Preisspanne der Fruchtjoghurts lag zwischen 29 und 69 Cent. Das teuerste mit 69 Cent war von Danone und nicht gentechnikfrei. Ich habe mich gefreut, dass ein Joghurt von Österreich dabei war. Das österreichische Produkt war gentechnikfrei, es hat 29 Cent gekostet. So kann es aber nicht sein. Das nicht gentechnikfreie Joghurt kostet 69 Cent, das gentechnikfreie nur 29 Cent. Offenbar ist die Gentechnikfreiheit am Markt nicht das wert, was man ursprünglich geglaubt hat. Am Markt wird dafür nichts lukriert. So sind derzeit die Tatsachen.

Ich habe eine Enkelin im Kindergarten. Im Kindergarten wurde eine AMA-Broschüre über Heumilch ausgeteilt. In der ganzen Gegend bei uns gibt es keine Heumilch, ich frage mich, ob

das wirklich so sein muss. Ist denn die andere Milch nicht mehr normal oder genusstauglich? Schon im Kindergarten beginnt man auf die Heumilch hinzuweisen. In 20 bis 30 Jahren wird vermutlich nur mehr Heumilch getrunken werden, aber wir können ja nicht alle Heumilch produzieren. Wer von den Milchbauern hier herinnen produziert denn Heumilch? Offenbar keiner. Mit einer derartigen Werbestrategie sind wir sicher am falschen Dampfer. Ob der AMA-Beitrag hierfür gerechtfertigt ist, ist da auch ein Thema.

Präsident Schultes hat allen Kammerräten die Broschüre geschickt „Qualität ist unsere Kraft“. Das Thema ist legitim, alle Länder glauben, sie seien die Besten. Die Bayern meinen, sie seien die Besten, die Südtiroler ebenso, die Schweizer auch. Natürlich glauben wir das auch von uns und es wäre auch blöd zu sagen, wir seien die Schlechtesten. Gutes Selbstbewusstsein schadet ja nicht. Bei der Broschüre wird im Detail auf Folgendes hingewiesen: Das Faktoreinkommen hat sich von 1995 bis 2014 folgendermaßen verändert: Es gab 1995 ein Faktoreinkommen von 2,286 Milliarden Euro und in diesem Betrag waren die landwirtschaftlichen Förderungen dabei. Im Jahr 2014 waren es 2,249 Milliarden Euro, somit nominell weniger als vor 20 Jahren. Ich nehme an, dass diese Zahlen stimmen. Schultes wird ja nicht falsche Zahlen herausgeben. Und das macht mich auch etwas traurig, ich bin jetzt die fünfte Periode hier in der Vollversammlung. Wenn wir mit all unserer Arbeit hier das erreicht haben, dann kann man nicht von einem durchschlagenden Erfolg reden. Wenn alle Bauern miteinander weniger verdienen, als vor 20 Jahren, so ist das ja kein Erfolg.

Mir gefällt der Vorschlag von KR Norbert Ecker gut, eine Klausur für den Pflanzenbauausschuss zu machen. Wir von der Vollversammlung haben noch nie eine Klausur gehabt, wo man ohne Hickhack arbeiten, Vorschläge machen und schauen kann, dass man von den schlechten Zahlen wegkommen kann. Wir müssen uns ja das Ziel setzen, in fünf oder zehn Jahren da oder dort zu sein. Andere Berufsgruppen machen sich Ziele und erreichen sie auch. Wir müssen uns Ziele setzen, keine utopischen, sondern realistische, die wir erreichen sollen. Dann hat es einen Sinn, dass wir arbeiten. In Österreich gibt es Tausende Gremien, die sich mit der Landwirtschaft auseinandersetzen und dann haben wir den Erfolg von sinkenden Faktoreinkommen. Am Ende des Tages muss unter dem Strich etwas übrig bleiben, sonst ist vieles sinnlos. Der junge KR Huemer agiert in der Vollversammlung so wie vor 24 Jahren Leo Steinbichler als Junger agiert hat. Die beiden ähneln sich hier durchaus.

#### **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Bei den Zivildienern haben wir eine Steigerung von 19 Zivildienern auf 25 Zivildienere und daher gab es auch höhere Kosten. Auch beim Düngerverbrauch habe ich mir die genauen Zahlen der letzten 20 Jahre geben lassen, die Zahlen stammen von der AMA: In Österreich gab es beim Stickstoff ein Minus von 20 %, beim Phosphor minus 50 % und bei Kali minus 50 % in den letzten 20 Jahren. Ich habe hier auch die exakten Zahlen für jedes Jahr. Man soll sich bei Aussagen zu diesen Themen auch an das halten, was Tatsache ist.

#### **KR Josef Kogler:**

Wir hatten gestern eine sehr interessante Arbeitstagung zum Thema Boden. Nur KR Winklehner hat sie offenbar verschlafen: Obwohl er hier war, weiß er nicht genau, worum es geht. Es ist uns attestiert worden, dass in Oberösterreich der Boden in Ordnung ist, dass der Humuszuwachs vorhanden ist und dass wir trotzdem auch in Quantität und Qualität Probleme haben. Wir haben Probleme vor allem in der Raumordnung. Gestern wurden ja auch Beispiele aus meinem Bezirk erwähnt. Die Umfahrung Gmunden ist hier ein abschreckendes Beispiel. Man sollte daraus lernen, damit solche Dinge künftig nicht mehr passieren. Seit etwa 10 Jahren habe ich einen Urlaub-am-Bauernhof-Betrieb in St. Wolfgang und habe ca. 160 Vollbelegstage. Wir haben sehr internationale Gäste. Sehr viele unserer Gäste sind an der Landwirtschaft interessiert. Ich höre verstärkt Forderungen auch von Gästen aus

Österreich und Oberösterreich, dass Leute künftig darüber mitbestimmen wollen, was mit unserem Grund und Boden passiert. Das kann ich mir als Bauer und bäuerlicher Vertreter nicht vorstellen. Grund und Boden ist das heiligste Gut in der Landwirtschaft. Es darf uns künftig nicht passieren, dass andere die Verantwortung für unseren Boden übernehmen und uns erklären, was wir auf unserem Grund und Boden zu tun haben.

Am kommenden Sonntag gibt es den Familienwaldtag. KR Franz Kepplinger hat das ja heute auch schon erwähnt. Bitte macht alle noch Werbung dafür.

Vom 31. März auf 1. April d. J. hat es das Sturmereignis Niklas gegeben. Dadurch ist sofort der Preis von Fichte und Tanne unter Druck gekommen. In unserem Bundesland gibt es nicht nur Bäuerinnen und Bauern und Forstbetriebe, die mit Fichte und Tanne zu tun haben, sondern auch Forstbetriebe, die mit Buche zu tun haben. Ich bin in der glücklichen Lage, viel mit Buchenholz zu tun zu haben. Das Buchenbrennholz lässt sich gut verkaufen. Beim Buchenholz als Faserholz und im gemischten Angebot ist allerdings der Preis seit Jahren unter Druck und nicht ausreichend. Wir sind hier alle miteinander aufgefordert, Änderungen zu bewerkstelligen. Der Buchenpreis muss künftig in die Höhe gehen. Das ist wieder ein Thema, das über den Konsumenten geht. Leider Gottes ist es in erster Linie der Möbelindustrie zu „verdanken“, dass der Buchenholzpreis so niedrig ist. Es werden fast keine Möbel mehr aus Buchenholz gemacht. Es gibt einen neuen Versuch, das Buchenholz im Holzbaubereich einzusetzen, hier muss allerdings noch heftig und bestens gearbeitet werden, damit das auch gelingt.

Zur Steuerreform: Die Registrierkassenpflicht trifft besonders auch die Direktvermarkter und wahrscheinlich auch Urlaub-am-Bauernhof-Betriebe. Ich ersuche das von uns fernzuhalten und alles zu versuchen, das aus der Reform herauszubringen.

Die Transparenzdatenbank wurde heute schon viel erwähnt. KR Winklehner hat gemeint, vor Jahren hätte jemand von uns gemeint, das sei uns alles egal. Ich kann mir das nicht vorstellen, dass das tatsächlich so war. Es kann uns das nicht egal sein. Ich appelliere auch hier an das Miteinander, wir dürfen uns hier nicht auseinanderdividieren lassen. Wir brauchen die Transparenzdatenbank nicht, sie schürt unter allen nur Neid und das ist das allerschlimmste, das es für uns geben kann.

Ich danke KR Margit Mayr-Steffeldemel für ihren Hinweis, dass hier in diesem Haus ein normaler Umgang miteinander nötig ist und sich gehört. Nur so können wir Themen gut besprechen. Zu schüren und von hinten hier zu stören, das bringt uns allen miteinander nichts.

Jungbauern-Obmann KR Johannes Huemer ist aus unserem Bezirk. Er ist einer, wie wir ihn in der Zukunft brauchen, er vertritt die bäuerliche Meinung. Er hat hier das Miteinander angeboten, und das ist ganz wichtig. Ich danke dir hier für deine heutige Wortmeldung.

Frau KR Hemetsberger hat die Vollversammlung offenbar schon verlassen. Ich weiß nicht warum, vielleicht ist ihr das Dreinschreien des UBV schon zu viel geworden. Frau KR Hemetsberger hat in der Kammerzeitung „Der Bauer“ ihren Kommentar dazu hergenommen, wieder einmal gegen andere Fraktionen zu schimpfen und zu maulen. Man könnte für den Kommentar ja ein agrarisches Thema hernehmen und sich damit beschäftigen. Stattdessen stellt sie die Lüge auf, der Bauernbund sei gegen den Agrardiesel. Kein Mensch vom Bauernbund ist gegen den Agrardiesel, vielmehr wurde immer darauf gedrängt, den Agrardiesel durchzubringen. Vor nicht allzu langer Zeit haben oberste Vertreter des Bauernbundes den Agrardiesel durchgebracht, später ist er dann wieder weggefallen. Hoffentlich gelingt es bei der Steuerreform auch in diesem Punkt zu einer Lösung zu kommen. Interessant ist, dass KR Hemetsberger in diesem Artikel schreibt, dass alle Auswirkungen die ehrenamtlichen UBV-Funktionäre treffen würden. Tatsache ist aber, wenn es Auswirkungen

für den Bauernstand gibt, dann trifft es nicht nur UBV-Funktionäre, sondern auch den blauen, schwarzen, grünen oder roten Bauern in gleicher Weise. Heute wurde schon viel über Zusammenarbeit gesprochen, und man sollte das auch vorantreiben.

Ich schliesse mich auch dem Vorschlag von KR Großpötz betreffend einer Klausur an, um damit die Zusammenarbeit für unsere Bauern und Bäuerinnen zu stärken.

Herr KR Ing. Graf, ich schätze dich sehr als Kammerrat. Du bist einer derjenigen, der für die Bäuerinnen und Bauern viel weiter bringen will. Im Burgenland gibt es eine neue Landesregierung aus SPÖ und FPÖ. Das Papier über die Zusammenarbeit besteht aus 36 Seiten, davon hat offenbar 3 Seiten die FPÖ mit dazugeformt. Das Wort Landwirtschaft kommt in diesem Regierungsübereinkommen nur ein einziges Mal vor.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

KR Franz Graf hat sich zu einer Richtigstellung noch einmal zu Wort gemeldet. Die maximale Redezeit dafür beträgt drei Minuten.

**KR ÖR Ing. Franz Graf:**

Es ehrt mich ganz besonders, dass sich die direkten Ansprachen an mich in den Wortmeldungen häufen. Jung-KR Huemer, ich gestehe zu, dass ein junger Kammerrat hier seine Rolle sucht und zu bestimmen versucht. Du glaubst, du hast sie schon damit gefunden, indem du so agierst wie du vorhin agiert hast, nämlich die Opposition zu kommentieren und zu kritisieren. Du machst das in einer ausgefeilten Form. Mein Zugang ist allerdings folgender: Wenn ich hier heraußen stehe nehme ich Bezug auf die Arbeit der Landwirtschaftskammer und sage meine Meinung dazu, wie die Kammer agieren sollte und was sie vertreten sollte, etc. Ich glaube, dass das kein schlechter Ansatz wäre, wenn wir uns hier herinnen darauf verständigen können. Natürlich ist völlig klar, dass um uns herum draußen Parteipolitik in den verschiedensten Institutionen und Körperschaften geschieht. Dann und wann muss man auch auf Regierungsbeschlüsse Bezug nehmen. Aber ich weiß nicht, ob es gescheit ist, jede beliebige Abgeordneten-Meldung zu zitieren. Die Opposition ist nicht dafür verantwortlich zu machen, wie die Situation der Landwirtschaft ist. Das wäre schon zu weit hergeholt. Es gibt eine Regierung, die das zu verantworten hat und die die Beschlüsse dazu zu fassen hat. Ich sehe es nicht so, dass die Regierung nur von der Opposition getrieben wird und selbst gar nicht handeln kann.

Du hast die Neonicotinoid-Geschichte explizit angesprochen. Es ist interessant, dass ein junger Mann wie du zu so alt verzapften Hilfsmitteln wie Taferln greift, das finde ich irgendwie wieder spannend. Wir haben hier herinnen sehr viel über Neonicotinoide diskutiert. Es ist hier wirklich sehr viel blöd gelaufen, allerdings ist der damalige Minister das auch sehr blöd angegangen. Er hat im Inland gemeint, der EU-Standpunkt, eine Überprüfung vorzunehmen, sei nicht gut und man möchte es in Österreich so haben wie bisher. Wenn es unterschiedliche Meinungen gibt und er als Minister lehnt eine Überprüfung ab, dann ist er schlecht beraten, wenn er sagt, er wolle das nicht. Das war ja seine erste Position. Ich brauche nicht erwähnen, dass sich unser Klub hier nicht durch Sachlichkeit und Fachlichkeit ausgezeichnet hat, die Personen waren dort aber in guter Gesellschaft, und haben zwischenzeitlich auch dazugelernt.

Auch die Förderungen werden ähnlich diskutiert. Es heißt immer wieder, Strache wolle die Förderungen halbieren. Tatsache ist aber, dass Strache von allen Förderungen spricht und nicht bloß von Landwirtschaftsförderungen. Diese sind ja oft auch Ausgleichszahlungen. Es gibt viel mehr nichtlandwirtschaftliche Förderungen als landwirtschaftliche Förderungen und natürlich ist es gut, dass wir die agrarischen Förderungen haben. Es heißt, man könnte

Förderungen halbieren, wenn man sie auf den Prüfstand stellt. Natürlich müssen wir uns gefallen lassen, dass man Förderungen auf den Prüfstand stellt.

Zu den burgenländischen Verhandlungen kann ich nichts sagen. Das Ergebnis war wohl nicht die tiefblaue Handschrift. Hier herinnen will ich mich auch nicht mit burgenländischer Landespolitik beschäftigen. Es geht hier darum, die Situation der Landwirtschaft zu bewerten. Wenn ihr der Meinung seid, die Situation der Landwirtschaft in Österreich und Oberösterreich sei in Ordnung, dann ist das euer Diskussionsstandpunkt.

**KR Clemens Stammeler:**

Ich halte mich kurz, sonst wird das Teichfest eine Abend-Gala.

KR Johannes Huemer, ich finde es gut, dass du engagiert bist und sagst, was du dir denkst. Es wäre aber gut, im Vorfeld etwas besser zu recherchieren. Im Papier von Bruno Rossmann zur Erbschaftssteuer waren familiär geführte landwirtschaftliche Betriebe ausgenommen. Ich weiß das ganz genau, weil ich dieses Dokument vorher schon als Mail gehabt habe. Ich möchte mich hier herinnen auch nicht jedes Mal für irgendwelche Aussagen von irgendwelchen Parteikollegen rechtfertigen müssen. Ich glaube auch, dass Präsident Reisecker sich nicht für Aussagen des Industriellen-Präsidenten Pöttinger rechtfertigen will. Der hat ja gemeint, man bräuchte 50 Hektar Industrie in jedem Bezirk, und das in einer Zeit, wo jeder sich gegen das Zubetonieren ausspricht.

Zum Kammerwahlrecht: Es war tatsächlich ein Allparteienbeschluss allerdings vor meiner Zeit und auch vor deiner Zeit. Das Kammerwahlrecht ist sicher besser geworden als das vorherige. Nur weil man ein Gesetz einmal reformiert, heißt das ja noch nicht, dass man es nicht auch künftig reformieren könne und es nicht noch etwas Besseres gibt.

Zu den Einbrüchen in Ställe werden wir heute noch einmal kommen. Ich habe gar nicht gewusst, dass Martin Balluch für die Grünen einmal irgendwo kandidiert hat. Anscheinend ist er da nicht sehr weit gekommen. Ich bin auch nicht dafür verantwortlich, auf den Balluch aufzupassen. Es gibt einen ÖVP-Politiker, der sogar gewählt wurde, und den wir Richtung EU geschickt haben, er hat Strasser geheißen. Ich komme nicht auf die Idee, jeden ÖVP-Politiker als korrupt und kriminell zu bezeichnen, nur weil ein Strasser in euren Reihen war.

KR Lederhilger, selbst die COPA hat schon das Modell einer Vollkostenrechnung anzudiskutieren versucht, das ist nicht nur ein grünes Hirngespinnst. Auch im Entschließungsantrag des EU-Parlaments vom Dezember 2013 ist es im Prinzip ähnlich drinnen gestanden. Dort werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Erzeugerverbände zu gründen, um die Verhandlungsposition der Milchbauern vor allem beim Festsetzen der Milchpreise zu stärken.

Herr KR Großpötzl, soweit ich hier informiert wurde, wurde von den Umwelt-Landesräten Österreichs ein EU-Förderstopp für das geplante britische Atomkraftwerk Hinkley-Point gefordert. Nach meinen Informationen betrifft das ausschließlich Förderungen für die Atomlobby bzw. für Atomkraftwerke.

**Landesrat Max Hiegelsberger:**

Es mag ja angenehm sein, sich hier in den Wortmeldungen intensiv mit der Vergangenheit zu beschäftigen und sich mit einigen Politikern zu beschäftigen. Interessenvertretung ist das allerdings nicht. Es geht für uns um Bereiche, die wesentlich für die Landwirtschaft sind. Alle die hier herinnen sind, haben zuhause einen Hof, wissen, um was es geht, wissen, was bewirtschaften heißt, und wie Betriebe zu führen sind. Aus diesem Aspekt heraus haben wir auch die Kammer-Vollversammlung zu sehen. Der oberösterreichische Weg ist, gemeinsam



die tatsächlichen Themen und Aufgaben zu sehen und dieser Weg hat uns auch im Landtag und der Regierung stark gemacht hat.

Ich komme gerade von der Spatenstichfeier für das ABZ in Hagenberg. Dafür sind gesicherte Landesfinanzen Voraussetzung. Nur mehr Tirol und Vorarlberg sind in einer besseren Situation als Oberösterreich, dann ist es mit guten Finanzen in den Bundesländern vorbei. Kärnten ist de facto betriebswirtschaftlich betrachtet konkursreif. Gäbe es keinen starken Verbund unter den Bundesländern wäre Kärnten im Konkurs. Wien hat eineinhalbmal so viel Schulden wie ihr eigenes Budget, Salzburg hat enorme Schulden, wir dagegen ein gesichertes Umfeld. Ich weise darauf hin, weil geordnete Finanzen auch die Agrarpolitik in Oberösterreich sicherstellen. Wir brauchen ein Budget für die Forderungen, die immer wieder da liegen, und die Probleme sind ja nicht einfach.

Verantwortung übernehmen ist immer etwas anderes als etwas zu fordern, was ich selbst nicht verantworten muss. Manchmal kommt es einem so vor, dass einige hier so agieren. Ob das längerfristig richtig ist, wird sich ja weisen.

Einige Themen schlagen in der Landwirtschaft immer wieder ganz intensiv auf, etwa das Thema TTIP. Es ist schon spannend, in welcher Dimension dieses Thema diskutiert wird. Ich bin mir gar nicht sicher, ob manche Diskutanten mehr Informationen als das haben, was in der Kronen-Zeitung dazu steht.

Das Wein- und Bioäquivalenzabkommen mit den USA gibt es ja bereits. Wir diskutieren hier anscheinend oft im luft- und geistfreien Raum. Wir müssen auch wissen, was für Oberösterreich am Spiel steht. Wir haben eine enorme Exportaktivität und natürlich kann man sagen, wir bräuchten das nicht. Jeder zweite Arbeitsplatz in OÖ hängt am Export.

Und auch die Landwirtschaft ist sehr viel auf den Export angewiesen. KR Margit Mayr-Steffeldemel hat ja als Vorstandsmitglied eines großen Molkereiunternehmens das bereits aufgezeigt. Wir sind zwar alle sehr schnell mit zusätzlichen Auflagen, meistens kommt das aus der Ökologieecke. Inzwischen sehen wir, dass mit jeder zusätzlichen Auflage in OÖ Betriebe aus der Produktion vertrieben werden. Wir verlieren damit Kapazität. Ich frage mich, ob eine Eigenproduktion auf hohem Niveau als gesamtgesellschaftliches Interesse überhaupt gesehen wird, oder möchte man nur der Schönste und der Beste sein und in Schönheit sterben? Wir sehen das auch ganz intensiv im Biobereich. Immer mehr Betriebe steigen auch in OÖ aus der Bioproduktion aus, in Deutschland mittlerweile auch große Ackerbaubetriebe mit dem Argument, man könnte hier nichts mehr verdienen. Diese Betriebe stellen dann wieder um auf konventionelle Betriebsweise. Es ist schade, dass Betriebe nach 15 oder 20 Jahren wieder aussteigen, mit dem Argument, es würde sich nicht mehr rechnen. Ich habe aber keinen Konsumentenschutz-Landesrat gesehen, der zum Handel gegangen ist und dem Handel erklärt hat, es sei hier für die Betriebe nichts zu verdienen. Wir müssen die Spirale umdrehen; wir müssen uns fragen, ob es Konsumenten gibt, die die Waren kaufen und zu welchen Preisen sie bereit sind zu kaufen. Erst dann kommt die Landwirtschaft und wird gefragt, ob sie das auch zu diesen Bedingungen produzieren kann.

Es gibt Leute die sagen, wir müssen GVO-frei sein. Die Frage ist, ob es dafür auch einen Markt gibt. Ob wir GVO-freies oder GVO-verändertes Soja einsetzen, ist eigentlich zweitrangig, die primäre Frage ist, ob es dafür einen Markt gibt. Und das sind viel spannendere Themen als in der Vergangenheit nachzutrübeln und darüber nachzudenken, was vielleicht beim Kammergesetz beim letzten Mal nicht funktioniert hat. Das bringt uns in der Agrarpolitik nicht vorwärts.

Ein wichtiges Thema ist auch das Thema Aufklärung: Ich habe noch keine andere Fraktion gesehen, die sich Gedanken darüber gemacht hat, wie man die Gesellschaft darüber aufklären kann, wie Landwirtschaft tatsächlich funktioniert. Keine andere Fraktion fragt die Gesellschaft, ob es wichtig ist, eine gesicherte Eigenproduktion zu haben. Schaut euch an, was die nordafrikanischen Staaten oder die Staaten am Persischen Golf an Geldern aufwenden, um wenigstens einen Bruchteil dessen was sie an Nahrungsmitteln brauchen, selbst produzieren zu können. Bei mir war der irakische Wirtschaftsminister im Büro. Wir versuchen diese Kontakte zu verstärken. Der Irak importiert 700 Mio. Tonnen Futtermittel pro Jahr, damit ein gewisser Bruchteil der Ernährung für die Bevölkerung sichergestellt werden kann. Für uns stellt sich die Frage, was wir daraus lernen können. Das sind Themen, die mich betreffen. Da geht es um den Lebensmittelabsatz. Ich war kürzlich bei der Tuttofood in Mailand und es gab da auch viel über Marktbearbeitung und Präsentation zu sehen. Wir müssen uns dem ganz intensiv stellen. Wir können hier alles Mögliche diskutieren und uns gegenseitig zwischen den Fraktionen angreifen. Fraglich ist, ob das tatsächlich jemandem hilft. Wichtiger ist zu überlegen, wie wir künftig auf den Märkten präsent sein können.

Die IG Milch hat ja einen ganz interessanten Vorschlag gemacht und gemeint, wir sollten einfach die Milchproduktion reduzieren. In Zeiten des Binnenmarktes ist das ein durchaus interessanter Vorschlag. Das würde weder einem bäuerlichen Betrieb noch der Volkswirtschaft irgendetwas nutzen. Wir haben jetzt die Kirschernte, in Oberösterreich haben wir etwa 36 ha Premiumkirschen. Die Schartener Kirschenbauern können die Nachfrage nicht erfüllen. Wir haben Regionalität als sehr starken Bezug für Kaufentscheidungen, es heißt, dass Regionalität bei Umfragen alles schlägt. Für eine Handelskette sollen Mehle zu 100 % aus oberösterreichischem Getreide hergestellt werden. Das geht derzeit ja teilweise aus Qualitätsgründen gar nicht. Über dieses Thema Regionalität sollten wir viel mehr nachdenken und etwas zustande bringen.

Natürlich braucht jeder Betrieb seine Unterstützung. Uns wäre es allen viel lieber, wenn wir Marktpreise hätten und keinen öffentlichen Ausgleich brauchen würden. Diese Gebiete haben wir in Oberösterreich nicht flächendeckend, wo es vielleicht ohne Ausgleich bei entsprechenden Preisen funktionieren könnte. In benachteiligten Regionen geht das auf keinen Fall. Hintergrund ist eher folgender: Können wir mit unserer Agrarpolitik künftig junge Menschen gewinnen, Landwirtschaft weiter zu betreiben? Dafür brauchen wir verstärkt Antworten und auch Antworten im Bereich des Tierschutzes und des Pflanzenschutzes. Das was Norbert Ecker angeregt hat, ist genau der richtige Weg. Diese gesellschaftlichen Themen sind inzwischen so relevant und werden so abseits jeder Norm diskutiert, dass es schon sehr mühsam ist, die Dinge richtig aufzuzeigen. Nur mehr eine Art biologische Landwirtschaft wird zum Maß aller Dinge erhoben. Wir brauchen aber alles andere auch. Bei den Ernten von Mais haben wir ja gesehen, dass auch Biogasanlagen bereits überlegen, mycotoxinverseuchten Mais nicht mehr einzusetzen, weil damit die Biologie in den Anlagen zusammenbricht. Die Frage ist immer, wofür wir denn die Märkte haben. Hier herinnen müssen wir uns viel intensiver mit dem auseinander setzen, was auf einen Betrieb alles Einfluss hat. Das ist nicht nur die Agrarpolitik, das ist nicht nur die Interessenvertretung, das sind viel stärker gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, die sehr viel auf den Betrieben vorgeben. Das wäre ein sehr interessantes Thema. Ich lade ein, sich dem zu stellen.

Zum Thema Beize: Es ist schon spannend, wie die Neonicotinoide und Bienenproblematik diskutiert wurden. Ich danke Peter Frühwirth und Christian Krumhuber sehr herzlich für die Broschüre „Symbiose“. Darin wurde aufgezeigt, in welcher fachlichen Qualität man sich dem Thema nähern kann. Beim Neonicotinoid werden durch die Beize von 10.000 m<sup>2</sup> Fläche genau 60 m<sup>2</sup> behandelt. Da muss man sich schon fragen, ob die Beize in der Gesamtauswirkung nicht das ökologischere Produkt wäre. Das darf man aber nicht diskutieren, weil diese Diskussion gesellschaftlich nicht opportun ist. Derartige Auswirkungen sind oft wesentlich schwerwiegender als irgendwelche Änderungen bei öffentlichen Mitteln. Weder mit Förderung

noch mit der Agrarpolitik können wir etwas bewirken, wenn die Gesellschaft etwas will, was sonst nicht mehr erfüllbar ist.

Ich wünsche der Vollversammlung alles Gute für die Aufgaben, die vor uns liegen, wenn es gilt, für das Agrar-Bundesland Nr. 1, das wir in Oberösterreich sind, zu arbeiten.

**KR Karl Keplinger:**

Ich hätte mir den Verlauf der heutigen Vollversammlung etwas anders vorgestellt. Es gibt hier diesen Jung-Kammerrat Huemer, der auf den Putz haut und uns erklärt, wir würden alles falsch machen. Mich wundert aber, dass dieser Kammerrat bereits bei der ersten Vollversammlung gegen den Agrardiesel gestimmt hat. Der Bauernbund hat ja einige Leute ausgetauscht, mit dem Argument, man brauche Leute, die nicht überall mitstimmen. Eines der Opfer des Bauernbundes war der frühere Kammerrat Weinzinger. KR Kogler, wenn du dich nicht erinnern kannst, wie du abgestimmt hast, dann lies dir das Protokoll. Auch beim Parlament hat Auer namentlich bei der Abstimmung über den Agrardiesel mit nein gestimmt. Alle Bauernbund-Abgeordneten haben da mit nein gestimmt. Bei jeder Wahl sagt ihr aber, dass ihr den Agrardiesel wollt und letztes Mal habt ihr gesagt, ihr wolltet ihn nicht mehr umsetzen. Wir haben gemeint, dass wir das Thema bei der Landtagswahl nicht mehr haben. So macht man – Herr Huemer – nicht ehrliche Politik. Uns wird ja auch unterstellt, wer bei uns alles macht. Angeblich macht unsere Zeitung die Werbeagentur des Teams Stronach und die Kommentare schreibt angeblich der Herr Wimmesberger. Ich frage mich, habt ihr denn solche Probleme mit dem Kommentarschreiben? Wer schreibt sie denn bei euch? Wir zerbrechen uns nicht darüber den Kopf, wer bei euch die Kommentare schreibt. Du hast erwähnt, dass die FPÖ die Halbierung der Förderung fordert. Warum macht dann der Bauernbund im Parlament genau das bei der Landwirtschaft? Wieso verhindert ihr denn das dort nicht? Ihr müsst ja nicht das tun, was die Opposition verlangt.

Frau KR Mayr-Steffeldemel hat von einem Verhaltenskodex hier in der Vollversammlung gesprochen. Sie sollte bei der eigenen Fraktion anfangen.

Die ÖVP ist mit den Grünen in Oberösterreich in Koalition. Warum macht ihr hier nichts?

Es wurde immer behauptet, wir seien generell gegen neue Handelsabkommen. Vor zwei Monaten ist laut COPA wieder ein neues Handelsabkommen in Kraft getreten. Danach ist der Stierpreis um 20 Cent zurückgegangen. Bei dieser Entwicklung kann man nicht sagen, man wolle wieder ein neues Abkommen und vielleicht schaffe man es dann. Das ist kein intelligentes Verhandeln. Wir sind nicht gegen neue Handelsabkommen. Es kann aber nicht immer auf Kosten der Bauern gehen, wenn es darum geht, anderen Betrieben Exportchancen zu geben. Das kann es nicht sein! Da sagen wir nein. Wir wollen keine zusätzlichen Abkommen, solange das immer auf Kosten von uns Bauern geht. Und bei TTIP ist das wieder dasselbe.

Zur Steuer und zur Steuerreform: Der Erfolg des Vorsteuerpauschales mit 13 % für verkaufte Produkte wird sich in Grenzen halten. Davon werden wir nicht sehr viel bemerken, es wird das in den Preis einfließen. Wenn man eine Steuerreform macht, wo man die Besserverdienenden weniger Steuern zahlen lässt, aber dafür die Bauern als Gegenfinanzierung hernimmt, die 25 % Einkommensminus in den letzten drei Jahren haben, da frage ich mich, ob das ein Erfolg ist. Das kann man nicht als Erfolg verkaufen. Das sind ein grober Misserfolg und eine Pleiteerklärung. Da braucht man eh nicht dabei sein, das würde ohne bäuerliche Verhandler auch so geschehen.

KR Huemer, du hast das Kammergesetz wohl nicht so genau gelesen. Seit der letzten Kammergesetznovelle können in die Ausschüsse Ersatzmitglieder entsendet werden. Das

geschieht bei uns deswegen, weil wir mehr qualifizierte Funktionäre haben. Bei uns ist es nicht so, dass nur einer anschafft und einer denkt und die anderen das nur ausführen; bei uns denken alle mit. Denk einmal darüber nach. Der Unterschied zwischen UBV und Bauernbund ist natürlich der, dass es beim Bauernbund lukrative Posten gibt, beim UBV aber nicht, wir werden nicht einmal vom Land gefördert.

Zu den Preisen: Der Stierpreis hat sich ja voriges Jahr nicht erholt; aber unsere Nachbarländer halten die Tierprämien aufrecht. Wir haben stets darauf hingewiesen, dass die österreichische Entscheidung zu den Tierprämien eine falsche Entscheidung ist. Das ist für uns gerade in den Berggebieten ganz fatal. Dann kürzt man dann zusätzlich noch die Bergbauernförderung und stellt das als Erfolg hin. Da muss man nicht unbedingt in einem Berggebiet wohnen, um das tatsächlich richtig einzuordnen. Ich ersuche euch, unseren entsprechenden Anträgen heute einmal zuzustimmen.

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Die Bauernbundfraktion ist nach wie vor zu 100 % für den Agrardiesel und für die Einführung des Agrardiesels. Ich habe auch in der letzten Vollversammlung darauf hingewiesen. Auch in der Vollversammlung wurde das im Oktober 2014 von allen Fraktionen einstimmig beschlossen. Dieser Beschluss ist nach wie vor aufrecht. Als Präsident bin ich für die Landwirtschaftskammer verantwortlich und kann nicht in drei oder vier Monaten denselben Beschluss nochmals schicken. Der Beschluss ist ja weiterhin aufrecht. Damit ist auch die Entscheidung klar, dass der Bauernbund für den Agrardiesel ist.

Herr KR Keplinger, du warst auch in der letzten Funktionsperiode dabei und kannst hoffentlich auch nachvollziehen, was wir in der letzten Periode in der Vollversammlung alles beschlossen haben.

**KR Klaus Wimmesberger:**

Es hat mich betroffen gemacht, was Frau KR Mayr-Steffeldemel gesagt hat. Da hast du vollkommen recht. Ich fahre mit meinen Schülern öfters zur Landesregierung und schaue mir dort Sitzungen des Landtages an. Dort sieht man dann die Landtagsabgeordneten am Handy spielen. Die Schüler meinen dann, sie dürfen das in der Schule nicht, Handy spielen oder Kaugummi kauen. Ich schaue wirklich, dass ich immer aufpasse und dass ich keine Zwischenrufe mache. Manchmal kommt mir halt ein Zwischenruf aus. Ich bin mitunter auch etwas aggressiv, das habe ich meinem Vater zu verdanken, aber eigentlich bin ich gar nicht so schlimm.

Zum Jung-Kammerrat Huemer: Es freut mich, dass er hier ist, solche Leute brauchen wir. Du musst dich aber entscheiden, ob du hier Interessenvertretung machst oder reine Parteiinteressen vertrittst. Deine Rede war eine reine Parteidrede. Ich persönlich komme aus einer ÖVP-Familie und bin auch Mitglied beim Christlichen Lehrerverein, einer ÖVP-Teilorganisation. Beim CLV läuft das aber anders, da kommt einen ganzen Abend das Wort ÖVP gar nicht vor. Wir wollen unsere Interessen vertreten und nicht die Interessen einer Partei. Daher glaube ich, dass wir alle am besten beim UBV aufgehoben sind. Das ist meine persönliche Meinung.

Du musst dich entscheiden. Es gab hier schon viele Leute, die die Vollversammlung als Durchzugsposten genommen haben und etwas Hohes in der Partei werden wollten. Ehrlich gesagt ist mir das zu schade. Wir brauchen Leute, die hier herinnen bleiben. Ich hoffe, du bleibst hier herinnen.

Ich finde es auch arg, wenn sich die Grünen und die Blauen verteidigen müssen, was irgendwelche ihrer Parteifunktionäre oder Parteiobmänner gesagt haben. Sie sind ja auch

Interessenvertreter und wollen sicher auch das Beste für die Bauern. Es gab aber auch kein einziges Sachargument von dir mit Ausnahme der Aussage, dass Hiegelsberger, Auer, Grabmayr und Reisecker doch noch sehr viele Stimmen haben. Das stimmt schon, sie haben aber überdurchschnittlich viel verloren. Reisecker hat 27 % verloren und der Durchschnitt war in seinem Bezirk 7 %. Natürlich haben sie die Mehrheit. Ich habe bei der letzten Vollversammlung gemeint, dass es vielleicht ein guter Ruck gewesen wäre, wenn wir eine neue Führung bekommen hätten. Ein derartiges Wahlergebnis sollte diesen Funktionären zu denken geben.

Jakob Auer hat mich nach der letzten Sitzung gefragt, warum ich nicht in einem Ausschuss vertreten bin. Ich unterrichte 18 Stunden und muss viermal im Jahr weg. Ich habe heute 8 Unterrichtsstunden, drei habe ich schon hereingeholt und 5 Stunden muss ich noch hereinholen. Dazu tausche ich mit einem Kollegen jeweils die Stunden. Ich hätte heute Werkstatt Holz und Metall und muss das nachholen. Ich wäre gerne in den Bildungsausschuss gegangen. Ich bin selbst Ortsbauernobmann und Chef des UBV im Bezirk Grieskirchen, ich bin bei der Feuerwehr, habe den Bauernhof und bin Lehrer. Ich habe eine Familie mit drei Kindern und eine liebe Frau. Es ist mir zu wenig, mir in dieser Situation vorzuhalten, ich würde hier nur etwas reden und sei dann wieder dahin. Wir sind ein kleiner Verein, wachsen als UBV aber sehr stark und wir wollen überall die Besten drinnen haben. Wir haben sehr gute Leute von uns in den Ausschüssen. Ich glaube auch nicht, dass nur in den Ausschüssen die Politik gemacht wird. Sie wird hier herinnen gemacht, wir treffen uns oft. Nicht allein der, der im Ausschuss herinnen ist, macht die Politik. Wir reden ja in unserer Fraktion stets darüber.

Wenn Frau LAbg. Brunner mir das vorwirft, dann ist das etwas unfair. Sie macht die Tätigkeit hier ja in ihrer Arbeitszeit und braucht dazu nur 5 m herüber gehen. Ich mache meine Tätigkeit außerhalb meiner Arbeitszeit. Es kann mir keiner absprechen, dass ich für die Bauern bin, denn sonst bräuchte ich mir das sicher nicht antun.

**Vizepräsident Karl Grabmayr:**

Herr KR Wimmesberger, es geht nicht an, KR Johannes Huemer zu beschuldigen, dass er hier nicht Interessenpolitik macht. Ein gewisses Maß an Anstand ist in einem Gremium wie der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer angebracht. Frau KR Mayr-Steffeldemel hat heute ja auch deutlich darauf hingewiesen.

In meiner ersten Sitzung ist es mir genauso gegangen wie dem Johannes Huemer. Ich war etwas schockiert, dass jemand noch bevor er die Leute überhaupt einmal grüßt, allen sofort einmal mit irgendwelchen Prozentzahlen auf den Schädl haut. Du weißt als Lehrer genau, dass Prozentrechnungen manchmal auch ihre Tücken haben. Der Vergleich von Prozentzahlen und absoluten Zahlen ist hier auch relevant. Interessenvertretung machen wir hier herinnen. Interessenvertretung ist nicht, dass ich mich viermal im Jahr hereinstelle und aus der Kronen-Zeitung und aus „Blick ins Land“ etwas vortrage. Zur Interessenvertretung gehört für mich dazu, dass wir auch in den Ausschüssen mitarbeiten. In jeder Fraktion außer beim UBV arbeiten die Leute, die in der Vollversammlung sind, auch in den Ausschüssen mit. Alle wissen, dass dort die entscheidende Arbeit geleistet wird. Das lasse ich mir nicht nehmen und ich lasse auch deine Vorwürfe einem jungen Kammerrat gegenüber nicht gelten.

**KR Alois Ganglmayr:**

Ich bin jetzt zum zweiten Mal in der Vollversammlung. Wir brauchen eine gewisse Gesprächskultur, weil wir alle im Interesse der Bauern arbeiten sollen. Nach meinem Eindruck wird hier herinnen fast zu viel Parteipolitik gemacht. Herr KR Huemer, ich bin natürlich auch nicht immer mit allem zufrieden, was in meiner Partei gemacht wird, das wird bei euch genauso sein. Natürlich gibt es immer vielschichtige Interessen innerhalb einer jeden Partei.

Zur Steuerreform: In einem Bericht im „Bauer“ gab es eine Darstellung der Steuerreform. Was mir besonders weh tut, ist, dass ab 90.000 Euro jährlich zu versteuerndem Einkommen jemand eine Steuerersparnis von 2.350 Euro in der Tasche hat. Das geht hinauf bis zu einem Betrag von 1 Mio. Euro zu versteuerndem Einkommen. Wir haben Landwirte, die nicht im Nebenerwerb und Zuerwerb sind, und die werden schon belastet. Die sind keine Günstlinge und Gewinner der Steuerreform. Das muss man ganz ehrlich sagen. Ich bitte Jakob Auer auch das mit der Steuerersparnis für Spitzenverdiener von jährlich 2.350 Euro vorzutragen, damit hier etwas geändert wird. Die ganze Grundsteuerregelung ist in den Finanzausgleichsverhandlungen ja noch nicht ausgestanden. Wichtig wäre, dass es bei der Grundsteuer zu keiner Erhöhung für die Bauern kommt. Ich werde diesbezüglich auch in meiner eigenen Partei Druck machen.

Heute wurde auch die Agrarmarkt Austria und die Bürokratisierung angesprochen. Wir sind verbürokratisiert, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern ganz allgemein. Wir haben da ein ganz großes Problem. Ich kenne Unternehmer, Gewerbetreibende, alle jammern über die Bürokratie. Nehmen wir das Zeug in die Hand und schauen wir, dass wir diese Bürokratisierung einmal weg bringen. Ihr habt sicher in den Medien, speziell in den Oberösterreichischen Nachrichten, gelesen, dass der größte Subventionsempfänger in der Ländlichen Entwicklung die AMA mit 24 Mio. Euro ist. Vielleicht braucht man dieses Geld wirklich, damit man die Leute so überbürokratisiert und überwacht.

#### **KR Ing. Franz Leitner:**

Die Steuerreform ist ein großes Thema und ich möchte nicht darüber jubeln, weil es keinen Grund gibt. Es ist aber absolut auch keine Pleiteerklärung, wie es heute schon geheißen hat. Wir Landwirte sind eine Berufsgruppe, die Gott sei Dank aufgrund des Pauschalierungssystems relativ wenig an Einkommensteuer in den Einkommensteuertopf hineinzahlt. In dieser Situation brauchen wir uns nicht erwarten, dass wir diejenigen sind, die groß entlastet werden. Die Nebenerwerbslandwirte zahlen nicht nur für ihr außerlandwirtschaftliches Einkommen, sondern auch für die landwirtschaftlichen Einkünfte Einkommensteuer. Wenn deren Entlastung kritisiert wird, dann finde ich das nicht richtig. Ich bin Nebenerwerbsbauer und wir sind die größte bäuerliche Berufsgruppe in Österreich. Wenn man das so hinstellt, das sei alles nichts und das sei alles nur schlecht, dann stimmt das einfach nicht. Natürlich sind Refinanzierungen notwendig, wenn man eine Steuerreform zu einem Zeitpunkt macht, wo das Geld nicht da ist. Vielleicht könnte man auch sagen, die Steuerreform in einer derartigen Situation bleiben zu lassen. Es ist schon gerechtfertigt, dass die Kleinverdiener auf einem Eingangsteuersatz von 25 % herabgesetzt werden. Natürlich ist auch klar, dass das Gewerbe und die Wirtschaft massiv von der Gegenfinanzierung betroffen sind. Für uns Bäuerinnen und Bauern war wichtig, dass es nicht, wie es in Forderungen der Arbeiterkammer geheißen hat, zu massiven Steuersatzerhöhungen für die Landwirtschaft gekommen ist. Wichtig war auch, dass es gelungen ist, die Vorsteuerpauschalierung auf 13 % anzuheben. Das war ja am Anfang nicht ausgemacht. Jakob Auer und die Kammer haben es geschafft, das Vorsteuerpauschale von 12 % auf 13 % anzuheben. Die Pauschalierung ist für uns sowohl bei der Einkommensteuer als auch bei der Umsatzsteuer von Vorteil. Wer das nicht als Vorteil sieht, kann in beiden Bereichen jederzeit optieren. Das hohe Gut der Einkommens- und Umsatzsteuerpauschalierung sollen wir uns erhalten. Wenn Vergleiche mit dem Ausland angestellt werden, dann schauen manche nur auf einzelne Bereiche. Tatsächlich muss man es gesamthaft vergleichen. Die Regelungen betreffend Vollpauschalierung, Umsatzsteuer oder Sozialsysteme: Ich glaube kaum, dass jemand hier gerne bereit wäre, seinen Betriebsstandort über die Grenze nach Deutschland, Tschechien, in die Slowakei, nach Ungarn, Slowenien, Italien oder sonst wo zu verlegen. Wer von euch möchte denn nach dorthin den Betriebsstandort verlegen? Reden wir daher nicht von einer Pleiteerklärung. Natürlich ist das Ergebnis nicht super, es ist mit Problemen behaftet. Wir haben Probleme bei der Registrierkassenpflicht oder bei den Fragen über die Bewertung von Wohngebäuden.

Dazu wird es noch Verhandlungen geben. Ich bitte unseren Bauernbund-Präsidenten dazu beizutragen, dass es für uns Bauern halbwegs gute Lösungen geben wird.

Auch das Thema Förderungen wurde heute schon angesprochen. Bei den Förderungen schaut es ganz anders aus als beim Steueraufkommen. Wir zahlen relativ wenig Mittel in den Einkommens- und Lohnsteuertopf. Bei den Förderungen sind wir sehr in Gefahr, wenn, Herr KR Graf, dein FPÖ-Bundesobmann Strache sagt, hier seien 50 % zu kürzen. Das wird wohl ja nicht die Steuerberater, Notare oder andere Gutverdiener treffen, sondern auch uns Landwirte. Auch ich bin einer, der sehr viel von seinem landwirtschaftlichen Einkommen aus Ausgleichszahlungen und Förderungen lukriert. Wenn hier Förderungskürzungen andiskutiert werden, dann droht uns Schlimmes. Es kommen Neiddiskussionen in dem Sinne, die Bauern könnten sich ohnedies die großen Traktoren leisten, denen könne man durchaus etwas wegnehmen. Ich ersuche hier um große Vorsicht und appelliere an alle, in ihren Parteien dafür einzutreten, dass wir keine Förderungsdiskussionen und große Neiddebatten zusammenbringen. Da wären wir dann die Hauptbetroffenen. Manche wollen sich dann an uns in der Landwirtschaft abputzen.

Ich bin keiner, der über die Steuerreform jubelt, aber es war ein Kompromiss wie es immer in der Politik ist und es ist ein Kompromiss, der uns Landwirte Gott sei Dank nicht allzu groß betrifft, wo wir aber auch nicht die großen Profiteure sind. Ich hoffe, dass auch die Finalisierung für die Landwirtschaft passt. Führen wir nicht eine Debatte unter dem Motto, es sei alles schlecht und katastrophal und es müssten alle Landwirte aufgeben; so ist es bei weitem nicht!

**KR Johannes Huemer:**

Das was ich gesagt habe war keine reine Parteireden. Mir geht es um die Interessenvertretung der Bäuerinnen und Bauern und vor allem um die Interessen der Jungbäuerinnen und Jungbauern. KR Keplinger, du hast mir das Team Stronach in den Mund gelegt. Ich habe aber kein Wort darüber gesprochen. Ich habe auch nicht gesagt, wer euch die Kommentare schreibt, ich habe lediglich von eurem Kommentator gesprochen.

KR Wimmesberger, es war keine Parteireden, ich habe dir nur das eine oder andere Mal den Spiegel von der letzten Sitzung vorgehalten. Vielleicht war es dieses Spiegel-Vorhalten, wodurch sich der eine oder andere auf den Schuh getreten gefühlt hat. Wenn das die Wirkung war, dann gebe ich auch zu, dass das so von mir beabsichtigt war. Man soll auch das Gegenüber wertschätzen und akzeptieren.

Herr KR Stammler, ich habe nicht gesagt, dass das Wahlrecht nicht mehr novelliert werden soll, sondern ich habe nur erwähnt, wie die Novellierung 2008 zustande gekommen ist.

Herr KR Winklehner, ich bin auch einer, der von der Landwirtschaft leben muss. Ich habe mit 24 Jahren den Hof übernommen, bin jetzt 28 Jahre und habe letztes Jahr meinen Schweinemaststall gebaut. Ich weiß sehr wohl, wie derzeit die Rahmenbedingungen sind. Es geht hier im Haus um das Miteinander. Im Sinne der Bauern sind wir alle da und wir werden miteinander auch etwas bewegen können.

## 5 Rechnungsabschluss 2014

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker** ersucht Mag. Johannes Hörzenberger um den Bericht über den Rechnungsabschluss 2014.

**Mag. Johannes Hörzenberger:** Ich beschränke mich auf die wesentlichen Kennzahlen. Wir haben den Rechnungsabschluss mit den Fraktionen ja bereits vorbesprochen und sie kennen die wesentlichen Fakten. Der Rechnungsabschluss der Landwirtschaftskammer beläuft sich insgesamt auf eine Summe von 42.723.018 Euro an Einnahmen und Ausgaben.

Bei den Einnahmen ist die wesentliche Position die Kammerumlage der Betriebe mit ca. 9,2 Mio. Euro, die Leistungsvereinbarung mit dem Land Oberösterreich mit 13,2 Mio. Euro, etliche Projektförderungen, etwa der Werkvertrag Tierkennzeichnung, Ländliche Entwicklung, die Boden- und Wasserschutzberatung und manche Förderungen, die an Bauern ausbezahlt werden, zB die Entlastung Betriebshilfe, in Summe 5,51 Mio. Euro. Als Eigeneinnahmen sind die Sachkostenersätze mit 1.134.000 Euro zu betrachten und die Mieteinnahmen mit 1,23 Mio. Euro, sowie Veranstaltungseinnahmen von 1,35 Mio. Euro, ebenso die Einnahmen aus dem Anzeigenverkauf „Der Bauer“ mit 666.000 Euro und sonstige gesetzliche Tätigkeiten, die wir durchführen, wie Beschauggebühren, phytosanitäre Kontrolle, GMO-Mais-Monitoring, Holzwerbebeitrag, etc.

Auf der Ausgabenseite sind die wichtigste Position die Gehälter und Löhne der aktiven Mitarbeiter mit 20,42 Mio. Euro für alle vorübergehend und fix angestellten Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer. Der Nettopensionsbeitrag für die Mitarbeiter, die schon in Pension sind, beträgt 3,88 Mio. Euro. Die Selbstverwaltung, dh Aufwandsentschädigung für Funktionäre, Sitzungsgelder und Schulungskosten, Kanzleigelder etc. beträgt in Summe 1.203.000 Euro, die Ausgaben für den „Bauer“ sind 714.000 Euro, für Veranstaltungen wurden 1.927.000 Euro aufgewendet.

Die Sachausgaben betragen 1.827.000 Euro, somit etwa das gleiche Niveau wie im Vorjahr, Anschaffungen und Instandhaltungen betragen 1,7 Mio. Euro, etwa die Hälfte davon entfiel auf Gebäude und die andere Hälfte auf EDV-Ausstattung und Software.

Der Betrieb der Gebäude und des Kammerbetriebes hat ein Volumen von 1,59 Mio. Euro, Förderungen und Beiträge machen 2,5 Mio. Euro aus, davon als Beitrag für die LK Österreich 1,2 Mio. Euro.

Der Pensionsfonds der Landwirtschaftskammer hat im Jahr 2014 308.000 Euro an Einnahmen zu verzeichnen. Dieser Vermögenszugang soll im Fonds verbleiben, sodass das Fondsvermögen per 31.12.2014 rd. 5.545.000 Euro beträgt.

Es liegen folgende Anträge an die Vollversammlung vor.

### **Ordentlicher Haushalt – Landwirtschaftskammer OÖ**

Der Hauptausschuss hat am 2. März 2015 den Rechnungsabschluss 2014 beraten und beschlossen folgenden Antrag zu stellen:



Die Vollversammlung möge den Rechnungsabschluss 2014

mit Einnahmen in Höhe von	€	42.723.018
und Ausgaben in Höhe von	€	42.723.018

genehmigen.

Die Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2014 mit Aktiva und Passiva von je € 22.499.702 wird genehmigt.

### **Pensionsfonds – Landwirtschaftskammer OÖ**

Der Hauptausschuss hat am 2. März 2015 die Erfolgsrechnung des Pensionsfonds 2014 beraten und beschlossen folgenden Antrag zu stellen:

Die Vollversammlung möge die Erfolgsrechnung 2014 des Pensionsfonds

mit Einnahmen in Höhe von	€	331.767
und Ausgaben in Höhe von	€	<u>23.442</u>
und mit einem Vermögenszugang 2014 von	€	<u><u>308.325</u></u>

genehmigen.

Der genannte Zugang ist vom Vermögen des Pensionsfonds zuzuführen. Das Vermögen des Pensionsfonds beträgt per 31.12.2014 € 5.545.062.

### **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Der Rechnungsabschluss wurde mit allen Fraktionen im Detail besprochen.

### **KR Walter Lederhilger:**

Mag. Hörzenberger hat den Rechnungsabschluss 2014 mit einer Größenordnung von 42,7 Mio. Euro soeben präsentiert. Die Planziffern des Voranschlages wurden somit auch eingehalten. Die wichtigsten Positionen wurden genannt. Natürlich sind bei einem Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen die Personalkosten mit Abstand der größte Block. In den 24,5 Mio. Euro sind alle Löhne, Lohnnebenkosten, Mitarbeiterschulungen und Pensionsbeiträge enthalten sind. Das macht 58 % des gesamten Kammerbudgets aus. Es gab auch eine leichte Erhöhung im Bereich des „Bauer“, weil hier die Druckwerke etwas umfangreicher ausgeführt wurden. Die Zahlen für Sachaufwand und Selbstverwaltung wurden genannt, sie entwickeln sich absolut konstant. Es wird hier sehr sorgsam mit den Mitteln umgegangen.

Bei den Einnahmen werden 9,3 Mio. Euro aus Kammerumlage ausgewiesen. Die Personalkostenumsätze von Bund und Land waren im letzten Jahr leicht rückläufig. Eine große Herausforderung war mit Sicherheit das zu-Ende-Gehen der letzten Förderperiode der Ländlichen Entwicklung, wo eigentlich nur mehr Restmittel zur Verfügung standen und hier noch sehr viele Umstrukturierungen und Sparmaßnahmen notwendig waren. Trotz dieser knappen Ressourcen und Finanzen wurde sehr konsequent an Verbesserungen im Dienstleistungsangebot für die Bäuerinnen und Bauern gearbeitet.

Die ISO-Zertifizierung des Beratungsbereiches unterstreicht dieses Bemühen. Es gibt eine sehr konsequente Personalplanung. Im Haus arbeiten 164 Mitarbeiter und 125 im Bereich der

Bezirksbauernkammern. Es werden 9 Lehrlinge ausgebildet und auf die Ausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter wird großer Wert gelegt. Im Durchschnitt sind 5 Tage Mitarbeiterausbildung gegeben. Das sichert hier eine sehr gute Entwicklung.

Bei den Investitionen wurde die energietechnische Umstellung der letzten Ölheizungen vollzogen, die Brandmeldeanlagen und Elektroanlagen in der Zentrale wurden aufgrund von Überalterung erneuert. Es wird auch darauf geschaut, dass nicht nur das Personal, sondern auch das Arbeitsumfeld gut funktionieren kann. Ich bedanke mich beim Kammerdirektor und bei Kammerdirektor-Stv. Mag. Dietachmair für diese gute Führung hier im Haus. Ein besonderer Dank gilt Mag. Hörzenberger und der neuen Personalchefin Frau Mag. Michaela Dürnberger.

Nachdem der Bericht im Kontrollausschuss sehr intensiv diskutiert wurde und einstimmig beschlossen wurde, dass der Rechnungsabschluss korrekt erstellt wurde, ersuche ich auch heute hier in der Vollversammlung um eure Zustimmung.

**Abstimmung über den Rechnungsabschluss - ordentlicher Haushalt 2014:**

**Ja-Stimmen von BB, SPÖ, KR Wimmesberger;**

**Gegenstimmen von UBV (ohne KR Wimmesberger), FB, Grüne**

**Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.**

**Abstimmung über den Rechnungsabschluss Pensionsfonds 2014:**

**Ja-Stimmen von BB, SPÖ; Gegenstimmen von UBV, FB, Grüne**

**Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.**

## **6 Bestellung von Mitgliedern der Ortsbauernausschüsse**

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Es liegt eine Liste von neu zu bestellenden Mitgliedern der Ortsbauernausschüsse vor. Ich schlage vor, diese Liste en block zu beschließen.

(Die Liste lag bei der Vollversammlung auf; sie sieht folgendermaßen aus)

## Nachnominierungen - Vollversammlung am 11. Juni 2015

Ortsbauernschaft	Nachname	Vorname	Geburts- datum	PLZ	Ort	Straße	HNr	Fraktion
	<b>BRAUNAU</b>							
40403 Auerbach	Pommer	Gerhard	10.06.1972	5224	Auerbach	Oberimprechting	1	FB
40406 Eggelsberg	Maislinger	Josef	27.04.1976	5142	Eggelsberg	Revier Heimhausen	1	UBV
40410 Gilgenberg am Weilhart	Perschl	Josef	16.03.1954	5133	Gilgenberg	Lohnsberg	5	UBV
40418 Lengau	Stys	Frank	03.07.1969	5211	Lengau	Kohlbergstraße	12	GBB
40424 Moosbach	Scharf	Josef	21.03.1962	5271	Moosbach	Winden	1	UBV
40432 Pischelsdorf am Engelbach	Falterbauer	Rudolf	30.04.1964	5233	Pischelsdorf	Wagenham	14	UBV
40436 Sankt Johann am Walde	Prüwasser	Johann	02.06.1964	5242	St. Johann am Walde	Schöfleck	3	UBV
40444 Treubach	Hargassner	Roman	15.01.1986	5272	Traubach	Hub	4	UBV
40444 Treubach	Kasinger	Franz	17.05.1957	5272	Traubach	Himmelschlag	2	UBV
	<b>EFERDING</b>							
40506 Hartkirchen	Lamberg	Franz	28.08.1955	4081	Hartkirchen	Mußbach	17	UBV
40511 Scharten	Neubacher-Kremeier	Werner	13.07.1965	4612	Scharten	Leppersdorf	4	UBV
	<b>FREISTADT</b>							
40616 Sandl	Vater	Karl	04.02.1971	4251	Sandl	Eben	10	SPÖ
40616 Sandl	Winter	Jürgen	03.09.1987	4251	Sandl	Hacklbrunn	18	UBV
	<b>GMUNDEN</b>							
40701 Altmünster	Mittendorfer	Johann	24.12.1950	4814	Neukirchen	Mairwiesweg	13	SPÖ

40706 Gosau	Egger	Johann	05.05.1955	4824	Gosau	Gosau	132	SPÖ
40706 Gosau	Wallner	Josef	22.05.1963	4824	Gosau	Gosau	38	SPÖ
40706 Gosau	Kirchschlager	Martin	20.01.1966	4824	Gosau	Gosau	135	SPÖ
40707 Grünau im Almtal	Holzleitner	Jörg	03.02.1984	4645	Grünau im Almtal	Landstraße	38	SPÖ
40714 Pinsdorf	Fürst	Franz	20.03.1956	4812	Pinsdorf	Vöcklaberg	130	SPÖ
	<b>GRIESKIRCHEN</b>							
40817 Neukirchen am Walde	Muckenhuber	Stefan	20.08.1991	4724	Neukirchen /W.	Knotzberg	3	UBV
	<b>KIRCHDORF</b>							
40904 Inzersdorf im Kremstal	Baldinger	Lydia	26.02.1967	4565	Inzersdorf	Gelblehenstraße	1	FB
40907 Kremsmünster	Mörtenhuber	Barbara	16.02.1987	4550	Kremsmünster	Mairdorf	16	FB
40909 Molln	Trinker	Franz	26.01.1967	4591	Moln	Garnweid	28	FB
40912 Pettenbach	Kammerleithner	Adolf	26.05.1963	4643	Pettenbach	Eggensteinstraße	6	UBV
	<b>PERG</b>							
41115 Pabneukirchen	Steindl	Christian	28.10.1962	4363	Pabneukirchen	Ober-Pabneukirchen	10	UBV
41117 Rechberg	Leeb	Johann	23.09.1963	4324	Rechberg	Dorfblick	1	SPÖ
41125 Waldhausen im Strudengau	Brandstetter	Johann	18.11.1946	4391	Waldhausen	Dörfel	4	SPÖ
	<b>RIED</b>							
41203 Aurolzmünster	Kagerer	Alois	08.11.1979	4971	Aurolzmünster	Schöndorf	8	UBV
41204 Eberschwang	Dürnberger	Erich	18.11.1972	4906	Eberschwang	Leopoldshofstatt	24	UBV
41204 Eberschwang	Bauchinger	Josef	28.09.1973	4906	Eberschwang	Illing	10	UBV
41206 Geiersberg	Hattinger	Helmut	27.08.1977	4922	Geiersberg	Oberleiten	1/a	UBV
41208 Gurten	Weinberger	Alois	28.06.1958	4942	Gurten	Rieder Straße	26	UBV
41213 Lohnsburg am Kobernaußerwald	Ing. Ornetsmüller	Anna	24.02.1966	4923	Lohnsburg	Fossing	5	UBV
41218 Neuhofen im Innkreis	Reiter	Johann	22.08.1951	4912	Neuhofen	Baumgarten	1	UBV
41227 Sankt Marienkirchen am Hausruck	Murauer	Günther	16.02.1967	4926	St.Marienkirchen/H.	Stocket	9	UBV
	<b>ROHRBACH</b>							

41340 Schönegg	Grünzweil	Johann	12.12.1949	4184	Helfenberg	Piberschlag	1	UBV
	<b>SCHÄRDING</b>							
41401 Altschwendt	Lauber-Gumpinger	Alois	27.03.1964	4721	Altschwendt	Danrath	2	UBV
41405 Dorf an der Pram	Kirchberger	Andreas	23.06.1977	4751	Dorf/P.	Augendobl	5	UBV
41409 Esternberg	Öhlinger	Matthias	24.03.1970	4092	Esternberg	Silbering	3	UBV
41409 Esternberg	Kropf	Ludwig	30.03.1961	4092	Esternberg	Weeg	1	UBV
41420 Sankt Roman	Wallner	Christian	06.12.1975	4793	Sankt Roman	Razing	3	UBV
41420 Sankt Roman	Wallner	Herbert	24.03.1964	4793	Sankt Roman	Kößldorf	2	UBV
	<b>STEYR</b>							
41506 Garsten	Weissensteiner	Karl	07.06.1955	4451	Garsten	Mühlbachstraße	41	UBV
	<b>URFAHR</b>							
41606 Feldkirchen an der Donau	Mittermayr	Franz	27.04.1950	4101	Feldkirchen/Donau	Unterlandshaag	37	SPÖ
	<b>WELS</b>							
40301B Wels (Wels-West)	Hehenberger	Markus	12.04.1968	4600	Wels	Wallererstraße	222	UBV
41807 Fischlham	Waldl	Josef	08.12.1958	4652	Steinerkirchen	Seebach	13	UBV
41808 Gunskirchen	Weichselbaumer	Ernst	15.07.1967	4623	Gunskirchen	Pöschlberg	1	UBV
41809 Holzhausen	Jungreithmayer	Thomas	06.08.1985	4615	Holzhausen	Jebenstein	7	UBV
41813 Neukirchen bei Lambach	Kroiss	Josef	05.02.1956	4671	Neukirchen	Stroham	5	UBV
41823 Thalheim bei Wels	Neubacher	Gerald	13.05.1966	4600	Thalheim bei Wels	Bergerndorf	6	UBV

**Abstimmung:**  
einstimmige Annahme

## **Resolutionsanträge:**

### **1. Antrag des Bauernbundes:** **„Selbstbestimmungsrecht bei GVO-Futter- und Lebensmitteln“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Selbstbestimmungsrecht bei GVO-Futter- und Lebensmitteln*

*Mit einem neuen EU-Kommissionsvorschlag soll den Mitgliedsstaaten ein sog. „Opt-out“ nicht nur beim Anbau, sondern auch bei der Verwendung von GVO-Produkten zugestanden werden. Gleichzeitig soll festgelegt werden, dass die Opt-out-Maßnahmen den Grundsätzen des EU-Binnenmarktes und den internationalen Verpflichtungen der EU nicht widersprechen dürfen. Opt-outs müssen auf legitimen Gründen beruhen und dürfen aufgrund des EU-Zulassungsverfahrens nicht mit Risiken für die Gesundheit von Mensch oder Tier bzw. die Umwelt begründet werden.*

*Vordergründig richtet sich der Kommissionsvorschlag damit gegen den Import von gentechnisch veränderten Futtermitteln wie zB Sojaschrot. Obwohl mit der Forcierung des Sojaanbaus gerade in Oberösterreich intensive Bemühungen für eine verstärkte Eiweiß-Eigenversorgung in der Fleischproduktion gesetzt wurden, ist die heimische Veredelungsproduktion (insbesondere in der Schweinehaltung) weiterhin massiv auf den Import von Sojaschrot angewiesen. Bei einem Verwendungsverbot für GVO-Sojaschrot würden sich die Eiweißfuttermittel dramatisch verteuern. Durch die Konsumenten würden diese Mehrkosten am Markt keinesfalls dauerhaft abgedeckt werden.*

*Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ warnt daher davor, dass damit die Fleischproduktion als zentraler Wertschöpfungsbereich der OÖ Landwirtschaft wirtschaftlich nachhaltig ruiniert würde. Das vorgeschlagene Selbstbestimmungsrecht bei GVO-Futter- und Lebensmitteln wird daher mit Nachdruck abgelehnt.*

*gez. Reisecker, Grabmayr“*

#### **KR Berthold Huemer:**

Auf das Thema wurde im Präsidentenbericht heute bereits eingegangen. Ich denke, es ist hier genug berichtet worden. Ich empfehle, dieser Resolution zuzustimmen.

#### **KR Klaus Wimmesberger:**

Ich habe mir alle Anträge durchgelesen, ich habe sie erst heute bekommen. Ich weiß nicht, was ich davon halten soll. Der Antrag ist sehr kompliziert geschrieben. Sagt mir, ob ich hier falsch liege: Wenn ich hier zustimme, heißt das dann, dass wir kein Selbstbestimmungsrecht möchten?, heißt das dann, wir seien gegen das Selbstbestimmungsrecht? Wenn es irgendwann in Europa nur mehr GVO gibt, dann können wir in Österreich nicht mehr sagen, wir wollten das nicht? Haben wir das dann nicht mehr in der eigenen Hand? Ist das tatsächlich so?

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Es geht in diesem Fall unabhängig vom Anbau, wo das Selbstbestimmungsrecht zu 100 % von uns mitgetragen und von der Landwirtschaftskammer unterstützt wird, und wo hier ja die Gesetzesvorbereitungen laufen, um ein Selbstbestimmungsrecht bei Futter- und Lebensmitteln. Das lehnen wir ab, weil ein Selbstbestimmungsrecht bei Futtermitteln dazu führt, dass wir in Europa in einem EU-weit einheitlichen Markt unterschiedliche Bedingungen haben und dass das vom Konsumenten gemäß der bisherigen Praxis über die Erlöse nicht bezahlt wird. Damit hätten die Bauern und unsere Mitglieder in vielen Bereichen die höheren Kosten zu tragen. GVO-Freiheit verursacht höhere Kosten, die würden sicher auf die Landwirte umgewälzt.

Christian Krumphuber hat stets die aktuellen Zahlen über den Unterschied zwischen GVO-freiem Soja und GVO-Soja. Die Differenz liegt derzeit bei etwa 86 Euro pro Tonne.

**KR Hannes Winklehner:**

Das heißt dann aber auch, dass wir dann nicht mehr das Recht haben, Stopp zu sagen?

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Dieser Vorschlag, der jetzt von der Kommission vorliegt, und den auch die NGOs ablehnen, der ist aus unserer Sicht auch absolut abzulehnen.

**KR Clemens Stammler:**

Die NGOs sind gegen dieses Opt-out. Es gibt zwei Opt-outs, das eine betrifft den Anbau, um das es hier nicht geht, und das zweite betrifft den Import. Auch wir sind gegen dieses Opt-out, aber aus völlig anderen Gründen als es in der Resolution des Bauernbundes steht. Eine Analyse des Ausschusses für EU-Angelegenheiten des Landes Oberösterreich sagt, dass das Selbstbestimmungsrecht eher ein Schein-Selbstbestimmungsrecht darstellt, da man Importverbote mit irgendetwas anderem als gesundheitlichen Risiken für Mensch, Tier und Umwelt begründen müsste und somit eigentlich jede relevante Begründung nicht anerkannt ist. Es gibt eigentlich keine andere Begründung. Somit ist das ein toller Schachzug aus Brüssel, weil im Gegenzug es laut dieser Analyse, die vom Land Oberösterreich erstellt wurde und die im Einvernehmen aller Landesfraktionen heute in den Bundesrat gegangen ist, zu erwarten ist, dass die GVO-Zulassungen massiv zunehmen werden. Einfach mit dem Hintergrund, es könne ohnedies jeder nein sagen, wenn er möchte, und daher könne ruhig mehr zugelassen werden. Die Begründung der Bauernbund-Resolution, ein Opt-out würde den Import von GVO-Futtermitteln verhindern, halte ich für eine äußerst vage Mutmaßung, nämlich aus den oben genannten Gründen und zweitens auch deswegen, weil ein Selbstbestimmungsrecht ein Selbstbestimmungsrecht ist. Das heißt noch lange nicht, dass ich sage, ja ich will das einfach nicht haben. Gleichzeitig wird im „Bauer“ und hier herinnen über die Chancen der heimischen Qualität gesprochen. Der Konsument spricht sich eindeutig gegen gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel aus. Das sind Fakten. Wie man den Regionalbonus, von dem hier auch stets geredet wird, und die höhere Qualität dem Konsumenten verkaufen will, ohne wirklich messbare Parameter und Unterschiede zum Weltmarkt einzuführen, ist mir etwas schleierhaft. Was ist daran regional, wenn man heimische oberösterreichische Mastschweine mit brasilianischen Futtermitteln füttert? Im GVO-Futtermittelbereich geht es in Österreich ohnedies nur mehr um die Schweinehaltung. Mastgeflügel und Milchkühe werden ja bereits GVO-frei gefüttert. Heute wurde auch von den gefürchteten Mehrkosten gesprochen. Herr Schlederer beziffert sie mit 50 Cent pro Kilo Frischfleisch. Nach unseren Berechnungen stellen sie sich auf Basis des derzeitigen Soja-Preises um eine Zehnerpotenz niedriger dar. Ich brauche ca. 40 Kilogramm Soja pro Mastschwein und die Preisdifferenz dafür beträgt derzeit 5 Cent pro Kilogramm Schweinefleisch. Für die meisten Qualitätsprogramme wie AMA-Gütesiegel wird bereits mehr bezahlt. Wenn der Präsident behauptet, dass der Konsument den Mehrpreis nicht zahlen

würde, dann liegt das eher an der Deklaration. Da bin ich bei ihm, auf dieses Thema müssen wir massiv draufdrücken, das ist der Weg! Die derzeitigen Mehrkosten von 5 Cent sind bei weitem weniger als was die Mehrwertsteuererhöhung kostet und über diese Mehrwertsteuererhöhung mokiert man sich hier nicht besonders. Von der Mehrwertsteuererhöhung haben wir allerdings überhaupt keinen Qualitätsgewinn. Das bringt uns nichts, außer dass wir vielleicht eine Hypo retten oder eine Volksbank, oder wen auch immer.

Bei der gestrigen Arbeitstagung hat KR Huemer gesagt, dass sich die kleinstrukturierte Landwirtschaft dem harten Wettbewerb des Weltmarkts aussetzen muss. Ich glaube nicht, dass wir das müssen und ich glaube, dass wir das auch nicht können und auch nicht wollen sollen. Wenn jemand meint, wir sollten und könnten mit Holland oder Dänemark konkurrieren, dann ist er auf dem Holzweg. So gut wie jeder noch existierende Schweinemastbetrieb in Österreich hat seine Produktion in den letzten Jahren verdoppelt. Gerade im Innvierler Bereich wurden die Ställe meistens beim Generationswechsel verdoppelt oder mehr als verdoppelt. Komischerweise hat das nie gereicht. Der Weg vom Wachsen, Wachsen, Wachsen wird einfach nicht funktionieren. Noch dazu, wenn man sich vor Augen hält, dass die Ställe, die jetzt schon nicht klein sind, gegen die Ställe in Dänemark eher wie Playmobil-Ställe ausschauen. Auf dieser Schiene werden wir das ohnedies nicht schaffen.

Ich glaube an das, was in der Kammerzeitung gestanden ist, nämlich, dass wir uns nur mit Qualitätsprodukten behaupten können. Ich glaube, dass es keinen Sinn macht, Tonnen an Futtermitteln zu importieren, um sie an Schweine zu verfüttern, für die wir wiederum keinen Markt haben, zumindest keinen Markt, der einen Preis zulässt, von dem man ordentlich leben kann. Ich glaube daran, dass wir Qualität verkaufen sollen. Dazu gehört eine lückenlose Kennzeichnungspflicht für Fleisch, so wie der Präsident es heute schon genannt hat. Dazu gehört meines Erachtens eine Positiv-Kennzeichnung für GVO-Futtermittel und für Lebensmittel, die mit GVO-Futtermitteln hergestellt werden. Da finde ich es echt super, dass wir hier ziemlich auf einer Linie sind. Ich glaube, das wäre eine gemeinsame Resolution wert. Ich werde der jetzigen Resolution zustimmen, wenn auch aus völlig gegenteiligem Grund.

#### **Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Bei mir am Betrieb macht der Preisunterschied von 86 Euro bei Soja ca. 17.000 Euro aus und die Mehrwertsteuerverdifferenz macht ca. 3.200 Euro aus. Es ist nicht so, wie du es so lapidar dargestellt hast.

#### **KR Walter Lederhilger:**

Die 50 Cent pro Kilogramm Schweinefleisch dürften zu unterschiedlichen Interpretationen geführt haben. Die Rechnung von KR Stammler ist völlig richtig. Die Umstellung in der Schweinemast auf gentechnikfreies Soja bedeutet Mehrkosten von 5 Euro je Mastschwein, da sind wir bei den 5 Cent pro Kilo. Wenn man von der Geburt weg rechnet, dann kann man die Mehrkosten mit 2 multiplizieren, dann sind wir bei 10 Cent. Die 50 Cent kommen aus dem Echtbetrieb. Bei den Handelsketten Rewe und Spar war der Mehrpreis für die Edelteile 50 Cent pro Kilo bei GVO-freier Ware. An diesem Mehrpreis ist es gescheitert, dass die Ware angenommen wurde, und sie ist liegen geblieben.

Wir haben beim VLV und mit anderen Organisationen 10 – 12 Betriebe umgestellt und begleitet und versucht einen Markt dafür zu finden. Über die Firma Marcher in der Steiermark haben wir eineinhalb Jahre lang gentechnikfreie Ware verkauft. Der Vertrag wurde aufgelöst, weil die Firma Marcher keinen Absatz für diese Produkte mehr gefunden hat. Der Landesrat hat heute darauf hingewiesen, dass wir marktkonform produzieren müssen. Wenn die Aufpreise bezahlt werden, dann wird die Landwirtschaft das auch produzieren.



Ich danke für die Zustimmung und für das Verständnis, dass man nicht in Vorlage tritt. Die Wahlfreiheit, die der Verbraucher hat, die muss auch für den Produzenten gelten, darum geht es eigentlich. Wenn wir diese Diskussion öffentlich führen, dann weiß ich jetzt schon wie sie ausgehen wird. Ganz Österreich glaubt, wir seien ohnedies gentechnikfrei, und fragt sich, was denn hier überhaupt diskutiert wird. Es ist das ja auch alles schwer zu differenzieren. Ich bitte das alles sehr sachlich zu diskutieren. Ich danke, dass das Anliegen auch hier auf breites Verständnis stößt.

**KR Hannes Winklehner:**

Wir greifen ja da den Konsumenten vor. Wir sagen schon jetzt, dass die Mehrkosten der Konsument nicht tragen werde. Dass wir für den Konsumenten Stellung ergreifen, das finde ich absolut nicht gut. Wieso sollen wir Bauern entscheiden, was der Konsument kauft? Es geht vielmehr um das, was der Konsument tatsächlich will und dazu müssen wir den Konsumenten befragen. Dann müssen wir sagen: Wenn der Konsument das will, dann müssen die Mehrkosten den Bauern abgegolten werden, wie auch immer, das muss nicht unbedingt über das Regal gehen. Vielleicht ist es dem Konsumenten ohnedies völlig egal, was er isst. Zu guter Letzt können wir darüber in Österreich ja eine Abstimmung machen lassen. Warum sollen wir nicht den Konsumenten entscheiden lassen, was wir produzieren und was er kaufen will? Zahlen muss das nicht unbedingt der Konsument im Regal, das kann man auch über andere Wege bezahlen lassen.

**KR Christine Seidl:**

Ein Beispiel aus der Steiermark zum Thema „Was will der Konsument?“ In der Steiermark gibt es viele Schweineställe, die nicht mehr den Anforderungen entsprechen. Die Bauern und der VLV Steiermark haben sich was überlegt und die Firma Spar gefragt, ob man nicht Bioschweine erzeugen könne; weniger Besatzdichte etc. würde ja gut passen. Die Antwort von Spar war in etwa „Nein, danke, wir können das leider nicht brauchen, weil wir bei diesem Fleisch ja nichts verdienen. Dieses Fleisch wird erst verkauft, wenn es im Abverkauf ist“. Wenn das Fleisch den normalen Preis hat, wird es nicht gekauft, weil es noch zu teuer ist. Wenn wir glauben, wir können dafür einen Mehrpreis erlösen, dann wird das wohl kaum greifen. Der Versuch in der Steiermark hat nicht funktioniert.

**KR Norbert Ecker:**

Hier sind wir uns alle einig, dass wir GVO-Freiheit beim Saatgut haben wollen. Das ist eine ganz klare Sache. Das Selbstbestimmungsrecht beim Futter ist eine heimtückische Geschichte: Die EU traut sich nicht, sich festzulegen und zu sagen „Wir sind GVO-frei“ oder nicht. Diese Entscheidung hat man auf die Regionen abgewälzt. Wenn wir dem Vorhaben der EU zustimmen, würden wir den heimischen Schweinemarkt schwächen. Ein Verbot der GVO-Fütterung bei der Schweinemast schwächt in Österreich a la longue den Schweinemarkt. Das Bekenntnis zur GVO-Freiheit im Pflanzenbau ist zu 100 % da. Wenn der Markt bei den Schweinen aber genau das Gegenteil spiegelt, dann dürfen wir uns hier nicht einseitig schwächen.

**Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von BB, FB, Grüne und SPÖ;  
Gegenstimmen von UBV**

**Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.**

**2. Antrag des Bauernbundes:**

***„Entwurf EU-Bioverordnung erfordert weitere Korrekturen“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Entwurf EU-Bioverordnung erfordert weitere Korrekturen*

*Im EU-Agrarrat konnte trotz intensiver Verhandlungen noch keine einheitliche Position zur Reform der EU-Bioverordnung gefunden werden. Offene Punkte sind vor allem der Umgang mit Rückständen unerlaubter Substanzen, die Häufigkeit der Vor-Ort-Kontrollen sowie die Regelung zu den Importen aus Drittstaaten. Die bisherigen Regelungen der EU-Bioverordnung haben sowohl bei den Biobauern selbst als auch bei den Konsumenten eine äußerst hohe Akzeptanz. Die erfolgreiche und positive Entwicklung des Biolandbaus darf daher keinesfalls durch unüberlegte und praxisfremde Reformschritte auf EU-Ebene gefährdet werden. In mehreren Bereichen hat man sich bereits auf die Rückkehr zu den bisher in der Praxis bewährten Regelungen geeinigt.*

*Wesentlicher offener Kernpunkt der Verhandlungen ist die Regelung der Bio-Kontrolle. Bioprodukte zeichnen sich nicht nur durch bestimmte messbare Produkteigenschaften, sondern vor allem durch einen gesamtheitlich kontrollierten Produktionsprozess aus. Die Einhaltung dieser Prozesse wird bisher durch jährliche Kontrollen auf den Biobetrieben sichergestellt. Die EU-Kommission schlägt nun eine Umstellung auf risikobasierte Kontrollen vor. Da nach wie vor kein EU-weit einheitlicher Kriterienkatalog für die Risikozertifizierung vorgegeben wird, fordert die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ die Beibehaltung jährlicher Bio-Kontrollen. Damit sollen unterschiedliche Kontrollen und Wettbewerbsverzerrungen am EU-Binnenmarkt verhindert werden.*

*Auch die vorgeschlagene Festlegung von Rückstandskontrollwerten bei den Bio-Endprodukten greift zu kurz, um die Qualität von Bio-Lebensmitteln zu sichern. Der vorgeschlagene Ansatz birgt gerade für die kleinstrukturierte Bio-Landwirtschaft in Österreich das Risiko, dass durch eine Abdrift von Pflanzenschutzmitteln benachbarter konventioneller Betriebe Bio-Betriebe unverschuldet für die Vermarktung gesperrt werden könnten. Auch hier fordert die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ ein Festhalten am bisher bewährten Kontrollregime.*

*Die EU hat in mehreren Handelsabkommen die gegenseitige Anerkennung von Bioprodukten bzw. der jeweiligen Biokontrollen vereinbart. Beim Import von Bio-Lebensmitteln aus verschiedenen Ländern erfolgt die Kontrolle oft auch durch private Zertifizierungsunternehmen. Die Landwirtschaftskammer fordert von der EU-Kommission für diesen Bereich mehr und wirksamere Kontrollen. Bei Bio-Importen muss der gleiche Standard gelten wie bei den auf dem EU-Binnenmarkt produzierten Lebensmitteln. In den weiteren Verhandlungen zur EU-Bioverordnung darf es daher keinesfalls einen Kompromiss zu Lasten der Konsumenten und der Biobetriebe geben.*

gez. Reisecker, Grabmayr“

### **KR Ing. Franz Leitner:**

Ich erwarte auf meinem Betrieb demnächst die fünfundzwanzigste jährliche Biokontrolle, ich bin ja schon sehr lange bei Bio dabei. Wenn der Entwurf die jährliche Kontrolle fordert, wird das manche vielleicht irritieren, weil Kontrollen ja immer umstritten sind. Der Bio-Bereich ist ein sehr sensibler Bereich. Die Leute wollen bei biologischen Lebensmitteln höchste Qualität. Hier gilt das Motto „Vertrauen ist gut, jährliche Kontrollen EU-weit sind besser“. Europaweit soll es bei der neuen EU-Bioverordnung jährliche Kontrollen geben, damit der Konsument hundertprozentig weiß, dass hier Bioqualität drinnen ist. Ich bin kein Biokontrollor und trotzdem bin ich dafür, obwohl mich das jährlich 200 Euro kostet, dass meine Qualität auch jährlich überprüft wird und dass der Konsument auch hundertprozentig weiß, dass das Bioqualität ist und dass alles passt. Weiters fordern wir auch, dass bei Rückstandswerten größere Toleranzen gelten sollen. Es gibt Abdrift; wenn es bisher Abdrift gegeben hat, waren die Felder gesperrt und nicht der ganze Betrieb. Das soll auch weiter so sein. Wir haben eine

sehr kleine Struktur in Österreich und wenn es Abdrift und Spritzprobleme bei Nachbarn gibt, dann sollen die jeweiligen Felder gesperrt bleiben und nicht der Betrieb.

Ich ersuche allen zuzustimmen, damit wir europaweit eine neue Bioverordnung zustande bringen.

#### **KR Clemens Stammeler:**

Ich bin von meiner Fraktion allein da, daher muss ich ständig reden. Seit mittlerweile 17 Jahren bin ich als Biokontrolleur tätig. Ich könnte ja sagen, ich bin für die jährliche Kontrolle, ich lebe ja davon. Das wäre natürlich Blödsinn. Es gibt Betriebe, wo man sich bei der jährlichen Kontrolle sehr wohl fragt, was man denn hier schon wieder tun soll, zB im Inneren Salzkammergut, wo du als Kontrollor von zwei Ziegen zu drei Kühen und fünf Schafen fährst, um nachher noch bei 10 Hühnern vorbeizuschauen. Da wird es schon einmal im Jahr fast zu viel. Es gibt aber auch andere Betriebe, wo man den Braten riecht, aber nicht kennt. Meist sind das Biobauern, die aus rein ökonomischen Gründen an Verordnungsgrenzen heran oder ein bisschen drüber gehen. Da möchte man durchaus öfter vorbeischaun. Das kann man aber auch jetzt. Es gibt ja Stichprobenkontrollen und mehr Kontrollen bei jenen Betrieben, die das brauchen. Insofern kann ich den Ansatz der EU schon verstehen. Aus Konsumentensicht und um eine Willkür als Kontrollstelle und Kontrollor zu unterbinden, denke ich, dass das alte System gut ist. Man weiß, dass einmal im Jahr jemand vorbei kommt und niemand durchrutscht, der vielleicht fünf Jahre unkontrolliert bleibt. Beim Problem der Abdrift, dh der Behandlung von Bioflächen durch die konventionell wirtschaftenden Nachbarn, habe ich eher den Verdacht, dass der Bauernbund den konventionell wirtschaftenden Nachbarn vor der Haftung schützen will. Natürlich ist die Frage berechtigt, wie in so einem Fall der Biobauer dazu kommt, dass sein Betrieb gesperrt wird. Andererseits muss man aber auch fragen, wie der Konsument dazu kommt, belastete Lebensmittel zu essen. Abdrift ist ein Problem, das über die Kammerzeitung auch viel mehr zu thematisieren ist, um hier mehr Bewusstsein unter den Bäuerinnen und Bauern zu schaffen. Man fährt ja auch nicht mit Mähwerk und Drescher auf das Nachbargrundstück. Es gibt kein Recht auf Kontamination vom Nachbarfeld. Sperrgrenzen sind zu Aktionsgrenzen zu machen. Hier ist dann Handlungsbedarf. Als Kontrollstelle habe ich die Möglichkeit mit den Bauern einen gangbaren Weg zu suchen, ohne dass ich ihm sofort die Lebensgrundlage entziehe. Das hat durchaus Sinn und würde auch den Hausfrieden innerhalb der Bauernschaft eher wahren.

Bioimporte aus Drittstaaten sind ein Problem, das wissen wir. Es ist auch eine Forderung von uns seit Jahren, dass man hier genauer werden muss. Es gibt Lücken und es gibt dringenden Handlungsbedarf. In diesem Sinne stimme ich dem Antrag zu.

#### **Abstimmung über diesen Antrag: einstimmige Annahme**

#### **3. Antrag des Bauernbundes:**

***„Einseitige Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen äußerst kritisch zu bewerten“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Einseitige Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen äußerst kritisch zu bewerten  
Mit den Beschlüssen zur jüngsten GAP-Reform wurde die Verpflichtung zur Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen an natürliche Personen wieder eingeführt. Spätestens mit 31. Mai 2015 mussten die Daten der Zahlungsempfänger (inklusive Name, Gemeinde samt Postleitzahl und dem aus den landwirtschaftlichen Förderprogrammen erhaltenen Betrag) wieder in der sogenannten „Transparenzdatenbank“ veröffentlicht werden. Diese EU-Verpflichtung umfasst alle EU-finanzierten und EU-kofinanzierten Beihilfemaßnahmen im*

*Agrarbereich. Mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer Österreich wurden bereits erste rechtliche Schritte gegen die Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen gesetzt.*

*Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer bekennt sich grundsätzlich zur Transparenz öffentlicher Zahlungen. Sie wehrt sich allerdings entschieden dagegen, dass die bäuerlichen Familienbetriebe wegen gewährter Ausgleichszahlungen gegenüber der Öffentlichkeit einseitig in die Auslage gestellt werden. Damit wird der Eindruck erweckt, als seien die Bäuerinnen und Bauern die einzigen Bezieher öffentlicher Zahlungen. Die neuerliche Veröffentlichungspflicht wird von den betroffenen Bäuerinnen und Bauern als diskriminierend empfunden und stellt nach Auffassung der Landwirtschaftskammer eine unangenehme Verletzung der Privatsphäre dar. Damit werden in vielen Fällen wieder Neid sowie Missgunst geweckt bzw. geschürt.*

*Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher die Landwirtschaftskammer Österreich auf, weiterhin entschieden mit rechtlichen Schritten gegen die einseitige Veröffentlichung von Direktzahlungen und damit gegen die Diskriminierung der bäuerlichen Berufsgruppe vorzugehen. Ziel muss es weiterhin sein, diese einseitige Regelung rechtlich zu kippen.*

*gez. Reisecker, Grabmayr“*

#### **KR Paul Maislinger:**

Die einseitige Veröffentlichung agrarischer Direktzahlungen ist äußerst kritisch zu bewerten. Wir vom Bauernbund sind immer gegen die einseitige Veröffentlichung von Direktzahlungen nur einer Berufsgruppe und damit gegen die Diskriminierung der bäuerlichen Berufsgruppe gewesen. Ich bin der Meinung, dass alle für dieses Anliegen sind und bitte daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

#### **Abstimmung über diesen Antrag: einstimmige Annahme**

#### **4. Antrag des Bauernbundes:**

***„Regelungen zur Dauergrünlandwerdung sind agrar-, umwelt- und klimapolitisch kontraproduktiv“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Regelungen zur Dauergrünlandwerdung sind agrar-, umwelt- und klimapolitisch kontraproduktiv*

*Die neuen Auslegungen des Dauergrünlandbegriffes auf europäischer Ebene werden von den betroffenen Bäuerinnen und Bauern mit großem Unverständnis aufgenommen. Mit seinem Urteil vom 2. Oktober 2014 hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass eine wechselnde Ackerfütternutzung (Wechselwiese oder andere Grünfütterpflanzen) die sogenannte Fünf-Jahres-Regelung nicht durchbrechen kann. Auch wenn über die Jahre verschiedene Grünfütterkulturen oder -mischungen angebaut werden, sind die betroffenen Flächen im Sinne des EuGH-Urteils als „Gras- bzw. Grünfütterpflanzen“ und folglich als Dauergrünland einzustufen.*

*Diese Auslegung hat in der Praxis zwei Konsequenzen:*

- 1.) Künftig muss nach vier Jahren Ackerfütteranbau zwingend eine andere Kultur anstelle einer Ackerfütterpflanze angebaut werden, um die Dauergrünlandwerdung zu verhindern. Zum Beispiel muss nach vier Jahren Wechselwiese ein Getreide oder eine Hackfrucht kultiviert werden. Eine Bestandsänderung von Wechselwiese zu Klee gras ist nicht mehr ausreichend.*
- 2.) Zusätzlich muss, um ein Feldstück als Ackerfläche zu erhalten, im MFA des fünften Antragsjahres eine Schlagnutzungsänderung erfolgen. Das bedeutet, dass entweder im*

*Herbst des vierten Jahres eine Winterung oder im Frühjahr des fünften Jahres eine Sommerung anzulegen ist.*

*Von der Dauergrünlandwerdung ausgenommen sind weiterhin bestimmte ÖPUL-Flächen (zB Grünbrachen bzw. UBB-Biodiversitätsflächen) und Bracheflächen als ökologische Vorrangflächen.*

*Aus vermögens- bzw. eigentumsrechtlichen Gründen bzw. wegen bestimmter Teilnahmemöglichkeiten im ÖPUL vermeiden betroffene Betriebe konsequent die Umwandlung von Acker- in Dauergrünland. Durch den mit der Neuregelung erzwungenen früheren Umbruch von Ackerfutterflächen ergeben sich negative Auswirkungen auf die Biodiversität dieser Flächen. Zudem führt der häufigere Umbruch der betroffenen Flächen zu einer erhöhten Mineralisierung organischer Substanz und damit zu zusätzlichen Klimabelastungen. Die häufiger notwendige Neuanlage der Grünfutterpflanzen reduziert die Trittfestigkeit dieser Flächen und damit auch die Möglichkeiten zur Beweidung.*

*In einem Richtlinienentwurf hat die Europäische Kommission nun in Aussicht gestellt, dass Leguminosen-Reinbestände ebenso wie Grünbrachen im ÖPUL bzw. Ökovorrangflächen generell von der Dauergrünlandwerdung ausgenommen werden sollen. Damit können die aufgezeigten Probleme zwar ansatzweise entschärft, aber nicht wirklich gelöst werden.*

*Aufgrund der agrar-, umwelt- und klimapolitisch äußerst negativen Auswirkungen der derzeit geltenden Dauergrünlandregelungen fordert die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ mit Nachdruck den gänzlichen Entfall der Bestimmungen zur Dauergrünlandwerdung in der EU-Direktzahlungs-Verordnung 1307/2013. Zudem könnte mit dem Entfall dieser Bestimmungen EU-weit ein entscheidender Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung geleistet werden. Für die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ völlig unverständlich sind auch aktuelle Diskussionen, wonach Landwirte mit der freiwilligen Anlage von Ökovorrangflächen besonders auf Umgehungstatbestände kontrolliert werden sollen. Selbst wenn Landwirte zum Erhalt des Ackerstatus freiwillig zusätzliche Ökovorrangflächen anlegen, leisten sie einen wesentlich höheren ökologischen Beitrag als bei sonstigen Nutzungen. Vor diesem Hintergrund wäre eine Sanktionierung der freiwilligen Anlage von Ökovorrangflächen völlig unverständlich und ökologisch kontraproduktiv.*

*gez. Reisecker, Grabmayr“*

### **KR Johanna Miesenberger:**

Es hat schon einen Grund, warum ich hier diesen Antrag vertrete. Das Thema betrifft mich auch selbst. Ich bin Grünlandbäuerin im Berggebiet. Man sieht mir das nicht an, ich habe meine 57 Erschwernispunkte nicht als Etikett bei mir auf der Kleidung stehen. Man sieht mir auch nicht an, dass ich weiß, wie es ist, meine Grünlandflächen zu Fuß mit dem Motormäher oder mit dem Mähwerk zu bewirtschaften. Herr KR Winklehner, es hat nicht immer mit einer guten Interessenvertretung zu tun, wenn einem das eigene Hemd näher ist als der Rock. Vielleicht kann man auch ein guter Interessenvertreter sein und sich in eine andere Sparte hineindenken. Es hat ja geheißen, die Bergbauern würden keine Milch mehr produzieren, sondern nur noch Mutterkühe halten. Es zeugt von einer enormen Kompetenz der Bergbauern, dass in allen Gebietskulissen in Oberösterreich alles Platz hat – Pflanzenproduktion, Tierproduktion, Milch und Mutterkuh. Ich bin hier in ganz prominenter Gesellschaft. KR Winklehner betreibt als Bergbauer einen Mastrinderbetrieb und bezieht auch Ausgleichszulage.

Auf völliges Unverständnis ist im letzten Jahr das Urteil des EuGH bei uns Landwirten gestoßen, dass Wechselwiesen und Feldfutterkulturen im fünften Jahr schon zu Dauergrünland werden sollen, und zwar auch dann, wenn durch Einsaat oder andere Maßnahmen eine Veränderung des Pflanzenbestandes herbeigeführt wurde. Dieses EuGH-Urteil hat zur Konsequenz, dass bereits im fünften Jahr zwingend eine andere Kultur wie zB Getreide oder Hackfrucht angebaut werden muss und dass zusätzlich noch im Mehrfachantrag eine Schlagnutzungsänderung erfolgen muss, dh dass im vierten Jahr schnell

noch eine Winterung oder im fünften eine Sommerung anzubauen ist. Nach unserer Meinung führt der damit notwendige häufigere Umbruch der betroffenen Flächen zu zusätzlichen wirtschaftlichen Belastungen für die Betriebe. Er führt auch zu zusätzlichen Belastungen im Klimabereich. Das ist unserer Meinung nach auch kontraproduktiv hinsichtlich der Verwaltungsvereinfachung, die auch Kommissar Hogan gefordert hat. Die Europäische Kommission hat nun in Aussicht gestellt, dass Leguminosenreinbestände generell von der Dauergrünlandwerdung ausgeschlossen werden sollen. Das ist unserer Ansicht nach zwar eine Entschärfung der Situation, würde aber keine dauerhafte zufriedenstellende Lösung für die Grünlandbetriebe bringen, die auch Feldfutter bewirtschaften. Daher fordert die Bauernbundfraktion mit dieser Resolution den gänzlichen Wegfall der Bestimmungen zur Dauergrünlandwerdung. Ich ersuche um Zustimmung aller Fraktionen.

**Abstimmung über diesen Antrag:**  
**einstimmige Annahme**

**5. Antrag des Bauernbundes:**

**„Umsetzung von geeigneten landesgesetzlichen Maßnahmen, um das widerrechtliche Eindringen von unbefugten Personen in Ställe gesetzlich zu ahnden“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Umsetzung von geeigneten landesgesetzlichen Maßnahmen, um das widerrechtliche Eindringen von unbefugten Personen in Ställe gesetzlich zu ahnden*

*Radikale Einzelpersonen dringen immer wieder in Ställe oberösterreichischer Bäuerinnen und Bauern ein, um dort Videoaufnahmen oder Fotografien zu machen. Die unbefugten Eindringlinge bleiben dabei meist unerkannt und sorgen für große Verunsicherung und Beunruhigung. Durch das unrechtmäßige Betreten durch fremde Personen wird insbesondere die Gesundheit und Sicherheit der Tiere gefährdet. In den Medien werden diese Filme bzw. Aufnahmen dann zu Skandalen verarbeitet und stellen ein verzerrtes Bild der Realität dar. Auch anonyme Drohungen sind keine Seltenheit.*

*Die Ställe der oberösterreichischen Bäuerinnen und Bauern entsprechen den höchsten tierschutzrechtlichen Standards. Im Rahmen des oberösterreichischen Tiergesundheitsdienstes werden nahezu 100 Prozent des Schweine- sowie mehr als drei Viertel des Rinderbestandes betreut. Durch die freiwillige Teilnahme an diesem Programm gehen die oberösterreichischen Bäuerinnen und Bauern in Vorleistung und zeigen hohe Verantwortung gegenüber ihrem Tierbestand.*

*Dieses radikale und respektlose Eindringen in bäuerliches Eigentum stellt derzeit keinen rechtlich relevanten und somit strafbaren Eingriff dar, da die unbefugten Personen bestens über zivil- und strafrechtliche Tatbestände informiert sind.*

*Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert den OÖ. Landtag auf geeignete landesgesetzliche Maßnahmen zu treffen, um das widerrechtliche Eindringen von unbefugten Personen in Ställe gesetzlich zu ahnden.*

*gez. Reisecker, Grabmayr“*

**KR Johannes Huemer:**

Das Einbrechen in Stallungen war in den letzten Jahren immer wieder Thema. Es hat sich kein Bauer verdient, dass dann Fotos und Videoaufnahmen irgendwo hochgeladen und veröffentlicht werden, egal ob Funktionär oder Nicht-Funktionär. Die Verunglimpfungen und das falsche Bild, das so von der Landwirtschaft dargestellt wird, tun uns nach außen hin

überhaupt nicht gut. Es gibt bei diesem Punkt zwei Seiten, nämlich den Tierschutz und den Menschenschutz. Wenn irgendjemand in einen Stall eindringt, die Tiere in der Nacht erschreckt und die Tiere dadurch zusammenrennen, entstehen dabei Fotos und Aufnahmen, die nicht der Realität entsprechen. Die Tiere schrecken sich dabei zwangsläufig. Auch wenn uns Menschen ein Eindringling in der Nacht überrascht, werden wir erschrecken. Der Menschenschutz besagt, dass es Kinder auf Bauernhöfen gibt, Männer und Frauen, die nach einem solchen Einbruch Ängste haben und sich deshalb nächstens schwerer außer Haus trauen. Menschen- und Tierschutz sind hier mindestens gleichwertig. Wir haben hohe Tierschutzstandards in Oberösterreich. Bei den Schweinen sind beinahe 100 % und bei den Rindern sind beinahe drei Viertel beim Gesundheitsdienst dabei. Der Tag der offenen Stalltür ist auch ein Tag, der genutzt werden kann. Wenn Medien oder sonst jemand Interesse hat, dann ist wohl jeder von uns bereit, hier Zugang zu den Stallungen zu gewähren. Mit diesem Antrag wird der Oö. Landtag aufgefordert, geeignete landesgesetzliche Maßnahmen zu treffen, um das widerrechtliche Eindringen von unbefugten Personen in Ställe gesetzlich zu ahnden.

**KR Clemens Stammer:**

Entgegen der Meinung des Johannes Huemer sind auch wir Grüne Bauern entschieden gegen Einbrüche und das unbefugte Eindringen in Ställe. Es wird hier fast so getan, als sei das bisher erlaubt gewesen. Der Bauernbund schreibt selbst von einem widerrechtlichen Eindringen. Und wenn etwas widerrechtlich ist, dann ist es verboten. Es gibt hier auch eine entsprechende Handhabe. Wenn der Stall nicht versperrt ist, heißt der Tatbestand „Hausfriedensbruch“ und man kann auf Unterlassung klagen. Wenn der Stall versperrt ist (was ich ja eigentlich nicht so gern mag, in mein Bauernhaus kann man meistens hinein; das steht jetzt im Protokoll und ich hoffe, das animiert nicht jemand zum Einbruch bei mir), ist das ein Einbruch und es gelten dann die gleichen Regelungen wie beim Einbruch in ein Eigenheim. Die Formulierung der Resolution „geeignete landesgesetzliche Maßnahmen“ ist mir zu vage. Was meint man damit? Ich bin gegen Einbrüche und ich bin auch gegen vage Formulierungen.

**Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von BB, FB, UBV und SPÖ;**

**Gegenstimmen von Grüne**

**Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.**

**6. Antrag des UBV:  
*„Zahlungen für Grundablösen steuerfrei halten“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert den Finanzminister auf, Zahlungen für Grundablösen und Grundinanspruchnahmen, die dem öffentlichen Interesse dienen, für den Grundeigentümer abgaben- und steuerfrei zu halten.“*

*gez. Keplinger, Winklehner, Großpötzl“*

**KR Hannes Winklehner:**

Wenn man einen Grund hergeben muss oder irgendwo drüber gegraben wird, und das dem öffentlichen Interesse dient, tut man das sicher nicht gern und lässt das nicht so über sich ergehen. Zu guter Letzt, um etwas zu ermöglichen sagt man letztlich okay. Dann bekommt man dafür Geld und zuletzt soll man dieses Geld noch versteuern, Immobilienertragsteuer

zahlen und und und. Das kann es nicht sein. Wenn es dem öffentlichen Interesse dient, dann muss das Geld steuerfrei sein. Wenn jemand etwas für die Öffentlichkeit hergibt, dann wollen wir, dass das Geld dafür steuerfrei bleibt.

**KR Norbert Ecker:**

Es geht hier nicht um Immobilienertragsteuer, sondern um die Einkommensbesteuerung, die momentan in Diskussion ist. Seitens des Präsidiums gibt es einen Antrag, der in dieselbe Kerbe schlägt. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

**Abstimmung über diesen Antrag:**  
**einstimmige Annahme**

**7. Antrag des UBV:**

**„Abfragen in Transparenzdatenbank nur nach Identitäts-Bekanntgabe“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert den Landwirtschaftsminister auf, er möge veranlassen, dass in der wiedereröffneten Transparenzdatenbank, nur jenen Einsicht über Ausgleichszahlungen und Förderungen gewährt wird, wenn sie im Zuge der Abfrage ihre eigene Identität gegenüber dem Zahlungsempfänger bekannt geben.“*

*gez. Keplinger, Winklehner, Großpötzl“*

**KR Hannes Winklehner:**

Die Transparenzdatenbank ist wieder eröffnet. Ich habe auch selbst nachgeschaut, was von meinem Betrieb drinnen steht. Andere Betriebe interessieren mich da nicht. Die dort veröffentlichten Zahlungen sind ja kein geschenktes Geld, es muss jeder viel dafür leisten. Manche dürften das aber anders sehen: Es wird in die Datenbank hineingeschaut und Neid entsteht. Wieso sollen nur wir unsere Identität bekannt geben? Wir wollen, dass wir jene sehen können, die in unsere Daten Einsicht nehmen. Diese Regelung soll so lange gelten, bis wir durchgefochten haben, dass die Transparenzdatenbank wieder geschlossen wird.

**KR Johanna Miesenberger:**

Der Bauernbund hat auch einen ähnlichen Antrag eingebracht, den wir heute schon beschlossen haben. Auch wir sehen die Transparenzdatenbank sehr kritisch.

Das führt zu Neiddiskussionen und Debatten innerhalb der Landwirtschaft und auch nach außen hin. Es ist auch eine Klage von Bauernbund und Landwirtschaftskammer in diese Richtung eingebracht worden. Diesem Antrag können wir nicht zustimmen, denn eine Zustimmung würde ja auch bedeuten, dass wir für die Transparenzdatenbank sind. Ich ersuche daher meine Fraktion um Ablehnung.

**Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von UBV, FB;**

**Gegenstimmen von BB, SPÖ, Grüne**

**Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.**



**8. Antrag des UBV:**  
***„Freihandelsabkommen TTIP einer Volksabstimmung unterziehen“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Landesregierung, die Bundesregierung und das Parlament auf, nach Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP, eine Volksabstimmung über Zustimmung oder Ablehnung des Abkommens durchführen zu lassen.“*

*gez. Keplinger, Wimmesberger, Hemetsberger“*

**KR Klaus Wimmesberger:**

Dieser Antrag wurde gegenüber der ursprünglichen Version geändert und die Aufforderung an die Landesregierung gestrichen. Ich bin nicht sehr glücklich über diese Änderung, nehme das aber in Kauf, damit dieser Antrag auch angenommen wird. Das hat wohl mit der Landtagswahl zu tun. Ich habe mir aufgeschrieben, was alles für und gegen die TTIP spricht. Ich spare mir das, es weiß das ohnehin jeder. Frau Abg. Brunner schreibt in ihrem Leserbrief, dass wir TTIP in dieser Form bereits mehrmals eingebracht haben. Das stimmt eben nicht, und dass ihr schon zugestimmt habt. Warum schreibt sie das als Landtagsabgeordnete? Das ärgert mich. Sie sollte da auch eine Vorbildwirkung haben. Von mir werdet ihr nicht merken, dass ich etwas Falsches sage und wenn es einmal so ist, dann entschuldige ich mich dafür.

**Vizepräsident Karl Grabmayr:**

Das hat nichts mit der Landtagswahl zu tun, sondern mit Zuständigkeiten von Bund und Land. Der Landtag hat hier keine Kompetenz. Wir vom Bauernbund haben erklärt, wenn der Verweis auf die Landesregierung herauskommt, dass wir zustimmen werden.

Der Antrag lautet aufgrund der Änderung wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Bundesregierung und das Parlament auf, nach Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP, eine Volksabstimmung über Zustimmung oder Ablehnung des Abkommens durchführen zu lassen.“*

*gez. Keplinger, Wimmesberger, Hemetsberger“*

**Abstimmung über diesen Antrag:**  
**einstimmige Annahme**

**9. Antrag des UBV:**  
***„Alle Anträge der Fraktionen in Kammerzeitung „Der Bauer“ veröffentlichen“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert das LWK-Präsidium auf, in unserer Kammerzeitung „Der Bauer“ alle an die Vollversammlung gestellten Anträge der Fraktionen und deren Abstimmungsverhalten zu veröffentlichen.“*

*gez. Keplinger, Wimmesberger, Hemetsberger“*

**KR ÖR Johann Großpötzl:**

Unser Antrag sagt alles aus. Es wären das vierteljährlich zwei bis drei Seiten mehr im „Bauer“. Das schadet nicht, es würde „Der Bauer“ dann noch etwas bunter. Ich hoffe, dass dem alle zustimmen können.

**KR Christine Seidl:**

Der Ablauf und alle Anträge sind im Protokoll der Vollversammlung abgedruckt und nachzulesen. Dieses Protokoll ist für alle im Internet einsehbar, somit auch jetzt schon öffentlich zugänglich. Was die Vollversammlung beschließt, wird im „Bauer“ ohnedies gedruckt. Ich bin der Meinung, dass das reicht und ich empfehle meiner Fraktion dem Antrag nicht zuzustimmen.

**KR Klaus Wimmesberger:**

Bei aller Wertschätzung, Frau Seidl, das glauben Sie selbst nicht, was Sie soeben gesagt haben. Mein Vater ist 82 Jahre alt, sollte er jetzt ins Internet gehen? Meine Mutter ist 76 und beide freuen sich jede Woche auf den „Bauer“ und lesen sich alles durch. Und die sollen sich jetzt vor den Computer setzen und nachlesen, was für Anträge die einzelnen Fraktionen eingebracht haben. Es erfährt ja keiner, welche Anträge eingebracht wurden. Nicht einmal im Bezirk bei einer Ortsbauernobmännerkonferenz wird vorgelesen, welche Anträge es gab.. Die Ortsbauernobmänner im Bezirk wissen nicht, was hier in der Vollversammlung passiert. Natürlich kannst du sagen, die sollen das nachlesen. Es gäbe aber so ein einfaches Mittel, der „Bauer“ ist so eine interessante Zeitung. Wenn man die Anträge da hineingibt, vertut man sich nichts. Der Hinweis auf das Internet und es könne ja jeder sein Kastl einschalten, gilt nur bis zum Lebensalter von 50 und dann ist Schluss, das wisst ihr ganz genau. Hört auch auf zu meinen, ich sollte meinem Vater die Anträge erklären. Aber das wollt ihr wahrscheinlich. OK, es gibt schon ein paar Ausnahmen.

**Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von UBV, FB, Grüne und SPÖ;  
Gegenstimmen von BB**

**Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.**

**10. Antrag des UBV:**

**„Einrichtung einer zweiten Höheren Landwirtschaftlichen Schule in Oberösterreich““**

*Der Antrag lautet wie folgt:*

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert die Landes- und Bundesregierung sowie das Parlament auf, in OÖ eine zweite Höhere Landwirtschaftliche Schule (neben St. Florian) zu errichten.“*

*gez. Keplinger, Winklehner, Großpötzl“*

**KR Klaus Wimmesberger:**

Ich komme aus einem anderen Zweig und ich sehe, wie der Wettbewerb zwischen den Schulen funktioniert. Bei den landwirtschaftlichen Fachschulen haut das super hin. Mein Sohn geht nach Otterbach, das ist eine sehr gute Schule mit Meisterprüfung und Facharbeiterausbildung, es gibt auch das LFI. Was aber wirklich noch abgeht ist die höhere Bildung. Wir sind ja kein Inzuchtverein, KR Lederhilger hat darauf hingewiesen, dass bei LFI-Veranstaltungen auch viele außerbäuerliche Leute hingehen. Auch bei höheren

landwirtschaftlichen Schulen ist es wichtig, dass Leute mit nichtbäuerlicher Herkunft hingehen. Es gibt eine Agrar-Handelsakademie mit drei Stunden mehr, das ist nur eine halbe Sache. Wir haben die landwirtschaftliche Schule in St. Florian, die sehr gut funktioniert und wir haben leicht den Platz für eine zweite höhere Schule. Im Innviertel, zB in Andorf, Grieskirchen oder Ried würde sehr gut eine zweite höhere Schule hinpassen. Das Potential dafür ist da. Wir können das der Bundesregierung vorschlagen, das dauert ohnedies ein paar Jahre, bis das kommt. Ich glaube, dass das Interesse da wäre und auch wir gehören gut gebildet. Wer so klug ist, dass er in eine höhere Schule gehen kann, der soll auch die Möglichkeit dazu haben.

#### **KR Mag. Daniela Burgstaller:**

Der Bauernbund begrüßt es, wenn man sich Gedanken über die Ausbildung der künftigen Hofübernehmer macht. Der Antrag hat nur einen Haken: Wir haben bereits zwei höhere landwirtschaftliche Schulen, die eine ist St. Florian, und die zweite die HBLA Elmberg. Das ist eine höhere landwirtschaftliche Schule, die mit Matura abschließt. Sie hat die Schwerpunkte Landwirtschaft mit Ernährung und Landwirtschaft mit Unternehmensmanagement. Es kann keiner bestreiten, dass das ein Teil der Zukunft der Landwirtschaft ist. Elmberg ist auch eine höhere landwirtschaftliche Schule. Im Innviertel bietet die Agrar-HAK einen Schwerpunkt, sie ist aber natürlich keine höhere landwirtschaftliche Schule. Ein HAK-Absolvent hat die Möglichkeit die landwirtschaftliche Facharbeiterprüfung mit der Matura mitzumachen. Es wird hier der Antrag für eine zweite höhere Schule gestellt. Der Bauernbund in Person des Landesrats Max Hiegelsberger forciert es sehr, dass Schulen gebaut werden. Das sieht man heute ganz deutlich - er ist ja heute von der Spatenstichfeier des ABZ in Hagenberg gekommen. Man braucht auch nur Altmünster oder Otterbach anschauen, das sind Fachschulen. Die Bemühungen des Landesrates sind, eine Fachhochschule nach Oberösterreich zu bekommen, damit auch der Standort des Agrarlandes Oberösterreich als Bildungsstätte gestärkt wird. Das wird hoffentlich auch umgesetzt. Ich habe die Prospekte mitgenommen, die gebe ich euch gerne zur Information mit. Meiner Fraktion empfehle ich, diesen Antrag abzulehnen.

#### **Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von UBV, FB, Grüne und SPÖ;**

**Gegenstimmen von BB**

**Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.**

#### **11. Antrag des UBV:**

**„Keine Änderungen im Jagd- bzw. Enteignungsgesetz für Grundbesitzer““**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert den O.Ö. Landtag auf, keine Änderungen bzw. Verschlechterungen im Jagd und Enteignungsgesetz für Grundbesitzer zu beschließen.“*

*gez. Keplinger, Winklehner, Großpötzl“*

#### **KR Karl Keplinger:**

Wir haben heute schon einiges über die Veränderung des Jagdgesetzes gehört. Aus unserer Sicht wollen wir keine Änderung des Jagdgesetzes. Vor allem wollen wir nicht, dass man von Gerichtsebene auf Verwaltungsebene geht. Das käme einer Enteignung gleich und es wäre eine Diskriminierung der Grundbesitzer, wenn man den Zugang zu einem ordentlichen Gericht verwehren würde. Wir wollen auch keine Verschlechterung bei den Enteignungsgesetzen, auch das wollen wir auf keinen Fall. Das ist auch auf der ORF-Homepage nachzulesen.

Hiesl, Strugl und Windtner beschwerten sich darüber, dass man keine Straßen, Gas- und Stromleitungen mehr bauen darf. Das ist aber nicht so. Wir sind ebenfalls gegen eine Verschlechterung, sondern für eine Verbesserung. Wir wollen nicht, dass Stromleitungen gebaut werden, damit man Atomstrom aus Temelin herausliefert. Daher brauchen wir auch im Enteignungsverfahren nicht einen amtlichen Sachverständigen, sondern einen gerichtlich beideten Sachverständigen. Dann täte man sich viel leichter bei der Straßenablöse.

Es gibt ein Beispiel aus dem Bezirk Rohrbach, das wir einmal in der letzten Periode hier behandelt haben. Dort hätte man jemanden enteignet und ihm 16.000 Euro für das Haus angeboten. Der Betroffene hat gemeint, er wolle sich eine Garage bauen, die 40.000 Euro kostet. Da war man nicht bereit. Es hat das Verfahren 10 Jahre gedauert bis zum Obersten Gerichtshof, sie sind trotzdem nicht durchgekommen. Später hat man ihm 116.000 Euro angeboten, dann ist das natürlich gegangen.

Angesichts solcher Fälle wäre es gescheiter, den tatsächlichen Wert festzustellen, und sich dann darauf zu einigen, dann würde es auch bei Straßen oder anderen Gebäuden leichter gehen.

Beim Jagdgesetz weisen die Bundesforste darauf hin, dass der Entfall der Naturverjüngung Kosten von 8.000 Euro verursacht. Man müsste klären, wer die Kosten trägt, wenn die Naturverjüngung nicht zustande kommt. Wenn die Naturverjüngung aufkommt, ist eine Änderung des Gesetzes ohnehin nicht mehr notwendig. Ich ersuche, unserem Antrag zuzustimmen.

#### **KR Franz Kepplinger:**

Wir haben das Thema Jagdgesetznovelle im Forstausschuss behandelt. Wir legen Wert darauf, das Procedere in der Diskussion so beizubehalten, wie wir es bisher geführt haben, dh dass der Landesjagdverband sich mit den Grundbesitzervertretern und der Landwirtschaftskammer auf eine Einigung verständigt. Dann geht man in den Landtag. Wir halten es nicht für zielführend, den Landtag mit irgendetwas zu beschäftigen, ohne dass etwas ausgemacht ist. Da kommt meistens etwas Blöderes heraus. Wir brauchen ein fertiges Paket, das ist unser Zugang. Ihr kennt meine Meinung in der ganzen Thematik ganz gut. Ich habe mich intensiv damit beschäftigt. Wir werden nicht zulassen, dass die Grundbesitzer geschwächt werden. Ich halte es aber für taktisch falsch, in den Landtag hineinzugehen, andere aufzuwecken und zu signalisieren, es könne hier irgendetwas kommen. Wir wollen mit einem fertigen Paket hineingehen und da muss sichergestellt sein, dass die Grundbesitzer keine Verschlechterung haben. Das ist unser Zugang und unser System und dazu stehen wir auch. Eine Diskussion anzuheizen, wo viele mitreden, die keine Ahnung davon haben, das halte ich auch taktisch nicht für gescheit. Wir werden daher nicht zustimmen. Wir werden mit den Jagdvertretern weiter reden, die Situation ist ja jetzt gar nicht so schlecht. Es hat jeder Grundeigentümer die Möglichkeit, Wildschaden zu verlangen, wenn ein Schaden da ist. Die aktuelle Regelung ist praktikabel. Wenn ein Wildschaden entsteht, brauchen wir eine Möglichkeit, ihn auch geltend zu machen. Natürlich geht es auch darum, Wildschäden überhaupt zu verhindern. Da arbeiten wir auch sehr viel daran. Aus taktischer Sicht können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Der von uns verfolgte Weg hat sich in der letzten Zeit gar nicht so schlecht bewährt.

#### **Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von UBV, FB, SPÖ und Grüne; Gegenstimmen von BB**

**Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.**

#### **12. Antrag der Freiheitlichen Bauernschaft:**

***„Resolution betreffend Impfkostenzuschuss zur Blauzungenkrankheit“***

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Blauzungenkrankheit*

*Die Blauzungenkrankheit Typ 4 steht vor der österreichischen Haustür. Erste Fälle sind in Güssing bekannt geworden. Um eine höhere Impfquote für den „Schutz der Herde“ am Hof zu erreichen, ist ein Impfkostenzuschuss vom Land OÖ. für freiwillige Schutzimpfungen bereit zu stellen.*

*gez. Graf, Ganglmayr, Affenzeller“*

#### **KR ÖR Ing. Franz Graf:**

Wir wissen, dass die Blauzungenkrankheit Typ 4 bereits in Güssing auftritt. Es geht jetzt um geeignete Schutzmaßnahmen. Aus meiner Sicht irritierend ist im Antrag von einer höheren Impfquote die Rede. Es ist nicht so gemeint, dass wir Interesse an einer Durchimpfung hätten. Das ist missverständlich, das kann man auch korrigieren. Es geht jedenfalls darum, die Herden entsprechend zu schützen. Zu überlegen ist, ob nicht ein Importstopp bei gefährdeten Partien verbessert und erreicht werden kann. Wenn eine freiwillige Schutzimpfung gewünscht wird, dann soll es auch eine Unterstützung seitens des Landes Oberösterreich geben.

Ich sehe noch einen gewissen Diskussionsbedarf. Ich stelle die Möglichkeit in den Raum, das Anliegen im Ausschuss noch einmal, dann aber dringlich zu diskutieren.

#### **KR Johann Hosner:**

Der Blauzungenstamm BT4 steht vor der Haustür. Er kommt über Südosteuropa, Rumänien nach Ungarn. Er hat gravierende Auswirkungen auf die Rinderwirtschaft. Die Blauzungenkrankheit ist ja nichts Neues. Vor drei Jahren hatten wir den Stamm BT8. Dieser Stamm kam damals aus Norddeutschland. Dort haben die Länder geimpft und einen Schutzgürtel für Österreich aufgebaut, und so war Österreich Gott sei Dank nicht mit dieser Krankheit konfrontiert. Von kompetenter Stelle wurde mir mitgeteilt, dass es derzeit noch keine Erkrankungsfälle in Österreich gibt. Der Antrag ist inhaltlich falsch: Wir können nicht fordern, dass wir einen Impfkostenzuschuss brauchen. Wir wissen nicht, was der Impfstoff kostet, wir wissen nicht, was die Durchführung kostet. Hier zu fordern, das Land solle irgendetwas gewähren, ist so nicht möglich. Wir können das Gesundheitsministerium auffordern, dass Österreich dafür sorgt, dass entwickelte Impfstoffe ins Land kommen. Diese entwickelten Impfstoffe gibt es noch nicht in Österreich. Wir können diesem Antrag nicht zustimmen, weil er nicht richtig ist.

#### **KR Hannes Winklehner:**

Die Blauzungengeschichte kennen wir noch vom letzten Mal, und das Durchimpfen, und was das gebracht hat. Das ist absolut nicht einfach, die Lösung kann nur ein Importstopp sein: Aus, Schluss, wir machen dicht, wenn das für uns gefährlich ist. Es kann nicht sein, dass nach wie vor billige Ware hereinkommt und der Preis niedergedrückt wird.

#### **Vizepräsident Karl Grabmayr:**

Wir haben keinen Fall in Österreich, auch nicht in Güssing. Wenn man den epidemiologischen Kreis vom nächsten Fall in Ungarn zieht, dann käme man theoretisch bis nach Güssing. Herr KR Winklehner, die Blauzungenkrankheit wird von einer Gnitze übertragen und wenn man deinem Vorschlag folgt, dann darf man diese Gnitze wohl auch nicht importieren. Das wird wohl etwas schwierig werden. Wenn die Gnitze vor der Haustür steht, dann wird dieser Importstopp wohl nicht sehr viel nützen. Impfen und Impfen ist auch unterschiedlich. Hier wird eine freiwillige Impfung gefordert. Dafür ist ganz klar das Bundesministerium für Gesundheit zuständig und da ist auch etwas in Vorbereitung. Wenn eine freiwillige Impfung durchgeführt wird, dann wird es auch Gespräche geben, dass sich das Land an den Kosten beteiligt. Die Kosten der zweiten Variante einer verpflichtenden Impfung können wir jetzt noch gar nicht

bereden. Eine Forderung an das Land schon jetzt Mittel bereit zu stellen, ist derzeit fachlich falsch.

**Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von FB;  
Gegenstimmen von BB, UBV, SPÖ und Grüne**

**Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.**

**13. Antrag der Freiheitlichen Bauernschaft:**

**„Resolution betreffend der Nichtöffnung von Forststraßen für Mountainbiker“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Nichtöffnung von Forststraßen für Mountainbiker*

*Der Wald und die Forststraßen befinden sich überwiegend im Privatbesitz und dienen zum Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Der Wald ist also Arbeitsplatz der Grundbesitzer. Niemand kommt auf die Idee, andere Arbeitsplätze für das Freizeitvergnügen der Allgemeinheit freizugeben.*

*Die Haftung bei Unfällen kann keine öffentliche Körperschaft übernehmen, wenn das Gericht Fahrlässigkeit feststellt. Radfahrer nähern sich lautlos und rasch, es wären dadurch sehr aufwändige Absicherungsmaßnahmen notwendig, was die Wirtschaftlichkeit der Holzarbeit weiter beeinträchtigt.*

*Mit dem neuen Einheitswert mutet man dem Waldbesitzer empfindliche Erhöhungen zu, auf der anderen Seite will man das Eigentumsrecht weiter beschränken. Es kann nicht sein, dass der Allgemeinheit alle Vorteile einer wundervoll gepflegten Kultur- und Naturlandschaft zukommen und der Grundbesitzer nur die Lasten zu tragen hat.*

*Aufwändige Naturschutzaufgaben bei der Bewirtschaftung des Waldes und der Errichtung von Forstwegen sind jetzt schon selbstverständlich, bei der großflächigen Zerstörung unserer Naturlandschaft durch die Freizeit- und Spaßgesellschaft ist der Gesetzgeber bisher blind.*

*Daher wird der OÖ Landtag aufgefordert, eine Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker abzuweisen.*

*gez. Graf, Ganglmayr, Affenzeller“*

**KR Ing. Franz Graf:**

Die Problematik der Mountainbiker und der Tätigkeit im Wald und auf Forststraßen ist im Haus bekannt. Die Diskussion ist im Oö. Landtag angelangt und steht im entsprechenden Ausschuss an. Wir denken, dass es wichtig ist, dass die Oö. Landwirtschaftskammer-Vollversammlung hier Flagge zeigt und ihre Meinung zu dieser Thematik aufzeigt. Es gab eine GfK-Studie mit repräsentativer Umfrage zu diesem Thema. Dabei wurde festgestellt, dass 80 % der Befragten Radfahrer sind und nur 10 % mit dem Fahrrad auch in den Wald fahren. Außerdem wurde abgefragt, dass nur 15 % der Befragten gegen die Schranken für Biker sind. Wir wollen den Wald nicht sperren, es stellen sich aber problematische Haftungsfragen. Eine größere Unfallgefahr ist aufgrund der Geschwindigkeiten, die hier möglich sind, gegeben. All diese Dinge muss man bedenken und nicht den Arbeitsplatz des Grundbesitzers einschränken und wirtschaftlich gefährden. Schließlich leben land- und forstwirtschaftliche Betriebe ja vom Wald. Ich ersuche daher um Zustimmung.

**KR Dominik Revertera:**

Der Wald ist mit 48 Prozent der österreichischen Staatsfläche das größte heimische Ökosystem. Dabei ist klar, dass an eine Kulturlandschaft wie diese viele Anforderungen

gestellt werden. Im Forstgesetz ist daher ganz klar geregelt, dass der Wald vielfältige Leistungen zu erbringen hat. Wir wissen: Es geht auch um Naturschutz, Wohlfahrts- und Erholungsleistung, und das alles auf ein und derselben Fläche. Der Gesetzgeber hat deshalb den Ausgleich dieser Funktionen klar geregelt. Ein so komplexes System funktioniert nicht, wenn jeder alles überall darf. Aktuell fordern jetzt einzelne Organisationen eine Öffnung von Forststraßen für das Mountainbiken. Dabei wird ins Treffen geführt, dass die Forststraßen für das Radfahren geeignet wären, kein Unterschied zum Gehen besteht und die Natur nicht beeinträchtigt wird. Alle drei Aspekte sind jedoch stark verkürzt und nehmen keine Rücksicht auf die vielfältigen anderen Waldfunktionen. Forststraßen werden konkret für die Waldbewirtschaftung angelegt. Auch Schnellstraßen wären sicher gut zum Radfahren, haben aber eben einen anderen Zweck. Fakt ist, dass es eine Lenkung und Koordinierung der vielfältigen Bedürfnisse im Wald braucht, und ein geordneter Ausgleich der Funktionen nur vor Ort erfolgen kann. 25.000 km ausgewiesene Mountainbikerouten gibt es bereits in Österreich. Je nach Bedarf werden es jährlich hunderte Kilometer mehr. Verantwortung für den Wald heißt auch, dass nicht jede Gruppe, wie die Tourismusindustrie, ihre Einzelinteressen durchsetzt, sondern dass man im Sinn des Gesamtsystems Wald Lösungen erarbeitet. Eine undifferenzierte Öffnung von Forststraßen ist hier ein direkter Widerspruch.

Daher hat Präsident Reisecker schon vor einem Monat in einem Schreiben an Landeshauptmann Dr. Pühringer die ablehnende Stellungnahme der Landwirtschaftskammer gegenüber einer generellen Waldöffnung für Mountainbiker ausgedrückt. Auch Landesrat Hiegelsberger hat dankenswerterweise dagegen Stellung genommen. Im Landtag wurde ein Resolutionsantrag an die Bundesregierung zur Öffnung aller Forststraßen in der Zwischenzeit bereits abgelehnt. Ich empfehle meinen Fraktionskollegen und der gesamten Vollversammlung daher auch im Sinne des Bodenschutzes im Wald die Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

#### **KR Clemens Stammer:**

KR Johannes Huemer, hier habe ich genau das Dilemma. Es gibt von den Grünen etwa gleichlautend wie von der SPÖ einen Resolutionsantrag. Ich bin allerdings für den Antrag wie hier verlesen bzw. nicht verlesen wurde und das aus einem ganz einfachen Grund: Ich bin am Beifahrersitz eines Hängerzuges gesessen, bergauf, und es ist um die Kurve ein Radfahrer mit 60km/h auf uns zugekommen. Der Lastwagenfahrer kann nicht mehr reagieren, der Radfahrer auch nicht. Die Haftung ist ungeklärt. Wer so etwas einmal erlebt hat, der sagt, dass Sattelzug, Holz und Mountainbike nicht großartig etwas miteinander zu tun haben.

#### **Abstimmung über diesen Antrag: einstimmige Annahme**

#### **14. Antrag der Grünen Bäuerinnen und Bauern sowie der Freiheitlichen Bauernschaft: „Informations- und Beratungstätigkeit für GVO-freie Futtermittel“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ beschließt, dass ihre Dienststellen die Informations- und Beratungstätigkeit im Sinne GVO-freier Futtermittel verstärken und sich für eine Europäische Eiweißstrategie einsetzen mit dem Ziel, eine gentechnikfreie Eiweiß-Futtermittel-Versorgung nachhaltig zu sichern und Soja-Importe zu reduzieren.*

**Begründung:**

*Das Land Oberösterreich ist Gründungsmitglied des Netzwerkes der gentechnikfreien Regionen Europas und engagiert sich seit 2003 in dessen Rahmen für den Ausbau der Gentechnikfreiheit in Europa.*

*Die oberösterreichischen Konsumentinnen und Konsumenten haben ein hohes Interesse, dass die Gentechnikfreiheit in der Lebens- und Futtermittelproduktion ausgebaut wird.*

*Oberösterreich ist europäischer und österreichischer Vorreiter beim gentechnikfreien Sojaanbau. Österreich produziert aktuell bei 2% der EU-Ackerfläche fast 10% der EU-Sojaernte. So hat sich die österreichische Sojaproduktion seit 2003 von 35.000 Tonnen auf ca. 120.000 Tonnen im Jahr 2014 erhöht. Oberösterreichs Beitrag an der österreichischen Ernte 2014 waren 35.000 t oder etwa 1/3 der österreichweiten Sojaproduktion.*

gez. Stammler, Graf“

#### **KR Clemens Stammler:**

Ich brauche den Antrag nicht weiter kommentieren. Einem Genussland wie Oberösterreich würde es schon gut anstehen, wenn man damit glänzen kann. Der Weg, den wir bereits gegangen sind, ist ja gar nicht so schlecht. Es ist auch eine wichtige Strategie, um dem Überseemarkt am Sojasektor nicht hilflos ausgeliefert zu sein, wenn Lebensmittelketten wirklich so wie bei Huhn oder Milch darauf pochen. Als Eiweißlieferant gibt es ja nicht nur Soja. Wir brauchen hier auch eine intensive Forschung. Man kann beispielsweise forschen, wie man Keimränder wirtschaftlicher machen kann, die viel Soja ersetzen, indem Futterweizenproteine zu Aminosäuren umgebaut werden oder zum Thema „Wie kriege ich Bitterstoffe aus einer eigentlich ertragreichen und unkomplizierten Lupine?“ Es gäbe hier viele Chancen, hier soll man Forschung und Information vorantreiben, auch auf die Gefahr hin, dass Raiffeisen etwas weniger mit Importen verdienen wird. Es wird immer so getan, als würde man die Landwirtschaft ohne GVO-Soja völlig umbringen. Es hat ein Leben vor dem GVO-Soja gegeben und ich verspreche euch, es wird auch ein Leben nach dem GVO-Soja geben. Darum ersuche ich, dass ihr bei diesem Antrag mitgeht.

#### **KR Johannes Huemer:**

Es hat schon einen Weg gegeben. Damals hat Landesrat Stockinger begonnen gemeinsam mit Landesrat Anschöber den Weg von Donau-Soja zu gehen. Landesrat Hiegelsberger geht diesen Weg konsequent weiter.

DI Christian Krumphuber, der Leiter der Abteilung Pflanzenbau, ist jener, der federführend in der Forschung ist. Darum haben wir einen hohen Anteil an eigenem Soja. Man muss aber auch klar und deutlich sagen: Wenn nicht die Agrarspitze, dh Franz Reisecker, Jakob Auer und die anderen Spitzen, sich dafür eingesetzt hätte, dass das Soja inklusive dem Pflanzenschutz bei der Greening-Fläche angerechnet werden kann, wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Jetzt sind es 40.000 Hektar, das sind die im Antrag angesprochenen 100.000 bis 120.000 Tonnen. Davon gehen aber 60.000 Tonnen in die Lebensmittelproduktion und 40.000 Tonnen in die Futtermittelproduktion. Bis 2018 ist das Ziel, 60.000 Hektar, dh 150.000 bis 180.000 Tonnen einheimischen, nicht gentechnisch veränderten Soja anzubauen. Dort ist aber dann auch die Obergrenze erreicht. Darum muss man auch klar und deutlich sagen, dass wir in der Schweinemast und in der Schweinezucht Importe brauchen. Es werden momentan ca. 500.000 Tonnen Soja importiert. Zu fordern, wie es im Antrag heißt, dass die Beratung forciert werden muss, ist nicht angebracht. Die Beratung wird ja jetzt exzellent gemacht. Wenn jemand Anfragen hat, bekommt er jederzeit Auskunft. Das Thema Unterstützung habe ich klar und deutlich näher gebracht und erläutert. Unsere Fraktion wird daher dem Antrag nicht zustimmen.

Zuletzt wurde auch über den Rechnungsabschluss abgestimmt. Ich finde es schon recht eigenartig, was manche unter Sachpolitik verstehen. Einstimmig wird im Kontrollausschuss dem Rechnungsabschluss zugestimmt, und hier stimmen dann der eine oder andere dem Rechnungsabschluss nicht zu. Das ist für mich sehr eigenartig.



**Abstimmung über diesen Antrag:**

**Ja-Stimmen von UBV, FB, SPÖ und Grüne;  
Gegenstimmen von BB**

**Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.**

**15. Antrag des Präsidiums:**

**„Geänderte Besteuerung von Leitungsentschädigungen nicht akzeptabel“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Geänderte Besteuerung von Leitungsentschädigungen nicht akzeptabel“*

*Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert das Finanzministerium mit Nachdruck auf, die geänderte Vollzugspraxis bei der Besteuerung von Leitungsentschädigungen umgehend wieder zurückzunehmen. Vorliegende Altfälle bei Entschädigungen müssen wie in der Vergangenheit behandelt werden. Eine rückwirkende Steuerpflicht ist keinesfalls vertretbar, wenn diese im Zuge der Entschädigungsvereinbarung noch nicht berücksichtigt werden konnte.*

*Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert zudem, dass die freiwillige Einräumung von Leitungsdienstbarkeiten, die grundsätzlich auch im Enteignungsweg errichtet werden könnten, in steuerlicher Hinsicht analog zu Enteignungen eingestuft und damit steuerfrei gestellt werden. Eine Änderung der bisherigen Besteuerungspraxis würde massive Verzögerungen bei anstehenden Infrastrukturprojekten bewirken und damit auch negative Rückwirkungen auf die generelle Wirtschaftsentwicklung haben.*

*gez. Reisecker, Grabmayr“*

**KR Norbert Ecker:**

Wir haben derzeit die absolut unbefriedigende Situation, dass in der Vergangenheit Grundeinlösen stattgefunden haben und jetzt die bewährte 70:30-Regelung vom Finanzministerium nicht mehr anerkannt wird. Betriebe, die eine Zwangseinräumung einer Dienstbarkeit oder eine Zwangseinräumung einer Grundüberlassung hatten, sind mit einem festgestellten Entschädigungssatz entschädigt worden. Von diesem Entschädigungssatz war ein Prozentsatz von etwa 30 % als Einkommen zu versteuern. Das ist unbefriedigend, weil das auch in die Vergangenheit wirkt. Wenn das künftig so sein soll, hat das in den Entschädigungssätzen berücksichtigt zu werden. Wir verwehren uns auch deswegen dagegen, weil es keine Logik hat, dass man zuerst Grund für die öffentliche Hand überlassen muss, weil es eben einen Eignungstitel gibt, dann muss man einen Teil dieses Erlöses der öffentlichen Hand wieder zurückgeben. Das hat überhaupt keine Plausibilität und ich ersuche euch, diesem Antrag zuzustimmen.

**Abstimmung über diesen Antrag:**

**einstimmige Annahme**

**16. Dringlichkeitsantrag des Bauernbundes:**

**„Forcierung von Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft“**

Der Antrag lautet wie folgt:

*„Forcierung von Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft*

*Die Vollversammlung der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer tritt für eine raschere und flexiblere Möglichkeit der Beschäftigung von Asylanten in der Landwirtschaft als Saisonarbeitskräfte ein. Sie fordert das Wirtschafts- und Sozialministerium auf, sich für eine unkomplizierte Lösung einzusetzen.*

*Wir setzen uns dafür ein, dass Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zusammen finden und fordern mit diesem Antrag eine raschere Abwicklung der Saisonarbeitskräfteanträge um die bereits bestehende gute Kooperation mit dem AMS zu unterstützen. In der Landwirtschaft werden für diverse Feld- und Erntearbeiten immer wieder kurzfristig Arbeitskräfte benötigt. Die eingesetzten Erntehelfer sind keine Konkurrenz am Arbeitsmarkt, sondern eine dringend notwendige Unterstützung. Aktuell sind dies bereits 36 Saisonarbeitskräfte aus dem Bereich der asylsuchenden Kriegsflüchtlinge, die zurzeit in Oberösterreich aufgenommen sind.*

gez. Grabmayr, Holzer“

**KR Alfred Holzer:**

Saisonarbeitskräfte benötigen speziell Obst- und Gemüsebauern für Ernte- und Pflegearbeiten. Die meisten Betriebe haben ihre Stammmannschaft, aber es gibt eine gewisse Fluktuation und auch Probleme mit der Bewilligung von sog. Drittstaatsangehörigen aus der Ukraine oder dem Kosovo. Bei der Ukraine stellt die derzeitige politische Situation für die Leute eine weitere Erschwernis dar, obwohl die Leute nur zu gerne dem Chaos in ihrer Heimat entfliehen würden, um bei uns zu arbeiten. Weil also das Kontingent für die Leute begrenzt ist, und jedes Jahr reduziert wird, kommt es dann fallweise zu Engpässen und könnten hier jene zur Untätigkeit verpflichteten tatsächlich arbeitswilligen Asylanten eine Hilfe sein. Hilfe, bei der auch für uns nicht immer leichten Arbeit auf dem Feld und bei jedem Wetter. Die Dringlichkeit dieses Antrages ist damit begründet, dass die Ernte zB bei den Erdbeeren bereits voll im Gang ist und hier Spitzen abgedeckt werden könnten. Ich ersuche daher um Zustimmung.

**Abstimmung über diesen Antrag:  
einstimmige Annahme**

## 7 Allfälliges

**Präsident ÖR Ing. Franz Reisecker:**

Ich bedanke mich für die Teilnahme und lade alle anwesenden Kammerräte, Funktionäre und auch alle Besucher zum Teichfest ein. Ich wünsche noch ein paar gemütliche Stunden in der Landwirtschaftskammer.

Ende der Vollversammlung: 15:22 Uhr

Der Schriftführer:

  
(KR Walter Lederhäger)

Der Präsident:

  
(ÖR Ing. Franz Reisecker)